attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (10.12.2014)

Sand im Getriebe 113

Globale Herausforderungen 2015

Hugo Braun (attac Deutschland); Mimoun Rahmani (attac Marokko) zum **Weltsozialforum 2015**	3
Michel Warschawski: **Der Papst als Umstürzler:**	5
Aufruf: "Wir stehen am Anfang." **Zwei Jahre nach dem Brand in der pakistanischen Textilfabrik**	6
Jean Gadrey: Für **Afrika** sind die **EPAs** noch schlimmer als TTIP / Matthieu Moriamez, CGT (France): **Wirtschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern dürfen nicht ratifiziert werden!**	6
Sturz des Diktators in **Burkina Faso** / Thomas Sankara	10
Maurice Lemoine: **Ära der leisen Staatsstreiche in Lateinamerika**	11
Anerkennung **Palästinas** als Staat / Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens!	15
Friedensbewegung	
Wallerstein: Die NATO: Eine Gefahr für den Weltfrieden	17
Friedenswinter Aufruf - und Debatten dazu	18
Ukraine-Krise - **"Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!"**	20
Atomwaffenfrei / IG Metall Beschluss / **Aufruf zur Münchner Sicherheitskonferenz**	21

Europa	
Joëlle Fontaine: **Churchill brach 1944 den griechischen Widerstand**	23
Griechenland: SYRIZAs Sache ist auch unsere	25
CIRE: **Warum wir für Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit sind**	26
Die Ungleichheitsmaschine: Markt, Kapital und Herrschaft (Debatte um und mit Piketty)	28
Widerstände und Streiks: Belgien / Griechenland /Italien / Solidaritätserklärung des wiss. Beirats von attac De zum **GDL-Streik** **Attac Österreich** zu Bankgeheimnis, Bankaufsicht, Steuerwettbewerb **Hans-Jürgen Urban: „Erneuerung der Gewerkschaften durch Streik“**	30
TTIP / CETA / TiSA : Aufruf nach Brüssel, 19. Dezember 2014 Mathias Mittergeber: Bericht über 2 Veranstaltungen	36
Internationaler Gewerkschaftbund TPP Handelsgespräche sollen abgebrochen werden	38
Felipe Van Keirsbilck, CNE (Belgien) **Auf dem politischen Weg zur Weltklimakonferenz (COP 21)** in Paris im Dezember 2015?	39

PDF-Version: http://www.attac.de/bildungsangebot/sig Online Fassung: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Anstelle eines Vorworts

Reiner Braun (Geschäftsführer IALANA, Ko-Sprecher Kooperation für den Frieden) und Wolfgang Gehrcke (MdB, DIE LINKE)

An die Freundinnen und Freunde der Friedensbewegung

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Offene Briefe sind eigentlich nicht unser Ding und wir beide schreiben zum ersten Mal einen solchen Text, obwohl wir seit Jahren in der Friedensbewegung zusammenarbeiten. Uns bereitet die **Kluft zwischen der realen Kriegsgefahr in Europa und der mangelnden Aktionsfähigkeit der Friedensbewegung** schlaflose Nächte. Die **Erklärung** früherer Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker, Minister, Staatssekretäre Bundeskanzler Bundespräsidenten, zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern warnt unter der Überschrift **„Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“** vor einem Moment großer Gefahr für den Kontinent. Wir sehen es ebenso und bitten euch, besonders nach dem erfolgreichen Treffen des Kasseler Friedensratschlages, um 3 Minuten Zeit für unser Anliegen:

Der von uns initiierte **Aufruf für einen Friedenswinter 2014/2015** hat in der Friedensbewegung und bei antifaschistischen Initiativen und Verbänden eine sehr widersprüchliche Diskussion ausgelöst. Weniger die im Rahmen des Friedenswinters angekündigte Kundgebung vor dem Amtssitz des Bundespräsidenten, sondern mehr dass sich unter den 60 namentlichen Aufruferinnen und Aufrufern auch mit Ken Jebsen und Lars Mährholz zwei bekannte Personen aus der Montagsmahnwachen-bewegung befinden.
Uns ist es wichtig, dass viele zur Kundgebung kommen, über künftige Formen der Zusammenarbeit müssen wir uns sicher im Weiteren den Kopf zerbrechen – aber jetzt geht es um die Aktion. **Genauer gesagt: Jetzt geht es darum, dem drohenden Krieg Einhalt zu gebieten!**

Wie man konkret jeweils vor Ort zusammenarbeitet, dass müssen die Friedensfreundinnen und Friedensfreunde vor Ort entscheiden. Unser Engagement jedenfalls ist nicht wertungsoffen und wir haben uns immer eindeutig entlang der **Eckpfeiler „Nein zu Faschismus. Nein zu Krieg.“** bewegt. Aktuell heißt dies: **„Nein zu Rassismus, Nein zur NATO“**. Der Friedenswinter 2014/2015 ist **nicht nach rechts offen** und darf nicht nach rechts offen sein. Er soll demokratisch, bunt, vielfältig und weit über Parteigrenzen hinaus wirksam werden. **Der Friedenswinter widersetzt sich rechter Islamfeindlichkeit**, wie sie von rechten Initiativen in Sachsen und NRW unter dem Begriff Montagsmahnwachen fälschlicherweise bedient werden. Wenn Krieg in der Luft liegt, rottet sich der rechte Mob zusammen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
aus den vergangenen Jahren kennen wir in der Friedensbewegung große Ratschläge und die Diskussion um einen **Mindestkonsens**, also um einen kleinen gemeinsamen Nenner, der zum Ausgangspunkt von Aktionen gemacht werden kann. Erinnert euch an den Krefelder Appell: Ein Satz stellte den Ausgangspunkt für eine große Bewegung dar. Einen solchen „Einsatz“ gegen die neue Kriegsgefahr brauchen wir heute.
Die Friedensbewegung war auch immer der Ort, eine neue, andere Kultur zu leben – in der Gesellschaft und untereinander. Wir hinterfragen uns, ob wir in unserem Agieren uns immer an diesem Anspruch gemessen haben, und bitten euch, euch selbst auch dieser Frage zu stellen. Die Friedensbewegung sollte immer eine Bewegung der Toleranz von Demokratinnen und Demokraten, eben über einzelne weltanschauliche Orientierungen hinaus sein. **Wer wirklich für den Frieden kämpft, muss Demokratin und Demokrat sein, muss plural denken und gegen rechts kämpfen.** Wir möchten uns gern an den Gedanken von Rosa Luxemburg über die **Freiheit in der Diskussion und die Einheit in der Aktion** orientieren. Wenn Krieg vor der Tür steht, wird Widerstand zur Pflicht.

Wir bitten euch, tut alles, was euch möglich ist, um die Kundgebungen am 13. Dezember in Berlin und anderswo stark zu machen und dazu beizutragen, dass die Friedensbewegung wieder an Ausstrahlung und Einfluss gewinnt.

Mit solidarischen Grüßen,
Reiner Braun & Wolfgang Gehrcke

Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.
Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! **www.coorditrad.attac.org**
Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Weltsozialforum 2015 in Tunis

Hugo Braun: Startschuss zum Weltsozialforum 2015 in Tunis

Mit einer Tagung des International Council (IC, Internationaler Rat) in der vergangenen Woche im tunesischen Hammamet ist der Startschuss für das nächste Weltsozialforum gefallen, das vom **24. bis zum 28. März** nächsten Jahres erneut in **Tunis** stattfinden wird.
Tunesische Mitglieder des IC erläuterten die politischen Veränderungen nach den Wahlen, die neben einer Stärkung säkularer Kräfte vor allem die Unterstützung neoliberaler Kräfte gebracht hat. Erstmals ist mit dem „Front Populaire" jedoch auch eine bemerkenswerte linke Oppositionskraft in das Parlament eingezogen. Zu deren neugewählten Abgeordneten gehört auch der Sprecher von Attac Tunesien, Fathi Chamkhi. Die Redner bezeichneten das Wahlergebnis als ein gutes Fundament, dass Tunesien im Gegensatz zu seinen Nachbarländern einen friedlichen Weg gehen wird. Es sei daher mit einer entspannten Sicherheitssituation im März 2015 zu rechnen.

Die Delegierten von über 50 Organisationen aus aller Welt begrüßten den Stand der Vorbereitungen und das **Motto des nächsten Forums „Recht und Würde"**. In seinem detaillierten Bericht über den Stand der Vorbereitungen für das WSF 2015 kündigte das tunesische Koordinationskomitee an, dass das schon sehr gut organisierte Forum von 2013 nicht nur logistisch, sondern auch was die Breite der Beteiligung besonders aus dem afrikanischen Kontinent angeht, noch übertroffen werden soll. Ein vom tunesischen Komitee und der Methodology Gruppe des IC erarbeiteter Vorschlag für die **Programmstruktur** wurde mit Änderungen verabschiedet. Er berücksichtigt die Kritik an bestimmten Mängeln des Forums 2013 wie unzureichende Übersetzung und das Fehlen bestimmter Themenbereiche.

Ausführlich wurde auch auf dieser IC- Tagung über die Rolle und den Zustand dieses Steuerungsgremiums des WSF diskutiert, ohne zu einem greifbaren Ergebnis zu führen. Es wurden die unterschiedlichen Interessen deutlich, die eine Übereinkunft auf ein gemeinsames strategisches Ziel schwierig erscheinen ließen. Die mangelnde Einbeziehung neuer sozialer Bewegungen wie die Abwesenheit von Gründerorganisationen wie der großen Gewerkschaften wurde erneut thematisiert. Deutlich wurde der Vorschlag gemacht, auf einer **strategischen Konferenz nach dem nächsten WSF** die Zukunft dieses Projekts zu beraten und über eine Neustrukturierung des IC zu entscheiden.
Zum übernächsten WSF, das nach dem bisherigen Diskussionsstand **2016** im kanadischen **Quebec** stattfinden sollte, wurde festgestellt, dass die Gruppe, die diesen Vorschlag eingebracht hat, nicht die Unterstützung der gesamten kanadischen sozialen Bewegungen und vor allem nicht der starken Gewerkschaftsbewegung Kanadas hat. Diese hatte gemeinsam mit den indigenen Völkern Kanadas das **„Forum der Völker"** im August 2014 organisiert und kritisiert, nicht in das Angebot eines WSF 2016 in Quebec einbezogen zu sein. Das IC empfahl, dass beide kanadischen Initiativen bis zum März 2015 versuchen, sich zu einigen, damit ein WSF im August 2016 in Montreal getragen von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis stattfinden kann.

http://fsm2015.org

Mimoun Rahmani

„Das Weltsozialforum gehört der gesamten globalisierungskritischen Bewegung, sie soll es sich auch aneignen"

Derzeit durchläuft der Arabische Frühling eine Frustrations- und Rückgangsphase. In dieser Perspektive erscheint das nächste Weltsozialforum, das vom 24. bis zum 28.März 2015 wieder in Tunesien stattfinden wird, als besonders wichtig. So betont Mimoun Rahmani, Wirtschaftsforscher und aktives Mitglied des Maghrebinischen Sozialforums, dass „dieses Treffen notwendig zur Hebung des Bewusstseins der Bürger beitragen wird,, damit sie sich stärker engagieren, um gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheiten anzukämpfen und sich für Freiheit und Würde der Völker einzusetzen". Rahmani ist auch als sozialpolitischer Analytiker in der Region unverzichtbar, Aktivist bei attac-Marokko und Mitglied der Afrika-Koordinationsgruppe des CADTM (Komitee für die Abschaffung der Schulden der Dritten Welt). ***Interview von*** *Sergio Ferrari.*

SF: Im März 2015 soll das nächste Sozialforum wieder in Tunis stattfinden. Warum am selben Ort, wie im Jahre 2013? Kam der Antrag aus dem Maghreb?
MR: Das WSF von 2013 in Tunis war ganz sicher eines der gelungensten, seit das erste 2001 im brasilianischen Porto Alegre ins Leben gerufen wurde. Es ist gewiss das beste Forum, das bisher in Afrika organisiert wurde. Der revolutionäre Prozess und die Volksaufstände, die sich fast überall in der arabischen Welt ereigneten, spielten dabei eine gewisse Rolle. Übrigens wurde vom Internationalen Rat des WSF (IC) neben einigen Versäumnissen eine sehr positive Bilanz gezogen, als dieser am 30., 31. März und 1. April 2013 zusammentraf. Diese Einschätzung sowie jene des Ausschusses des Maghrebinischen Sozialforums auf seinem Treffen im September 2013 in Tunis haben die TunesierInnen und die MaghrebinerInnen überhaupt dazu angeregt, ein zweites Mal hintereinander für eine Abhaltung des WSF in der Region zu kandidieren. Im Dezember 2013 in Casablanca entschied der Internationale Rat, dass das nächste WSF vom 24. bis 28. März 2015 in Tunis stattfinden würde.

Also 14 Jahre nach dessen Entstehung... Was sollte aus der Sicht des Maghrebs das Konzept des WSF sein ? Was ist dessen zentrales Anliegen?
Das WSF ist ein vielfältiger und vielschichtiger Raum, aber auch ein in der Entwicklung begriffener Prozess, der durch Höhen und Tiefen geht. Es ist kein bloßer Event. Die sozialen Bewegungen sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Dynamik, weshalb ihre Anwesenheit und aktive Beteiligung doppelt wichtig sind: einerseits verdankt das Forum diesen so vielfältigen Bewegungen seine Kraft und seine Ausstrahlung. Andererseits bietet eben das Forum als Raum den sozialen Bewegungen die Möglichkeit, eine Konvergenz ihrer jeweiligen Kämpfe aufzubauen und somit aus ihrer Isolation auszubrechen. Dadurch können Vernetzungen stattfinden, die zur Unterstützung und Stärkung der gemeinsamen Kämpfe gegen Neoliberalismus und im Allgemeinen gegen kapitalistische Globalisierung dienen, um die Kräfteverhältnisse weltweit umzukehren.

Ist das Forum nach wie vor ein offener Raum für die Zivilgesellschaft weltweit?
Wichtig ist, dass das WSF nicht nur ein „offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen..." bleibt, wie es in seiner Charta der Prinzipien definiert wird. Seine Aufgabe ist, die sozialen Kämpfe sichtbar zu machen und als Katalysator zu wirken. Anders hat es keinen Zweck. Deswegen ist es so wichtig, die sozialen Bewegungen in Tunesien, Maghreb, Afrika und weltweit anlässlich dieses nächsten Forums zu mobilisieren. Ob daraus ein Erfolg wird, hängt wieder und noch mehr als früher von der Beteiligung der sozialen Bewegungen ab, also der BauerInnen, ArbeiterInnen, StudentInnen, Arbeitslosen, jungen Menschen, Frauen, all derer, die von diesem System der extremen Ungleichheit ausgegrenzt und marginalisiert werden.

Auf den Arabischen Frühling ist in Nordafrika ein gewisser Rückgang gefolgt... Wie bewerten Sie im politischen Kontext der Region die Abhaltung des WSF in Tunis (verglichen mit jener im Vorfeld des WSF von 2013)?
Die Volksaufstände von 2011 haben zwar die Spitzen der tunesischen und ägyptischen Regimes gestürzt, aber sie haben nicht einen radikalen Systemwechsel eingeführt. Auch haben sie in anderen arabischen Ländern (Marokko z.B.) einige kleine Fortschritte ermöglicht, aber keine politischen und wirtschaftlichen tief greifenden Umwälzungen herbeigeführt. Der revolutionäre Prozess ist ein lang anhaltender Kampf und da ist viel Zeit und Energie erforderlich, sowie eine führende politische Kraft!
Mit den Worten von Ernesto Che Guevara : *„In einer wirklichen Revolution, muss man entweder siegen – oder sterben. "*
Nun gibt es leider in der Region keine politische Kraft, die solch einen revolutionären Prozess durchführen könnte. Die derzeitigen Regierungen, ob gewählt oder aufgezwungen, führen keine Politik, die in irgendeinem Bereich mit der Vergangenheit brechen könnte. Mit anderen Worten: heute werden dieselben wirtschaftlichen neoliberalen Einstellungen, dieselbe staatliche Politik, dieselben, von den internationalen Finanzinstituten (IWF, Weltbank usw.) diktierten Orientierungen umgesetzt, die eben Ursache für die Revolution und Volksaufstände waren - und sogar immer drastischer. Sie werden also dieselben Auswirkungen haben, insbesondere auf sozialer Ebene. In dieser Hinsicht ist die Abhaltung des WSF in der Region mehr als wichtig, sie ist notwendig, insofern sie unter anderen zur Hebung des Bewusstseins der BürgerInnen beitragen wird, damit sie sich stärker engagieren, um gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheiten anzukämpfen und sich für Freiheit und Würde der Völker einzusetzen.

Welche Schwerpunkte sollte nach Einschätzung der maghrebinischen Organisatoren das WSF haben?
Da das WSF einen vielfältigen Raum bietet, wo die verschiedenen Aktivitäten selbstverwaltet werden, werden ganz sicher viele Themen angesprochen werden. Jedoch werden nach dem jeweiligen regionalen bzw. internationalen Kontext gewisse Achsen bzw. Themen prioritär behandelt werden.

Auf regionaler Ebene gilt vor allem der laufende revolutionäre Prozess (insbesondere in Tunesien, da er in Ägypten und anderswo im Keim erstickt ist). Anlässlich des WSF werden die sozialen Bewegungen eine Bilanz davon ziehen können. Andere Themen stehen auch auf der Tagesordnung: der politische Islam, die regionalen Konflikte, Krieg und Militarisierung, Menschenrechte sowie Rede- und Meinungsfreiheit (angesichts der politisch motivierten Verhaftungen und Inhaftierungen in der Region, insbesondere in Ägypten, Marokko, Tunesien) usw.

Auf internationaler Ebene ist die Situation durch die weiterhin anhaltende Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung geprägt, sowohl im Norden als auch im Süden: Austerität, Kürzungsmaßnahmen, wachsende Verschuldung, Freihandelsabkommen (TTIP, flächendeckende und tiefgehende Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Ländern südlich vom Mittelmeer, wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und afrikanischen Ländern usw.) Dann kommt die Problematik des Klimawandels, die zweifelsohne zu den wichtigsten Achsen zählen und mehrere internationale Bewegungen mobilisieren wird. Und das umso mehr, als das WSF eine entscheidende Etappe bei der Vorbereitung der Mobilisierungen gegen das Ende 2015 in Paris geplante Gipfeltreffen über Klimawandel (COP21) markieren wird.

Wie könnte die Menschen weltweit dazu beitragen, der Stimme der sozialen Bewegungen in Eurer Region mehr Gehör zu verschaffen?
Dabei ist internationale Solidarität unumgänglich. Sie soll stets zu Tage treten, zuerst indem sie die verschiedenen lokalen Kämpfe der Bewegungen breit unterstützt, die gegen Ungerechtigkeit, Rassismus, aber auch gegen Unterdrückung und Kriminalisierung der sozialen Bewegungen durch die jeweiligen Statsapparate Widerstand leisten. Aber auch durch ihr Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte sowie für die Meinungs- und Redefreiheit usw. Eine solche Solidarität zwischen Nord und Süd ist allein im Stande, die sozialen Bewegungen einerseits aufzumuntern und zu unterstützen, aber auch zur koordinierten Arbeit anzuregen, und sie andererseits in den Prozess der Sozialforen einzubinden.
Als Beispiel kann man die **marokkanischen** Frauen anführen, die im Süden des Landes dem Schwindel der Mikrokreditanbieter zu Opfer gefallen sind. Oder die 595 **griechischen** Putzfrauen im öffentlichen Dienste, die sich seit 11 Monaten gegen ihre Kündigung wehren und die Austeritätsmaßnahmen und „Abmagerungskur" bekämpfen, welche die von den internationalen Finanzinstituten und der EU bevormundete griechische Regierung dem Land aufgezwungen hat. Auch könnte man sich solidarisch mit den jungen Arbeitslosen im Süden **Tunesiens** zeigen; sie haben ja die Revolution ausgelöst und leiden weiterhin unter den Auswirkungen der ultraliberalen Politik, die die Übergangsregierung umsetzt... Solche Solidarität brauchen die sozialen Bewegungen und sie kann sie alle eventuell anregen, am WSF 2015 in Tunis teilzunehmen. Zuletzt: der Internationale Rat des WSF und dessen Mitgliedsorganisationen sowie das lokale Organisationskomitee werden die nötigen Gelder aufbringen, und ein Teil davon wird für die Unterstützung der sozialen Bewegungen reserviert bleiben. Man könnte z.B. eine Karawane organisieren, die vom Süden Tunesiens abfahren, sich dann unterwegs in den verschiedenen Städten und Dörfern aufhalten, und Tunis am Eröffnungstag des WSF erreichen würde. TeilnehmerInnen dieser Aktion könnten Delegierte der Organisationen und maghrebinischer sowie internationaler sozialen Bewegungen sein.
Die große Herausforderung des WSF, das zum zweiten Mal in Tunis stattfinden wird, wird ganz sicher die Fähigkeit sein, die sowohl tunesischen und maghrebinischen als auch afrikanischen und internationalen sozialen Bewegungen zu mobilisieren.

Sergio Ferrari: Rückblick auf das WSF und Perspektiven

Das Weltsozialforum wurde im brasilianischen Porto Alegre ins Leben gerufen und fünfmal in Brasilien abgehalten (2001, 2002, 2003 und 2005 in Porto Alegre und 2009 in Belém do Para). Dann zweimal in Afrika südlich der Sahara (2007 in Nairobi und 2011 in Dakar), einmal in Indien (Mumbai, 2005) und das letzte 2013 in Tunis . Über 60 000 VertreterInnen von 4600 fortschrittlichen Organisationen aus 128 Ländern trafen damals dort zusammen, als Bekundung ihrer Unterstützung der Revolution vom 14. Januar 2011, des unermüdlichen Kampfes der Tunesierinnen und Tunesier um ihre Würde und Rechte, sowie auch einer damals gärenden Region. Das nächste WSF wird wieder in der tunesischen Hauptstadt stattfinden, und zwar auf dem Campus der Al-Manar-Universität. Die Initiative der maghrebinischen OrganisatorInnen wurde im gemeinsamen Rahmen Québec-Tunesien für den WSF-Prozess 2015-2016 angenommen. Dementsprechend wird das darauffolgende WSF im August 2016 im kanadischen Montréal abgehalten werden.

Sergio Ferrari: Die sozialen Bewegungen und Tunis 2015

Im Aufruf der Sozialbewegungen vom Dezember 2013 in Casablanca, der die Argumente für eine Abhaltung des WSF 2015 in Tunis vorlegte, hieß es, dass *„festgestellt werden muss, dass die Region, nachdem sie schon 2011 auf Grund der Revolutionen und demokratischen Bewegungen für sich selber und die restliche Welt eine Quelle der Hoffnung gewesen ist, derzeit Entwicklungen erfährt, welche Grund zu tiefer Besorgnis geben. Die nun seit 3 Jahren amtierenden Regierungen sind nicht im Stande gewesen, Alternativen zu formulieren und umzusetzen, die eine Antwort geben auf die Forderungen der Jugend nach Freiheit und Arbeit, auf jene der Frauen nach Gleichberechtigung, jene der Sozialbewegungen nach sozialer Gerechtigkeit. Ganz im Gegenteil nehmen Waffenhandel und die Gewalt der religiösen Extremisten überhand, die vom IWF und von der Weltbank diktierte neoliberale Politik wird als einzige Lösung vorgelegt und die sozialen und demokratischen Bewegungen werden kriminalisiert. Die ausländischen politischen und militärischen Interventionen sind zur Regel geworden und jedes Mal mit dem Ziel, die Instabilität im Inland zu Gunsten der USA, Europas, der Türkei und der Golfstaaten zu instrumentalisieren“.*

Auch stellen sie fest, dass *„der ganze afrikanische Kontinent, über Maghreb und Mashrek hinaus, nun zur Hauptquelle von Rohstoffen geworden ist von der Gewalttätigkeit der Extremisten, der Ausplünderung seiner Ressourcen, der zerstörerischen Gewalt der Anpassungsprogramme und die allgemein um sich greifende Militarisierung mit voller Wucht getroffen wird.*

Weltweit, auch in Europa, Asien, Latein- und Nordamerika werden nun die sozialen Bewegungen mit der Vertiefung der Sozial-, Wirtschafts- und Umweltkrisen sowie einer systematischen Infragestellung ihrer Rechte konfrontiert. Neue Spannungen, die in direktem Zusammenhang mit den hegemonialen Strategien zur Aneignung der Ressourcen und Märkte stehen, lassen in Europa, Asien und Afrika das Schlimmste befürchten.

Für die maghrebinischen Bewegungen *„bleibt das WSF mehr denn je ein lebenswichtiger Raum für die sozialen Bewegungen, die für die Erhaltung der Würde der Völker kämpfen, damit jene ihr Schicksal selber bestimmen, neue Umwelt-, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erkämpfen und Alternativen zum Neoliberalismus aufbauen können, die mehr denn je nottun.*“

Quelle:
http://mimounrahmani.wordpress.com/2014/10/13/la-tunisie-convoque-a-nouveau-la-prochaine-edition-du-fsm-en-mars-2015-le-forum-social-mondial-appartient-au-mouvement-altermondialiste-dans-son-ensemble-et-il-doit-se-lapproprier/
Übersetzt von Michèle Mialane; Erscheinungsdatum des Originalartikels: 13/10/2014
Artikel in Tlaxcala veröffentlicht:
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13794

SiG-Artikel über das WSF
Liste der Artikel bis Nr.100:
http://sandimgetriebe.attac.at/10342.html
Weltsozialforum in Tunis, 2013:
http://sandimgetriebe.attac.at/sig102.html

Michel Warschawski: Der Papst als Umstürzler:

Wenn Franziskus die Graswurzelbewegungen im Vatikan einlädt

Was hatte eine Organisation wie das AIC in Jerusalem und Bethlehem, deren Mitglieder meist jüdischer bzw. moslemischer Kultur, und außerdem Atheisten sind, im Vatikan zu suchen?

Als unsere Freunde von der brasilianischen Bewegung der Landarbeiter ohne Boden (MST) uns vor mehreren Monaten kontaktiert und uns mitgeteilt haben, dass das Alternative Information Center (Alternatives Informationszentrum, AIC) zu einem Treffen mit Papst Franziskus eingeladen war, haben wir viel gelacht: was hatte eine Organisation wie das AIC in Jerusalem und Bethlehem, deren Mitglieder meist jüdischer bzw. moslemischer Kultur, und außerdem Atheisten sind, im Vatikan zu suchen? Und als der Verwaltungsrat mich gebeten hat, dort die Organisation zu vertreten, deren Vorsitzender ich bin, hab ich es rundweg abgelehnt: wenn ich auch die eingefleischte Kirchenfeindlichkeit vieler meiner französischen Freunde nicht teile und wie Karl Marx meine, dass Religion nicht nur das Opium des Volkes, sondern auch der „Seufzer der bedrängter Kreatur“ ist, wollte mir trotzdem nicht einleuchten, was für einen Zweck ein Treffen im Vatikan für mich hatte. Da unsere brasilianischen Freunde aber darauf bestanden, fuhr ich schließlich jedoch hin. Und das bereue ich keineswegs.

Nämlich organisierte Papst Franziskus ein Treffen zwischen der katholischen Kirche und etwa hundert Graswurzelbewegungen aus allen vier Himmelsrichtungen zu einer intensiven Debatte um drei Themen: Boden, Arbeit und Wohnung. Ich muss gestehen, es war fesselnd und ganz sicher ebenso interessant wie die vielen Weltsozialforen, denen ich bisher beigewohnt habe.

„Graswurzelbewegungen“ - keine NGO, bis auf die AIC und paar andere, oder gar Sozialbewegungen, wie sie häufig genannt werden - sondern Basisbewegungen, in denen sich die von der Gesellschaft und Arbeitswelt am meisten ausgegrenzten Schichten organisieren: so z.B. die Müllrecycler in Rio, die vom Krieg vertriebenen BauerInnen aus Zentralafrika oder auch Fischer, die die Multis um ihre Einkommensquellen gebracht haben, sowie die EinwohnerInnen der afrikanischen und lateinamerikanischen Slums, die die Immobilienspekulation zu Flüchtlingen in der eigenen Stadt gemacht hat...

Dann kam das Treffen mit Papst Franziskus und dessen Anrede an die TeilnehmerInnen, und zwar eine offene und sogar herzliche, dazu noch verblüffend radikale. Nach einer Kritik des Stands der Dinge in unserer Gesellschaft, wo der Mensch zum Sklaven des Kapitals und der Multis geworden ist, rief der Papst die Graswurzelbewegungen auf, zu Akteuren einer unentbehrlichen revolutionären Umwälzung zu werden. Da vergaß er sein Papier und sagte plötzlich mit einem kleinen Lächeln: *„Vielleicht werden welche behaupten, dass ich den Kommunismus predige...*“ und es stimmt auch, dass seine Worte ebenso subversiv waren, wie jene des bolivischen Präsidenten, Genosse Evo Morales, zum Abschluss des Treffens.

„Boden, Arbeit, Wohnung - heilige, unveräußerliche Rechte für jede und jeden“, betonte Papst Franziskus.

Soll das auf eine Wende innerhalb der katholischen Kirche deuten? Nicht so sicher: man brauchte sich nur die Gesichter einiger anwesender Kardinäle anzuschauen, die anscheinend von der Radikalität des Kirchenoberhaupts schockiert waren. Sicher ist dafür, dass eine Wende in der sozialen und politischen Involvierung der katholischen Kirche heute zum Gegenstand eines Kampfes innerhalb deren führender Gremien geworden ist. Und da müssen sich die AktivistInnen der Sozialbewegung weltweit betroffen fühlen, auch die Ungläubigsten.

Quelle:
https://www.facebook.com/Estbel/posts/382994491851537 , Erscheinungsdatum des Originalartikels: 05/11/2014; Übersetzt von Michèle Mialane, http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13864

Zwei Jahre nach dem Brand in der pakistanischen Textilfabrik

Reiner Hoffmann (DGB-Vorsitzender), Detlef Wetzel (IG Metall-Vorsitzender) und Frank Bsirske (ver.di-Vorsitzender)

Aufruf: "Wir stehen am Anfang."

Der Skandal der globalen Textilproduktion: kein Brandschutz an den Arbeitsplätzen, keine Versicherung im Krankheitsfall, sechs Tage die Woche 14 Stunden für einen Hungerlohn arbeiten. Wer einer Gewerkschaft beitritt, riskiert seinen Job. Gewerkschaftsmitglieder werden verprügelt, entführt und verhaftet.

Vor zwei Jahren, am 11. September 2012, verbrannten in Karatschi (Pakistan) 255 Menschen bei lebendigem Leib, eingeschlossen in einer illegal umgebauten, nicht registrierten Textilfabrik.
Hunderte verloren das Einkommen, an dem ihre fünf-, sechs- oder siebenköpfige Familie hängt. Die Fabrik arbeitete fast ausschließlich für ein großes deutsches Textilunternehmen, das die verzweifelten Überlebenden und Angehörigen jetzt mit einem Almosen abspeisen will. Die Verhandlungen werden verschleppt, der deutsche Auftraggeber bietet nur einen Bruchteil der angemessenen Entschädigung an. Kein Einzelfall, sondern leider Alltag im globalen Textilgeschäft.

Wir stellen mit Schrecken fest: In Südasien wird unter **unmenschlichen Arbeitsbedingungen** genäht, was wir in den Fußgängerzonen unserer Städte kaufen - **Kleidung, an der Blut klebt.** Was in Pakistan geschah, hat sich in Bangladesch wiederholt, mit noch mehr Toten und Verletzten. Trotz der Katastrophe werden die Schwachen, die Näherinnen und Näher, weiter betrogen. Sie sind völlig schutzlos.
Das ist untragbar. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie zäh, wie lange auch in unserem Land um eine menschenwürdigere Arbeit und gewerkschaftliche Rechte gekämpft werden musste und weiter gerungen werden muss. **Die Kolleginnen und Kollegen an den Nähmaschinen in Süd- und Südostasien brauchen jetzt unsere Solidarität.** Sie brauchen eine angemessene und faire Entschädigung, sie brauchen bessere Arbeitsbedingungen und eine anerkannte gewerkschaftliche Vertretung. Wir alle brauchen ein deutlich verschärftes Haftungsrecht, das deutsche Unternehmen auch im Ausland auf Arbeitssicherheit, auf bessere Arbeitsbedingungen und Anerkennung des Arbeitsrechts verpflichtet.

Wir alle sind die Öffentlichkeit.
Wir bitten Sie daher, beim Einkauf darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen Ihre Hose, Ihr Kleid oder Ihr T-Shirt genäht wurde.
Wir bitten Sie ausdrücklich um eine Spende für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Wir tun das nicht, um die Unternehmen aus ihrer Verantwortung zu entlassen, im Gegenteil: **Wir wollen Druck machen.** Wir spenden für einen Opferfonds, der medizinische Behandlungen unterstützt. Wir tragen zur Finanzierung von Gerichtsverfahren gegen die Schuldigen hier in Deutschland bei. Und: Wir unterstützen den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Es geht um gute Arbeit und ein gutes Leben. Überall. Helfen Sie mit!

Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender
Detlef Wetzel, IG Metall-Vorsitzender
Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

Spenden Sie für das Gewerkschaftshaus!
Spendenstichwort: Gewerkschaftshaus Karatschi, **medico international**
Spendenkonto 1800
Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00

http://www.medico.de/themen/aktion/textil/dokumente/wir-stehen-am-anfang/4703/

Kampagne für saubere Kleidung

aktuelle Infos:
http://www.saubere-kleidung.de

Joseph Stieglitz: Ebola und Ungleichheit
http://www.project-syndicate.org/commentary/ebola-highlights-inequality-by-joseph-e--stiglitz-2014-11/german
Nick Dearden: Ebola-Krise: Drei Dinge, über die Band Aid eigentlich singen sollte
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13976

Jean Gadrey

Für Afrika sind die EPAs noch schlimmer als TTIP

Mehrere Projekte so genannter „wirtschaftlicher Partnerschaftsabkommen“ zwischen der Europäischen Union und breiten Regionen Afrikas südlich von der Sahara werden in den kommenden Monaten den Regierungen der involvierten - afrikanischen und europäischen - Länder vorgelegt. Es wird dasselbe Verfahren angewendet, wie bei dem Transatlantischen Partnerschaftsabkommen (TTIP) : geheime Verhandlungen.
Die Träger sind dieselben: die Multis, die Finanzwelt, und beide erhalten eine Unterstützung von den führenden PolitikerInnen, sowohl im Norden als im Süden.

Jene Träger, die in der WTO z. T. gescheitert sind, haben eine **Strategie** entwickelt, die auf einer Vielfalt **bilateraler Abkommen** beruht, die womöglich auf ihren Traum eines weltweiten Freihandels münden können, denn die Auswirkungen jener verschiedenen Abkommen überdecken sich z. T.: Würde das TTIP umgesetzt, so würde es sich auf den Handel mit den Länder des Südens auswirken, und zwar im Sinne einer stärkeren Liberalisierung, und ebenfalls im Norden, im Falle einer Verallgemeinerung der EPAs.

Die in den EPAs geplanten Bestimmungen sind denen des TTIP sehr ähnlich.
Das EPA-Projekt, das im September 2014 durch ein Leck bekannt wurde, enthält
1/ eine drastische Senkung der Zollgebühren, welche die afrikanischen Staaten um lebenswichtige Einnahmen und vor allem um die Mittel, ihre Landwirte und ihre aufkeimende Industrie zu schützen, bringen wird und
2/ diese „TTIPsche" Verpflichtung: die afrikanischen Länder verpflichten sich, nach Abschluss der EPAs Verhandlungen zu eröffnen, zwecks einer neuen, noch stärkeren Liberalisierung, welche den Dienstleistungssektor, die öffentlichen Märkte, die Investitionen und das geistige Eigentum einbezieht.

Im EPA werden „Konzertierungsgremien" mit der Sicherstellung und Weiterentwicklung beauftragt. Diese ähneln dem unheilvollen TTIP-Artikel Nr 43 (Mandat) und sehen einen vollkommen identischen Mechanismus der Beilegung von Streitigkeiten „zwischen Vertragsparteien" (drei private Richter usw.) vor. Hier wären die Vertragsparteien die EU und die afrikanischen Staaten, aber es ist klar, dass ein europäischer multinationaler Konzern, der sich beeinträchtigt meint, die EU anrufen würde; die EU ihrerseits würde diesen privaten, aber den Staaten überlegenen Mechanismus, ins Rollen bringen.
Die derzeitige Situation der neokolonialen Abhängigkeit in vielen afrikanischen Ländern sowie das riesige wirtschaftliche Gefälle zwischen den beiden Ländergruppen macht die EPA noch zerstörerischer für die Völker des Südens. In den afrikanischen Staaten südlich von der Sahara ist das BIP pro Kopf 21 Mal niedriger als in der EU.

Dessen ungeachtet dürfte man die EPAs nicht nur als böse Schläge für die afrikanischen Völker auffassen, obwohl es zwar anderweitig stimmt. Nicht nur aus Solidarität muss man die EPAs blockieren. Denn die Schäden, die das TTIP den europäischen Völkern sowie deren Gesellschaft und Umwelt oder auch Gemeingütern weltweit - man denke z.B. an den Klimawandel - zufügen kann, würden ihnen ebenfalls von den neokolonialen EPAs in einigen wesentlichen Bereichen zugefügt werden.
In **Europa** würden sie die rücksichtslos auf hohe Erträge orientierte, verschmutzende „exportorientierte" Landwirtschaft und die einhergehende Zerstörung von Arbeitsplätzen fördern, und dabei dem Übergang zum umweltfreundlichen Anbau und zur Nahrungssouveränität im Wege stehen.
Aus denselben Gründen würden sie gewisse Industriesektoren, Hersteller von minderwertigen Exportgütern begünstigen, und dadurch eine Übergangspolitik zu umweltfreundlichen Produktionsweisen und Relokalisierung beeinträchtigen. Sie würden die langen Transportwege von Gütern und die Treibhausgasemissionen steigern.
Indem sie die Plünderung der afrikanischen Bodenschätze „frei" organisieren würden, würden sie gegen die Energie- und stofflichen Wende in Europa arbeiten; sie würden somit die unvernünftige Benutzungsperiode von fossiler Energie und Erzen verlängern, anstatt neue Produktions- und Konsumweisen mit niedrigem Kohlenverbrauch und einem niedrigen Ressourcenverbrauch einzuführen.

Es wird Zeit, auf den Bericht von Jean-Claude Lefort über jene EPAs zurückzukommen, der im Jahre 2006 von der Internationalen Kommission des Abgeordnetenhauses einstimmig verabschiedet wurde: *„Sollte die Kommission hartnäckig dabei bleiben, wird Europa einen politischen, taktischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Fehler begehen."*

Dieser Artikel ist der „L'humanité" im November 2014 erschienen
Jean Gadrey ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac Frankreich

Attac Deutschland: Hintergrundseite zu den Wirtschaftlichen "Partnerschafts"-Abkommen EPAs
http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/epas/
Zu den bilateralen Freihandelsabkommen: www.bilaterals.org

Druck der EU ... und Folgen der EPA für Afrika

Der „sanfte" Druck läßt afrikanische Regierungen umknicken ...

„Zum 1. Oktober 2014 hatte Brüssel für alle Länder der AKP-Gruppe (Afrika, Karibik, Pazifik) die Vorzugsbehandlung nach dem Cotonou-Abkommen auslaufen lassen, um sie zur Unterzeichnung der EPAs zu drängen. (…) Der Druck aus Brüssel zeigt Wirkung: Zähneknirschend unterzeichneten die Mitglieder der Ostafrikanischen Gemeinschaft im Oktober ein Wirtschaftsabkommen mit der EU. Die Kritik an dem Vertrag reißt aber nicht ab, und die Ratifizierung ist keineswegs sicher." (Welt-Sichten: "EU und Ostafrika: Freier Handel wider Willen", 12.11.2014, http://www.welt-sichten.org/artikel/25579/eu-und-ostafrika-freier-handel-wider-willen)

"Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen schaden dem regionalen Handel und lassen den Partnerländern keine Luft, Industrie zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen, die Menschen aus der Armut holen. Zudem wurde den Entwicklungsländern die Pistole auf die Brust gesetzt – entweder, sie unterzeichnen, oder ihr Marktzugang zur EU wird eingeschränkt. Die EPAs sind das Gegenteil von Entwicklungszusammenarbeit." (handelspolitische Sprecherin der Grünen im EU-Parlament, Ska Keller, **Report-Sendung vom 4.11.2014, Wie die EU ihre wirtschaflichen Interessen gegenüber Afrika durchsetzt,** http://www.swr.de/report/ruecksichtsloses-abkommen-wie-die-eu-ihre-wirtschaftlichen-interessen-gegenueber-afrika-durchsetzt/-/id=233454/nid=233454/did=14245872/15ehh1h/index.html)

„Die geschwächte Verhandlungsposition, die Afrika dazu zwingt, für eine riskante Öffnung der eigenen Märkte viele Arbeitsplätze in den eigenen Exportbranchen zu opfern, hat auch mit Abhängigkeiten zu tun. So finanzieren die Europäer nicht nur die regionale Integration - etwa über den Haushalt der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) -, sondern auch die Treffen der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung der EU- und der AKP-Staaten und die Fortbildung von Experten. Die afrikanischen Regierungen schwächen aber ihre Position auch selber, indem sie sich an Expertenratschlägen statt am praktischen, lebensnahen Engagement ihrer Bürger orientieren."
(Jacques Berthelot, "Unfair Trade", 12. 9.2014, http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12.mondeText.artikel,a0043.idx,13)

Folgen für die afrikanischen Länder

„Allein Kenia würde der Abbau der Zölle auf europäische Importe nach Schätzungen eines kenianischen Wirtschaftsinstitutes jährlich bis zu 110 Millionen Euro kosten" (Welt-Sichten: "EU und Ostafrika: Freier Handel wider Willen", 12.11.2014)

"Die afrikanischen Länder können mit einer Wirtschaft wie der Deutschen nicht konkurrieren. Das führt dazu, dass durch den Freihandel und die EU-Importe bestehende Industrien gefährdet werden und zukünftige Industrien gar nicht erst entstehen, weil sie dem Wettbewerb mit der EU ausgesetzt sind." (Der zuständige UN-Wirtschaftsexperte für Ostafrika, Andrew Mold, Report-Sendung vom 4.11.2014,)

Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen: Unterminierung regionaler Integration (Brot für die Welt) http://info.brot-fuer-die-welt.de/politik/wirtschaftliche-partnerschaftsabkommen
Expertisen von Jacques Berthelot (auf englisch), http://solidarite.asso.fr/Papers-2014

S. auch: **http://www.bilaterals.org**/?afrique-de-l-ouest-et-europe-se

Matthieu Moriamez, Gewerkschaft CGT (France)

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit afrikanischen Ländern dürfen nicht ratifiziert werden!

Am Freitag, den 12. Dezember 2014, wird der EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten über die Unterschrift unter dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den 15 Staaten der Communauté économique des Etats d'Afrique de l'Ouest (CEDEAO – West-afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und Mauretanien entscheiden.
In einer Presseerklärung mehrerer Organisationen (1) heißt es: „Viele Organisationen der europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaft haben einen Appell unterzeichnet, in dem die Ablehnung der Ratifizierung dieser Verträge gefordert wird.(2)
In Übereinstimmung mit den Forderungen dieses Appells erwarten wir, dass der EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten
–das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den westafrikanischen Ländern NICHT unterschreibt;
–die Bevölkerung auf dem Altar des Profits einiger wenigen Multinationalen NICHT OPFERT;
–sich für Kooperations- und Solidaritätsabkommen mit afrikanischen Ländern EINSETZT, die nicht, wie die EPA, auf einem „Freihandel" basieren, der die Emanzipation der Menschen bedroht." (SiG-Redaktion)

Seit 2002 verhandelt die Europäische Union (**EU**) mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (**AKP**) über „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen"- (EPAs = Economic Partnership Agreements). Das sind Abkommen zwischen der EU und regionalen Zusammenschlüssen der AKP-Staaten mit einem gemeinsamen Markt, einem gemeinsamen Außenzolltarif und freiem Warenverkehr innerhalb des betreffenden Gebiets.
Ziel dieser Abkommen ist die Liberalisierung der Handelsbeziehungen zwischen den 28 EU-Ländern und den 77 AKP-Staaten. Wenn solch unterschiedliche Wirtschaftssysteme miteinander in Wettbewerb treten, geschieht dies notwendigerweise zu Ungunsten der Bevölkerung der ärmsten dieser Länder. Damit gerät jegliche Entwicklungsperspektive für die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks in Gefahr.

Bis Juni 2000 basierten die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten auf einem System von Vergünstigungen, die nicht auf Gegenseitigkeit beruhten, d. h. dass die Mehrheit der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse der AKP-Staaten frei und ohne Gegenleistung auf die europäischen Märkte gebracht werden konnten.
Die **Bilanz** dieses einzigartigen Handelssystems fällt im Hinblick auf die Entwicklung der AKP-Staaten enttäuschend aus: Obgleich einige Sektoren vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt profitieren konnten, sank der Gesamtanteil der AKP-Staaten am europäischen Markt von 6,7 % im Jahr 1976 auf 2,8 % im Jahr 1996. Es kam zu einer sehr starken Spezialisierung der Exporte aus den AKP-Staaten, also zu einer Konzentration auf ein knappes Dutzend, vorrangig landwirtschaftliche, Produkte. Der Industriesektor der entsprechenden Länder hat sich dabei nur wenig oder gar nicht entwickelt und die wirtschaftliche Kraft blieb quantitativ und qualitativ im Hintertreffen. Die europäischen Normen wurden immer strenger, während die Liberalisierung des Welthandels und damit die allgemeine Senkung von europäischen Zollsätzen die wirtschaftlichen Vorteile reduzierten, die diese Länder gegenüber anderen Exporteuren hatten.

Auf europäischer Seite werden die extrem **undurchsichtigen Verhandlungen** von der EU-Kommission geführt. Eine echte Kontrolle, insbesondere durch die nationalen Parlamente und das Europaparlament, gibt es nicht. Nach Ansicht der EU-Kommission begünstigen die EPA dank des Freihandels und der Schaffung eines attraktiven Investitionsrahmens die Entwicklung: Die AKP-Länder würden dank der Freihandelszonen von den Vorteilen der Handelsentwicklung, vom Wirtschaftswachstum und damit von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verringerung der Armut profitieren. Bekanntermaßen ist aber die Verbindung zwischen Handelsliberalisierung, Wirtschaftswachstum und Entwicklung rein theoretischer Natur. Für die ärmsten Länder kann die Liberalisierung der Märkte dramatische soziale Folgen haben.

Da die EU-Kommission die Unterzeichnung dieser Abkommen um jeden Preis bis Ende 2014 erreichen will, verstärkt sie sogar durch das Aufstellen von Bedingungen für die öffentlichen Förderungen den **Druck auf die AKP-Partnerländer**, um den Prozess der regionalen Integration voranzutreiben. In den westafrikanischen Ländern haben öffentliche Stellungnahmen von Einzelpersonen und von Organisationen die dort bestehenden Vorbehalte gegen den derzeitigen Inhalt der Verhandlungen deutlich gemacht. Die Versuche einer regionalen Integration befinden sich angesichts der angestrebten Unterzeichnung des EPA derzeit sozusagen „in Geiselhaft", die Inhalte der Verhandlungen werden umgedeutet und viele regionalpolitische und historische Ansätze umgeworfen.

Die Unterzeichnung der EPA hätte unweigerlich eine **Einschränkung der Interventionsmöglichkeiten der AKP-Staaten** zur Folge. Die **Zölle** stellen einen bedeutenden Teil der Einnahmen der Regierungen Westafrikas dar (23 % der Staatseinnahmen in Mali in den Jahren 2002 und 2003, 35 bis 40 % in Benin, durchschnittlich fast 15 % in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft).
Die Unterzeichnung der EPA würde einen **Rückgang der Staatseinnahmen** und damit eine Verringerung des staatlichen Einflusses mit sich bringen.
Da die EU einer der wichtigsten Lieferanten Westafrikas ist, würde die Liberalisierung des Handels zwischen den unterschiedlichen gemeinsamen Märkten die öffentlichen Haushalte der Staaten vermutlich sehr stark beeinträchtigen.
Die Möglichkeiten für Investitionen (sozialer Bereich, Infrastruktur usw.) werden direkt davon betroffen sein und zurückgehen. Eine deutliche Reduzierung der Staatseinnahmen der AKP-Staaten, die nicht an anderer Stelle kompensiert werden kann, hätte dramatische Folgen für die Beschäftigung (öffentlicher Dienst und freie Wirtschaft) sowie für die Grundversorgung (Bildung, Gesundheit, Trinkwasser und Abwasser, Energie usw.) und könnte dazu führen, dass sich die Länder in einer neuen Verschuldungsspirale wiederfinden.

Die EPA stellen auch eine **Bedrohung für die Nahrungsmittelsouveränität** der AKP-Staaten dar. Für die europäische Wirtschaft sind die Auswirkungen einer Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit den afrikanischen Ländern möglicherweise gering, da die meisten Produkte aus diesen Ländern bereits einen privilegierten Zugang zum EU-Markt haben.
Darüber hinaus werden die EPA **kaum neue Exportmöglichkeiten** für die afrikanischen Länder in Richtung EU eröffnen, da der Zugang zum EU-Binnenmarkt nicht wirklich von Zöllen, sondern eher von der Fähigkeit der Unternehmen abhängt, Erzeugnisse anzubieten, die sich für den europäischen Markt eignen (hinsichtlich Normen, Produktivität usw.).
In Europa ist die Produktivität der Landwirtschaft sehr hoch, die Landwirte erhalten Subventionen und ein Teil der Exporte entfällt auf landwirtschaftliche und industrielle

Nebenprodukte (wie beispielsweise Geflügelteile). Dadurch kann Europa Nahrungsmittel zu sehr günstigen Preisen in die AKP-Staaten exportieren. Diese Exporte führen häufig zu starkem Preisdruck auf dem Binnenmarkt der AKP-Staaten zu Lasten der Erzeuger, der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Nahrungsmittelsicherheit. Daher **müssen die AKP-Staaten ihre Märkte regulieren und schützen können**.

Die Öffnung der Märkte für europäische Erzeugnisse hätte **ebenfalls negative Konsequenzen für den Industriesektor der AKP-Staaten**. Dass es einige wenige AKP-Staaten geschafft haben, eine nationale Industrie aufzubauen, war nur durch eine Politik der wirtschaftlichen Protektion möglich. Die Aufhebung dieser Schutzmaßnahmen hätte unweigerlich negative Auswirkungen auf die Industrie mit schweren Folgen für die Beschäftigungssituation. Die Herausforderung in diesen Ländern besteht jedoch darin, die bestehenden Verarbeitungsindustrien weiterzuentwickeln und das Entstehen neuer Verarbeitungsindustrien zu ermöglichen.

Die **AKP-Staaten** haben im Übrigen schon **einen Großteil ihres öffentlichen Dienstes** im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen **liberalisiert**, was meistens zum Vorteil europäischer Unternehmen geschah. Im Banken- und Versicherungssektor, bei der Telekommunikation, bei der Wasser- und Stromversorgung usw. **haben meistens europäische multinationale Konzerne das Sagen oder fast ein Monopol**.
Die Weiterführung dieser Liberalisierungen im öffentlichen Dienst im Rahmen von EPA, die auch den Bildungs- und Gesundheitsbereich betreffen würde, wird die Kommodifizierung von Dienstleistungen zugunsten des privaten ausländischen Sektors vollenden. Der Wille der EU, die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens und der öffentlichen Investitionen durchzusetzen, widerspricht übrigens der innerhalb der World Trade Organization (WTO, Welthandelsorganisation) geschlossenen Vereinbarung, diese Bereiche zurzeit nicht in die internationalen Wirtschaftsverhandlungen einzubeziehen.

Im Endeffekt sind die EPA anscheinend von Vorteil vor allem für die wirtschaftlichen Interessen der EU und bestimmter Unternehmen aus den AKP-Staaten, die in die EU exportieren, und von Nachteil für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen in den AKP-Staaten und die Verringerung der sozialen Ungleichheit.

Aus diesen Gründen müssen wir uns dafür einsetzen, mit den Freihandelsgrundsätzen, auf denen die EPA basieren, zu brechen und die derzeitigen Verhandlungen grundlegend neu auszurichten.

Folgendes muss öffentlich festgestellt werden:

- Es ist unhaltbar, Ende 2014 für den Abschluss der Abkommen festzulegen.
- Die Stärkung der regionalen Integration der AKP-Staaten sollte Vorrang haben, ohne Druck von außen, allerdings mit der institutionellen und finanziellen Unterstützung der EU. Verhandlungen über eine regionale Integration sollten viel stärker das Entwicklungsgefälle und die Produktionsstrukturen der betreffenden Länder berücksichtigen.
- Die EU muss anerkennen, dass die AKP-Staaten ihre Märkte, insbesondere die Agrarmärkte, schützen dürfen, solange es für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder erforderlich ist.
- Soziale Aspekte sollen in die Verhandlungen einbezogen werden, insbesondere sollen die Beachtung der grundlegenden sozialen Rechte, Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Schulbildung, zur beruflichen Bildung und zur sozialen Sicherung und eine Politik der Umverteilung garantiert werden. Jedes Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten muss den Vorrang der Menschenrechte und der sozialen Grundrechte vor jeglichem wirtschaftlichen oder finanziellen Interesse garantieren.
- Eine verstärkte Liberalisierung des Dienstleistungssektors, des öffentlichen Beschaffungswesens und der öffentlichen Investitionen ist abzulehnen. Die EU darf den AKP-Staaten keine Ausweitung der Liberalisierung des Warenverkehrs auferlegen, die bereits von den Ländern Westafrikas bei vorhergehenden Verhandlungen abgelehnt wurde.
- Es ist notwendig, zusätzliche Mittel für den Europäischen Entwicklungsfonds bereitzustellen, so dass die derzeitigen EU-Hilfen für die sozialen oder produktiven Sektoren nicht reduziert werden, weil finanzielle Hilfen für den Handel oder die Strukturanpassungsmaßnahmen der Wirtschaft der AKP-Staaten verstärkt werden. Die EU muss insbesondere durch zusätzliche Finanzierungsmittel die Kompensation möglicher Einnahmeverluste, die die EPA nach sich ziehen, sicherstellen. Die europäische Unterstützung darf keinesfalls als Tauschobjekt angesehen werden und von der Unterzeichnung der EPA abhängen.
- Auf allen Verhandlungsstufen soll die Zivilgesellschaft (Gewerkschaften und Bauernorganisationen, Frauenbewegungen, Nichtregierungsorganisationen usw.) angehört und beteiligt werden und die Abgeordneten der AKP-Staaten und der EU-Staaten sollen den Inhalt der Verhandlungen der EPA wirksam kontrollieren können.
- Die WTO-Regeln sollen neu gestaltet werden, wobei insbesondere die Vorschläge der AKP-Staaten für eine Überarbeitung des Artikels XXIV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens zu berücksichtigen sind, der die regionalen Freihandelsabkommen behandelt und in den Bestimmungen aufzunehmen sind, die eine differenzierte und auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnittene Vorgehensweise ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist Alter Summit der Ansicht, dass die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten der EU, statt EPA abzuschließen, **Verhandlungen über Kooperations- und Solidaritätsabkommen, die nicht auf Freihandel basieren, aufnehmen müssen.** Solche Abkommen müssten die Verwirklichung der Menschenrechte und insbesondere der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in den AKP-Staaten zum Ziel haben. **Das Recht von regionalen Zusammenschlüssen, ihre Märkte selbst zu regulieren und zu schützen, muss voll und ganz anerkannt werden,** vor allem in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel. **Die politische Autonomie der AKP-Staaten und -Regionen** und deren Fähigkeit, über finanzielle Ressourcen zu verfügen und die Steuerflucht zu bekämpfen, dürfen nicht eingeschränkt werden, sondern müssen im Interesse der Bevölkerungen gefördert werden.

(1) http://www.solidarite.asso.fr
(2) http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/EPA_EU-Westafrika_Appell.pdf

Übersetzung: Kerstin Heininger und Werner Horch, coorditrad; Englische Fassung: http://www.altersummit.eu/accueil/article/the-economic-partnership

Protestdemonstration gegen EPA in Kamerun *(Acdic)*

Burkina Faso

Attac Marokko fordert die Ausweisung von Blaise Compaoré
Marokko darf nicht als Müllhalde für ausgebrauchte Diktatoren dienen.

Am 31. Oktober hat das Volk in Burkina Faso den Diktator Blaise Compaoré abgesetzt und damit eine 27 jährige Herrschaft beendet.
Wir erinnern daran, dass Blaise Compaoré am 15. Oktober 1987 durch einen Putsch und nach der **Ermordung vom Präsidenten Thomas Sankara** zur Macht gekommen ist.
Während Thomas Sankara durch seinen furchtlosen Widerstand gegen die Politik der Imperialisten in die Geschichte eingetreten ist – insbesondere indem er in Addis Abeba am 29. Juli 1987 zu einem vereinten Front gegen die Verschuldung aufgerufen hatte -, wurde Blaise Compaoré durch seine Beteiligung an mehreren Kriegen berühmt (Liberai, Sierra Leone, Elfenbeinküste) und weil er der gute Schüler der internationalen Finanzinstituttionen und der treue Diener seiner Familie und seines Clans war.
Während des Aufstands wurden der Diktator von Burkina Faso und seine Familie durch die französische Armee in die Elfenbeinküste geschleust. Dort war er nicht besonders willkommen, und er hat schließlich – am 20. November - in Marokko Zuflucht gefunden, also 3 Wochen nach seinem Sturz.
Am 27. November kündigte der Übergangspremierminister von Burkina Faso, dass er Marokko darum bieten würde, „den Präsidenten Compaoré der Justiz von Burkina Faso überstellen“

Wir erinnern daran, dass Blaise Compaoré nicht der einzige Diktator ist, der in Marokko Zuflucht gefunden hat und dass seine Aufnahme am 27. November zu der Zeit stattfand, wo das Weltforum für Menschenrechte in Marrakesch begonnen hat. Durch diese internationale Veranstaltung strebt Marokko es an, sich einen demokratischen Anlitz zu schaffen, aber das wird nicht die Tatsache verschleiern, dass Marokko seit langem ein Zufluchtsort für frühere Diktatoren ist und in diesem Land manche Verletzungen der Menschenrechte zu verzeichnen sind.

ATTAC CADTM Marokko
- gratuliert dem Volk von Burkina Faso für das Verjagen des Diktatoren Blaise Compaoré und für seine Kampf gegen die Korruption, für ein Land wo Gerechtigkeit und Freiheit herrschen.
- fordert die Auslieferung von Blaise Compaoré an die Justiz von Burkina Faso
- lehnt es ab, dass Marokko früheren Diktatoren Asyl gewährt

Nationales Sekretariat von Attac Marokko,
1. Dezember 2014

ATTAC/CADTM Maroc: Why we boycott the World Human Rights Forum (WHRF) in Marrakech from 27th to 30th November 2014 ?
(…) The holding of this event coincides with the policy of muzzling of civil liberties of the Moroccan authorities. The activities of several Moroccan NGOs were just banned, others have been not allowed to access to public spaces they have reserved in advance. Latest examples: the interdiction of a training for journalists organized by Ibn Rushd Center on November 2nd, imprisonment of a young rapper, the prohibition of a caravan of solidarity with migrants in Tangier, banning of union meetings in preparation for the general strike on October 29, repression of labor, social and students' movements, persecutions against microcredit victims, violence, discrimination and deportations of migrants, etc ... These are among examples of a long list of arrogance of the authorities and their quest to criminalize the struggle for human and social rights. ATTAC Morocco has been suffering for years of human rights violation. The State deprives us of our right to renew our legal receiptdespite lawsuits we started over two years to assert our rights. (…)

Erklärung zum Sturz von Blaise Compaoré, in der u.a. die Politik Frankreichs gegenüber Afrika verurteilt wird und gefordert wird, dass Blaise Compaoré vor einem Tribunal in Burkina Faso erscheinen muss, dass die Schulden des Landes ersatzlos gestrichen werden, da sie illegal und verabscheuungswürdig sind, weil sie unter einer Diktatur entstanden sind, dass eine Untersuchung über die Ermordung von Thomas Sankara eingeleitet wird. *Unterschriften von Jean Ziegler, Samir Amin , Aminata D. Traoré, Dominique Vidal, Éric Toussaint, Mireille Fanon-Mendès-France, Michel Husson, Niema Movassat, Demba Moussa Dembélé, Robin Shuffield u. v. m.* http://pambazuka.net/fr/category/advocacy/93539

Thomas Sankara

Sankara war in den 80er Jahren zum Hoffnungsträger des Südens geworden, zu »einer Art internationalem Politstar« (Munzinger).
Er hatte erreicht, was im Afrika jener Tage kaum noch denkbar gewesen war. Der Kontinent schien am Boden, gebändigt und gebunden: Die in den Sechzigern unabhängig gewordenen Staaten ihrer antikolonialen Führer beraubt – zuvorderst Partrice Lumumba; die in den Siebzigern siegreichen Volksbefreiungsbewegungen – Angola, Moçambique – militärisch attackiert von US-gesponserten bewaffneten Banditen. Andere Staaten gebeutelt von Hunger, Ausplünderung und Mißwirtschaft, von Apartheid und Unrecht, der realsozialistische Block schon weitgehend gelähmt vom eigenen wirtschaftlichen Nieder-gang. Burkina Faso fällt aus dem Trend.

Die Revolution beginnt
*Schritt eins: **Kampf der Korruption.** Revolutionsführer Sankara fährt einen R5. Die luxuriöse Mercedesflotte der bisher Regierenden wird stillgelegt und durch kleine Renaults ersetzt. Flüge erster Klasse für Staatsvertreter werden abgeschafft, gestrichen jegliche Privilegien, Gehälter dem niedrigen Landesdurchschnitt angepaßt. Kientega: »Es waren diese Aufrichtigkeit und Selbstlosigkeit, die mich am meisten beeindruckt haben, und der Stolz, den viele in unserem Land, die bis dahin weniger als nichts gegolten hatten, für das Erreichte empfanden.«*
*Die nächsten Schritte: **Zweieinhalb Millionen Kinder werden geimpft, kostenlos,** auch viele aus dem – vermeintlich reicheren – Nachbarland Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste). **Die Kindersterblichkeit halbiert sich in kurzer Zeit**.*
Die Kopfsteuer für Bauern entfällt.
*Die Feudalherrschaft von traditionellen Clanchefs wird in Frage gestellt, eine **Landreform** in Angriff genommen.*
*Schließlich soll eine **Kulturrevolution für allgemeine Bildung und für die Gleichberechtigung der Frau** sorgen.*

(Auszug aus einem Artikel : http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Burkina-Faso/sankara.html , weitere Infos: http://thomassankara.net)

Maurice Lemoine

Ära der leisen Staatsstreiche in Lateinamerika

Nach der kalten Zeit der Diktaturen ist das an Staatsstreiche gewöhnte Lateinamerika wieder ein Experimentierfeld für linke Politik geworden. Inzwischen aber haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten gelernt, Regierungen, die sie stören, ohne zu viel Blutvergießen zu stürzen - oder es zumindest zu versuchen. (August 2014)

Miami, 23. September 2010. In den edlen Räumen des Bankers Club und unter der Schirmherrschaft des Interamerikanischen Instituts für Freiheit und Demokratie eröffnet der radikale Anti-Castrist Carlos Alberto Montaner die Konferenz „Das Scheitern der Modelle des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“.
In der Versammlung sieht man einige sehr bekannte aus Ecuador ausgewanderte Teilnehmer : Mario Ribadeneira, ehemaliger Minister der Regierung Sixto Durán Ballén (1992-1996) - die Blütezeit des Neoliberalismus in Quito -; Roberto Isaías, der vor der Justiz geflohen ist, nachdem er seine Bank Filanbanco, die größte des Landes, durch Betrug in den Bankrott geführt hatte; den Ex-Oberst Mario Pazmino, Leiter des Geheimdienstes der Armee, der 2008 wegen seiner etwas zu engen Verbindungen zur CIA vom Staatschef Rafael Correa abgesetzt wurde.

Der Redner des Tages Lucio Gutiérrez, Ex-Oberst und anschließend Präsident Ecuadors, am 20. April 2005 durch einen Aufstand der Bevölkerung davon gejagt, spricht von angeblichen messianischen und mystischen Visionen der Sozialisten, prangert ihren jämmerlichen Marxismus sowie ihren gefährlichen Populismus an. Er kündigt die Ankunft eines neuen Zeitalters des Glücks und des Fortschritts an. Vorausgesetzt freilich, man beachtet gewisse Bedingungen... *„Um mit dem Sozialismus des XXI. Jahrhunderts Schluss zu machen, muss man Correa beseitigen!“*. Es ist ausgesprochen ; es ist sogar aufgenommen worden. Genau so wie der donnernde Beifall für diesen Redebeitrag.

Quito, eine Woche später: In der Nacht des 29. auf den 30. September zieht sich in einem der einundzwanzig Säle des Swissotel ein Treffen der Mitglieder der Opposition bis 3 Uhr morgens hin.
Um 7 Uhr empfängt der Fernsehsender Ecuavisa in seiner Sendung „Kontakt direkt“ Galo Lara als Gast. Vor der Kamera spricht dieses führende Mitglied der Partido Sociedad Patriótica (SP) das Gesetz über den Öffentlichen Dienst an, das gerade von der Nationalversammlung verabschiedet wurde. Es betrifft verschiedene Gruppen von Beamten, darunter auch Polizisten. Es schafft eine Reihe von Privilegien ab: Zuschläge, Prämien bei der Auszeichnung mit Medaillen und Orden, Weihnachts-geschenke, usw.

Als Gegenleistung erhalten sie andere Vergünstigungen, darunter die Bezahlung von Überstunden und Aufnahme in soziale Wohnungsbauprogramme. Trotzdem klingen die Äußerungen von Lara wie Peitschenhiebe : *„Der Präsident hat den Kindern der Polizisten ihr Spielzeug aus den Händen gerissen. Deswegen hat er Angst, dass man ihn lyncht! Deswegen packt er seine Koffer um das Land zu verlassen!“* Unglaublich... Auch ein Artikel des Star-Kommentators Emilio Papacio, der schon die Endzeit kommen sieht, erscheint in der Tageszeitung El Universo.

Als Correa um 8 Uhr erfährt, dass die Polizisten aus Protest gegen dieses besagte Gesetz auf dem Gelände des Regiments Quito einen Sitzstreik durchführen, zögert er nicht eine Sekunde, so erinnert sich der damalige Innenminister Gustavo Jalkh : *„Das ist ein Missverständnis, ich gehe und verhandle direkt mit ihnen.“* Alle beide verlassen das Präsidentenpalais Carondelet und begeben sich zum Ort des Geschehens. Die Nachricht von ihrer Ankunft verbreitet sich wie eine Welle in der Menge der 800 Mitglieder der Ordnungskräfte aus, die sich dort eng gedrängt versammelt haben. *„Die Kommunisten kommen!“* ; *„Chavisten raus!“* - gemeint ist natürlich der Präsident Venezuelas, Hugo Chávez (2013 gestorben).

Die Rädelsführer, mit dunklen Sonnen-brillen, Funkgeräten und Mobiltelefonen, haben sich unter die normalen Polizisten gemischt und organisieren den Aufruhr. Natürlich ist auch Fidel Araujo unter ihnen, Sprecher des Expräsidenten Gutiérrez und Chef der SP. Es folgen Rangeleien, Beschimpfungen..., Tränengasgranaten werden in Richtung Staatschef gefeuert. Einer Handvoll Leibwächtern gelingt es mit Mühe, Correa in die zweite Etage des Gebäudes zu bringen. Dort, von einem Fenster aus, versucht er sich in einer Rede Gehör zu verschaffen : *„Dieses Gesetz verbessert eure Lage. Wir haben für die Polizei gearbeitet, erinnert euch an alles, was wir euch gegeben haben (1)!* “

Er wird ausgebuht. Man hört sogar : *„Greift ihn euch! Tötet ihn!“* Voller Leidenschaft lockert er daraufhin seine Krawatte, öffnet herausfordernd sein Hemd und ruft : *„Meine Herrn, wenn Sie den Präsidenten töten wollen, hier ist er : Töten sie mich, wenn Sie wollen! Töten Sie mich, wenn Sie dazu den Mut haben, anstatt sich feige in der Menge zu verstecken!“* Dreistigkeit? Leichtsinn? Wegen dieser spektakulären Geste geht dieses Ereignis nicht unbemerkt vorüber.

400 Soldaten haben die Kontrolle des Flughafens Marmaris Sure in Quito übernommen. Besetzt wurden ebenfalls: Die Luftwaffenbasis von Tacunga; das Gebäude der Nationalversammlung (von der Wachmannschaft, die das Parlament eigentlich bewachen sollte); der Hafen und die Flughäfen von Guayaquil, dem Wirtschaftszentrum des Landes. Kriminelle Banden, auf geheimnisvolle Weise darüber informiert, dass die Ordnungskräfte von öffentlichen Plätzen verschwunden sind, zerschlagen dort ab 9 Uhr Schaufenster-scheiben, plündern Geschäfte, demolieren Automaten, versetzen die Bewohner in Furcht und Schrecken.

Wie in Venezuela am 13. April 2002, als bei dem Staatsstreichversuch Chávez einge-sperrt wurde, gehen Zehntausende von Einwohnern als Zeichen der Unterstützung für ihren Präsidenten auf die Straßen. Ein Teil der so genannten demokratischen Opposition jedoch formuliert Bedingungen für seine Unterstützung. Ein anderer teil dieser Opposition folgt dem Beispiel des Chefs der parlamentarischen Gruppe Pachakutik, Cléver Jiménez, - politischer Arm der Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador, CONAIE (= Bündnis der indigenen Nationalitäten Ecuadors) – und lädt die indigenen und sozialen Bewegungen dazu ein (die dem nicht folgen werden!), eine „Nationale Front“ zu gründen, um die Abdankung des Präsidenten zu fordern.

“Zivilgesellschaft“ oder rechte Opposition ?

Correa, der verletzt ist und an den Folgen des Tränengaseinsatzes leidet, muss sich ins Polizeikrankenhaus flüchten, das an das Gelände des von den Aufständischen belagerten Quito-Regiments grenzt. Er bleibt dort in der dritten Etage mehr als zehn Stunden verschanzt, bis endlich um 20 Uhr die Spezialeinsatzgruppe der Armee (Grupo de Operationales Speziales) und loyale Elemente der Interventions- und Rettungskräfte der Polizei (Grupo de Intervention y Reservate - GIR) ihn befreien können. Auf den Funkgeräten von Polizisten, die außerhalb des Gebäudes postiert waren, wurden Aufrufe empfangen: *„Holt Correa raus, bringt ihn weg, bevor die „chuspangos“ (Soldaten) kommen !“* ; *„Tötet ihn, tötet den Präsidenten!“*
Inmitten eines heftigen Gewehrfeuers kommt er schließlich heraus. Ein Soldat, der ihn schützt, fällt tödlich getroffen zu Boden; einem anderen, der dem Präsidenten seine kugelsichere Weste geliehen hat, wird die Lunge durchschossen. In dem Auto des Staatschefs findet man später fünf Einschüsse; siebzehn in den Autos, die ihn begleitet haben. Die Bilanz des Tages: Zehn Tote und fast dreihundert Verletzte.

Ist hier wirklich nur eine spontane Bewegung außer Kontrolle geraten? Seit mehreren Wochen hatte sich eine wahre Sturzflut von Emails und Flugblättern über die Polizeieinrichtungen ergossen. In allen wurde das besagte Gesetz falsch wiedergegeben und angeprangert.
Tatsächlich hatten einige aufrührerische Gruppen die Verhaftung und Verurteilung von Mitgliedern einer Spezialeinheit (Grupo de Apoyo Operacional - GAO), schlecht aufgenommen; diese waren es gewohnt, obwohl sie verantwortlich für Folter und Verschwindenlassen waren, ohne Strafe davon zu kommen. Gerne hätten gewisse Kräfte auch auf die Arbeit der Wahrheitskommission verzichtet, die gegründet wurde, um Licht zu schaffen über die Verbrechen und die Unterdrückung in den 1980er Jahren (2).
Wenn man da noch die Sozialpolitik des Präsidenten Correa hinzufügt, seine Nähe zu den fortschrittlichen Regierungen der Region und die Integration Ecuadors in die Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA), die Schließung der amerikanischen Militärbasis von Manta, dann wird klar, dass man hinter dem eleganten Vorwand der Verteidigung ihrer Interessen die Polizisten manipuliert hat.
An diesem 30-S (30. September) fand nicht eine einfache Gehorsamsverweigerung statt, sondern tatsächlich der Versuch eines Staatsstreichs.

„Normalerweise setzen sich die Präsidenten auf Rat ihrer Sicherheitsleute nicht so offen einer Gefahr aus, sondern bleiben verbarrikadiert im Carondelet (Regierungssitz und Palais des Präsidenten), wo ... sie dann bald in der Klemme stecken“, meint Oscar Bonilla, Mitglied der Kommission 30-S, die damit beauftragt ist, die Wahrheit über den Aufstand ans Licht zu bringen. Francisco Velasco, Minister für Kultur, fügt dem hinzu : *„In die Kasernen zurückgezogene Polizisten, kriminelle Banden, die auf den Straßen das Chaos organisieren und so die Bevölkerung zwingen, die Häuser nicht zu verlassen - das war das perfekte Szenario, damit - nachdem die Rebellion nach einigen Tagen weiter angewachsen war - eine Gruppe von Offizieren in Verbindung mit Abgeordneten der Opposition und den mit ausländischen Interessen verbundenen Kräften ein gefährliches Machtvakuum feststellt und im Namen der 'Regierungsfähigkeit' interveniert“*.
Man ist sich hier wohl bewusst, wie die Generäle sich in der Vergangenheit bei den Aufständen gegen die Präsidenten Abdanke Marabu (1997), Tamil Mahuad (2000) und Gutiérrez (2005) verhalten haben - das waren wohlgemerkt gewaltfreie Aufstände der Bevölkerung: Wenn die Unruhe ihren Höhepunkt erreicht hatte, ließ die Armee die Präsidenten fallen und gab um die Lage zu beruhigen ihre Zustimmung zu deren Absetzung.

Paradoxerweise hat der Präsident durch die - danach öfters kritisierte - Kühnheit, die er zeigte, als er sich zum Gelände des Quito-Regiments begab und die Verschwörung aufdeckte, das vorgesehene Szenario - *„die Krise verfassungsgemäß beenden“* - vereitelt und die *„demokratische Revolution“* gerettet.

Die Opposition und die lokalen Medien haben in den folgenden Tagen jedoch eine sehr eigentümliche Darstellung des Ablaufs gebracht: Es gab nicht den Versuch eines Staatsstreichs; es gab keine Freiheitsberaubung; es gab nicht das Vorhaben, den Präsidenten zu ermorden ; der einzige Verantwortliche für die Situation ist ... Correa selbst. In der Tageszeitung El Universo fordert ein Leitartikel Palacios sogar dazu auf, ihn vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen wegen *„Verbrechens gegen die Menschlichkeit“*, denn *„er hat der Armee den Befehl gegeben, auf ein Krankenhaus das Feuer zu eröffnen“*. Der Artikel löst eine gerichtliche Klage des Präsidenten aus, eine Polemik über die Meinungsfreiheit sowie das Exil Palacios.

Im Ausland übernimmt eine Mehrheit der Journalisten alle diese Argumente oder, im besten Fall, zitieren sie ohne sie in Frage zu stellen: Le Monde beispielsweise schreibt in der Ausgabe vom 12 Januar 2011: *„Die Opposition (...) ist der Meinung, dass der Leichtsinn und die Arroganz des Präsidenten die Ursache der Ausschreitungen sind“*.

Dieser Vorfall in Ecuador wurde selten analysiert (3), es lohnt sich jedoch, sich damit länger auseinander zu setzen: **Er stellt ein Schulbeispiel für die neuen, jetzt angewandten Strategien dar, um das störende Oberhaupt eines Staates aus der Macht zu entfernen.** Sicherlich, die Zeiten scheinen weit zurückzuliegen, in der das Militär in Südamerika mit Hilfe Washingtons die verfassungsmäßigen und aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Regierungen hinwegfegten. Jedoch, nachdem eine ganze Reihe charismatischer linker oder gemäßigt linker Politiker dort durch die Mobilisierung der benachteiligten Bevölkerung seit 1999 an die Macht gekommen sind, fanden in folgenden Ländern Anschläge, Staatsstreiche und andere Versuche der Destabilisierung statt, die mal vereitelt und mal erfolgreich durchgeführt wurden: Venezuela (2002, 2003, 2014), in Haiti (2004), in Bolivien (2008), in Honduras (2009), in Ecuador (2010) und in Paraguay (2012). Aber die konservativen Kräfte haben gemerkt, dass sich die blutigen Methoden auf internationaler Ebene als kontraproduktiv auswirken und dass zumindest in Lateinamerika ein klassischer „Staatsstreich“ nicht mehr durchkommt. Die Techniken haben sich dann weiterentwickelt.

Das Einsetzen von Mitteln der psychologischen Beeinflussung, das im Krieg genutzt wird, spielt auch in Friedenszeiten eine große Rolle.
Zu Beginn der 1970er Jahre bereitete die chilenische Tageszeitung El Mercurio aktiv den Staatsstreich des 11. September 1973 gegen Salvador Allende vor (4). Aber damals gab es vor allem in Europa fortschrittliche Presseerzeugnisse, die in der Lage waren, diese Propaganda auseinanderzunehmen und anzuprangern.
Bis auf zu wenige Ausnahmen ist dies nicht mehr der Fall. Zeitgleich mit einer generellen Übernahme des Neoliberalismus und der von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union durchgesetzten Ordnung haben das Aufkommen des Internets (wo Gutes und Schlechtes nebeneinander stehen) und die Verbreitung des „paste and copy“ die Informationen der „westlich“ genannten Medien vereinheitlicht.

Die Zeitung El Mercurio in Chile, die immer noch so ist wie früher, hat Ableger bekommen (5): Clarín und La Nación in Argentinien; O Globo und Folha in Brasilien; El Nacional, Tal Cual und El Universal in Venezuela; La Hora, El Comercio und El Universo in Ecuador; La Tribuna, El Heraldo und La Prensa in Honduras; El Deber und La Razón in Bolivien; El Tiempo und Semana in Kolumbien. Nicht zu vergessen: CNN, The

Wall Street Journal, The Washington Post oder der Miami Herald in den Vereinigten Staaten, die Financial Times in Großbritannien, El País, El Mundo und ABC in Spanien, Le Monde, Libération und das öffentliche Fernsehen in Frankreich - um nur diese zu nennen.
Eine solche **Medienlandschaft** ermöglicht die Durchführung von raffinierten „PSYOPs“ (psychologische Operationen = psychologische Kriegsführung), deren Ziel es ist, von innen heraus die ins Visier genommenen Regierungen zu manipulieren oder zu destabilisieren und von ihnen im Ausland ein negatives Bild zu erzeugen. Womöglich ist es noch nicht einmal alle mitwirkenden Akteuren bewusst, dass sie an diesen Operationen teilnehmen. Mit der Durchführung dieser „PSYOPs“ befindet man sich weit außerhalb der notwendigen Kritik an den durchgeführten Politiken. Wenn der Begriff „Populismus“ (6) ständig wiederholt wird, macht er es beispielsweise möglich, die Verringerung der Armut, die Neuverteilung der Reichtümer und den bisweilen beträchtlichen sozialen Fortschritt der anvisierten Länder in den Hintergrund zu drängen; so macht man es möglich, souveräne Entscheidungen der Regierungen zu *„unverantwortlicher, mit Demokratie unvereinbarer Politik“* umzuwandeln.

In Vorbereitung auf den Staatsstreichversuch in Venezuela gegen Chávez Anfang der 2000er Jahre haben El Nacional und (unter anderen) El Universal die öffentliche Meinung mit skandalösen Überschriften bombardiert - *„Taliban in der Nationalversammlung“, „Schwarzer Oktober“, „Terroristen in der Regierung“* - und mit Aufrufen den Präsidenten zu stürzen: Ein Vorgehen, das man mit dem Artilleriebeschuss vergleichen kann, der dem Sturmlauf in einem militärischen Feldzug vorausgeht.

Das erste Element in der Vorbereitung der Presse und der ausländischen Diplomaten ist: Die „Zivilgesellschaft“ zeigte ihre Unzufriedenheit. Ein magischer Ausdruck! Wird eine Mobilisierung der „rechten Opposition“ angekündigt, so kann der Durchschnittsleser dessen Bedeutung perfekt entschlüsseln; wird jedoch von einer „Zivilgesellschaft“ gesprochen, ein per definitionem sympathischer Begriff, hat das eine ganz andere Bedeutung, selbst wenn - muss man es noch einmal betonen ? - diese bei einem Wahlausgang nur eine Minderheit repräsentiert.

Im Rahmen der im Februar 2014 ausgebrochenen Krise wird der Begriff „Zivilgesellschaft“ durch den Begriff „Studenten“ ersetzt, der besser zu präsentieren ist als „die extreme Rechte in Aktion“.
Bekanntlich haben in Chile unter der Regierung Allende zwei Bewegungen bei der Vorbereitung des Staatsstreichs eine Schlüsselrolle gespielt: Die Frauenbewegung mit ihren Märschen der „leeren Töpfe“ - die ihre Ursache in der großenteils absichtlich herbeigeführten Lebensmittelknappheit hatte - und die Federación de Estudiantes de la Universidad Católica - FEUC (Föderation der katholischen Universität Chiles) ...

Um das Bild einer großen friedlichen Menge zu verstärken, die einer Diktatur gegenüber steht, ist es zweckmäßig unschuldige Opfer vorzeigen können. Als am 11. April 2002 in **Venezuela** die besagte „Zivilgesellschaft“ demonstrierte, haben Scharfschützen mehrere ihrer Mitglieder erschossen (sowie Anhänger des Präsidenten). Der Vorwand war gefunden, damit eine Gruppe Offiziere Chávez verhaften konnte, der angeklagt wurde, seine „Milizen“, seine „Braun-Hemden“ geschickt zu haben, um die Opposition zu unterdrücken. Zwölf Jahre später erfahren die „colectivos“ (Initiativen aller Art : Soziale, kulturelle, aus dem Bildungswesen, dem Sport, usw.), denen man das Eigenschaftswort „paramilitärisch“ verpasst hat, die gleiche Hetzkampagne.

Das Militär ist wieder in den Kasernen

Dank des Vorteils nicht erkannt werden zu können wurden die berüchtigten Scharfschützen ebenfalls benutzt, diesmal indirekt, um den **Sturz von Fernando Lugo in Paraguay** herbeizuführen. Während seine Gegner seit seiner Regierungsübernahme unter den verschiedensten Vorwänden regelmäßig die Forderung nach der „Amtsenthebung“ des Präsidenten wiederholten, hat ein Konflikt um Land die Gelegenheit geliefert, die Operation durchzuführen. Diese gab es am 15. Juni 2012 im Ort Marina Kue, wo ein Polizeieinsatz gegen eine Landbesetzung nach einer Schießerei mit siebzehn Toten endete: Elf Bauern und sechs Polizisten.
Die Verantwortung für dieses Drama wurde den „Landlosen“ zugeschoben, die die Ordnungskräfte in einen Hinterhalt gelockt hätten.

Vidal Vega, Leiter einer bäuerlichen Vereinigung , der eine Parallel-Untersuchung durchgeführt hat, versichert (neben anderen Zeugen) jedoch, „Eingeschleuste“ hätten mit der Schießerei begonnen und auf seine Leute und auf die Polizisten geschossen. Am Ende eines vom Kongress geschickt durchgeführten politischen Schnellverfahrens hat es dieser Vorfall möglich gemacht, Lugo unter der Anklage seines Amtes zu entheben, durch seine Politik die Gewalt gegen die Landbesitzer geschürt zu haben. Später ist Vega von zwei maskierten sicarios (Auftragsmördern) umgebracht worden (7).

Am 28. Juni 2009 hat **Honduras**, Mitglied der ALBA-Allianz, als Labor für diesen Typ *„verfassungsgemäßer Staatsstreich“* gedient, ein Typ, der am leichtesten durchzuführen ist. Die golpistas (Putschisten) konnten den Ausdruck *„erzwungener Rücktritt“* benutzen (und die nicht sehr auf ihre Wortwahl achtende internationale Presse dazu bringen, von einem *„gescheiterten Präsidenten“* zu sprechen). Die Mitglieder des Parlaments haben Manuel Zelaya unter einem erlogenen Vorwand abgesetzt: Angeblich wollte er sich in Verletzung der Verfassung wieder wählen lassen. In Wirklichkeit wollte er eine Befragung ohne verpflichtenden Charakter über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung durchführen lassen (8). Das Interessante an diesem hier angewandten Vorgehen liegt jedoch ebenfalls in dem was sich dann ereignete.
Am 28. Juni nimmt ein Militärkommando Zelaya fest, bringt ihn in ein Flugzeug Richtung Costa Rica und unterdrückt mit Gewalt seine Anhänger, die auf den Straßen demonstrieren. Der für die schmutzige Arbeit zuständige General Romeo Vásquez übergibt unverzüglich die Macht an den Präsidenten des Kongresses, Roberto Micheletti. Ein gelungener Schachzug: Das der *„zivilen Gewalt unterworfene“* Militär ermöglicht eine *„Nachfolge im Präsidentenamt“*. Es dauert nicht lange und das Putschistenregime von Micheletti wird *„Übergangsregierung“* genannt.
In Venezuela waren die eidbrüchigen Generäle und Admiräle 2002, nachdem sie ihre Schandtat vollbracht hatten, genauso vorgegangen: Sie hatten die Schlüssel des Präsidentenpalais dem Boss der Bosse Pedro Carmona übergeben.

Zusammenfassend kann man sagen, während in der Vergangenheit das Militär an der Macht blieb, nachdem es zugunsten für diese oder jene umstürzlerische Gruppe gehandelt hatte, geht es nun zurück in die Kasernen. Die Diktatur ist nunmehr zivil und wird transparent, niemand wird einen neuen Augusto Pinochet anprangern können. Es wird dann genügen, einige Monate später „kontrollierte“ Wahlen durchzuführen, um den vorübergehenden Ausschluss des Landes aus der lateinamerikanischen (oder internationalen) Gemeinschaft aufzuheben, und das Spiel ist gewonnen (9).

Am Anfang des 21. Jahrhunderts begreift Washington immer noch die Demokratie lediglich als ein Werkzeug, das das gute Funktionieren des Marktes sicher stellen soll. Die lateinamerikanische „neue Linke“ beendet den großen Roman von der glücklichen Globalisierung, sie verstaatlicht die Bodenschätze, sie festigt ihre Unabhängigkeit und entzieht sich so der althergebrachten Vorherrschaft der USA. Was ist zu tun? Unter Richard Nixon und

Ronald Reagan, die mit ihrer Bibel, der *„Doktrin der nationalen Sicherheit“*, bewaffnet waren, lagen die Dinge klar: Um die Kontrolle zu behalten musste ein totaler, grenzenloser, bedingungsloser Krieg geführt werden. Mit George W. Bush sind die Dinge immer noch klar: die Vereinigten Staaten sind direkt beteiligt am Putschversuch 2002 in Venezuela.

In **Bolivien**, ein Land, das von dem Indio Evo Morales regiert *„keine Herren mehr sondern nur Partner kennt (10)“*, beginnt der im Oktober 2006 eingetroffene **amerikanische Botschafter Philip Goldberg** eine intensive Beziehung mit der Opposition der Media Luna („Halbmond“, Bezeichnung für vier im Osten des Landes liegende Verwaltungseinheiten), den an Erdöl und Gas reichen departamentos Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando (11). Von 2004 bis 2006 hatte er den amerikanischen Einsatz in Pristina im Kosovo geleitet. Mit dem Kampf gegen das als staatssozialistisch, autoritär und indigen („indigen“ ist hier Synonym von „populistisch“) gebrandmarkte Projekt von Morales gerät Bolivien, *„Satellit des Chavismus“* (12), wie durch einen Zufall seinerseits in einen Prozess der... Balkanisierung.

Eine unübersehbare Menge von Think Tanks

In den departamentos der Media Luna werden ab dem 4. Mai 2008 hintereinander illegale Referenden durchgeführt, mit denen ein Autonomiestatut angenommen werden soll, das stark einer Unabhängigkeitserklärung ähnelt. Gewalttätige Unruhen brechen aus. Stoßtrupps von „Autonomisten“ verbreiten Schrecken, besetzen Flughäfen sowie Einrichtungen und Gebäude der Regierung. Im September ermorden paramilitärische Einheiten dreißig Bauern im departamento Pando.

Zu keinem Augenblick taucht die übliche Bekanntgabe der Putschisten von der *„Machtübernahme“* auf. Aber wie man es 2014 in Venezuela (13) sehen wird, geht es darum Blut fließen zu lassen, sei es durch „spontane Gewalt“, sei es durch den Kampf der Regierung gegen diese „spontane Gewalt“, und es geht darum, das Land unregierbar zu machen. Beabsichtigt wird damit eine allgemeine Verurteilung der Regierung durch die *„internationale Gemeinschaft“* zu erreichen, die den erzwungenen Rücktritt oder die Absetzung des Staatschefs annehmbar machen.

In Bolivien bringt **Morales** diesen Plan zum Scheitern. **Er setzt dabei mehr auf die Mobilisierung der Bevölkerung als auf militärische Gewalt;** außerdem erhält er die Unterstützung der Union Südamerikanischer Nationen - Unasur. Muss man es noch genauer erklären? Als La Paz am 10. September 2008 dem Botschafter Goldberg zweiundsiebzig Stunden gab um das Land zu verlassen, sank das separatistische Fieber abrupt.

Als die Ereignisse des 28. Juni 2009 **Honduras** erschüttern, hatte Barack Obama Bush im Weißen Haus ersetzt. Das Flugzeug jedoch, das die erzwungene Überführung von Zelaya von Tegucigalpa nach San José in Costa Rica (30 Minuten Flug) vornimmt, macht einen Zwischenstopp auf der amerikanischen Militärbasis Palmerola, die es seit den 1980er Jahren auf honduranischem Territorium gibt. Aber niemand bemerkt hier irgendetwas! *„Als ich Präsident Correa gefragt habe, ob die Vereinigten Staaten hinter 30-S steckten“*,stellt Juan Pax y Miño (14) in Quito belustigt fest: „antwortete er: Es gibt keine Beweise, aber ... man kann diese Möglichkeit nie ausschließen.“ Später wurde der ecuadorianische Präsident genauer und nannte die CIA als Schuldigen, wobei er eine direkte Verantwortung des Präsidenten Obama ausschloss : *„Worüber wie Gewissheit haben ist, dass es [in den Vereinigten Staaten] rechtsextreme Gruppen gibt, eine Fülle von Stiftungen, die die Gruppen finanzieren und zahlreiche Verschwörer, die unserer Regierung feindlich gesonnen sind* (15) ...“

1983 ist auf Initiative von **Reagan** und unter der Schirmherrschaft des Kongresses die **Nationale Stiftung für Demokratie (National Endowment for Democracy, NED)** entstanden, deren Aufgabe es ist, in der Welt *„die Demokratie voranzubringen“*. In Verbindung mit der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (**USAID**), mit dem Internationalen Republikanischen Institut (IRI), dem Nationalen Demokratischen Institut (NDI) und dem Institut der Vereinigten Staaten für den Frieden (**USIP**), aber auch in Verbindung mit einer unübersehbaren Menge von **Think Tanks und Stiftungen** - Freedom House, Open Society Institute, usw. - und sogar in Verbindung mit ideologischen Brutstätten in entfernten Gegenden, wie zum Beispiel **Optor** („Widerstand“), das Ende letzten Jahrhunderts in Serbien aufgetaucht ist, werden die Oppositionsbewegungen und deren Nichtregierungsorganisationen finanziert und ausgerüstet, und zwar sowohl ideologisch wie auch technisch.

„Die gleichen Akteure, die gleichen Strukturen...“

Allein in dem Zeitabschnitt 2013 - 2014 wurden für die venezolanische Opposition über verschiedene Kanäle 14 Millionen Dollar ausgeschüttet, sowohl für Wahlkampagnen wie auch für die „friedlichen Proteste“ von 2014, die alle Merkmale einer antidemokratischen Rebellion tragen. Das Wahlbündnis Demokratischen Einheit (Mesa de la Unidad Democrática - MUD) erhielt 100.000 Dollar (= 73.500 €) für ein Austauschprojekt mit bolivianischen, nicaraguanischen und argentinischen Organisationen, um die „in Venezuela gelernten Lektionen mit ihnen auszutauschen und zu ermöglichen, die gemachten Erfahrungen an diese Länder anzupassen“. (16)

Was die bolivarische Republik Venezuela angeht, so hat man sich oft nur den Staatsstreichversuch vom April 2002 gemerkt. In Wirklichkeit hat der Angriff auf das Land vorher und danach nie aufgehört.
- Dezember 2001: Generalstreik (von den Arbeitgebern organisiert);
- Dezember 2002 - Januar 2003: wirtschaftliche Destabilisierung durch die Stilllegung der venezolanischen Erdölgesellschaft, Offiziere rufen aus der „befreiten Zone“ des Altamira-Platzes (das feine Stadtviertel von Caracas) zum Aufstand auf;
- 2004 : erste Straßenblockaden und Barrikaden (guarimbas), Einfall einer kolumbianischen paramilitärischen Einheit (ungefähr Hundert Mann) in die Nähe von Caracas;
- 2014 : ... *„Bei uns, v*ertraut uns der venezolanische Innenminister Miguel Rodríguez Torres an*, wenden sie das an, was die Linke die „Verbindung aller Kampfformen“ nannte. Und wenn man die beteiligten Akteure aufzählt, es sind seit Beginn die gleichen; die gleichen Strukturen, mit einigen Variationen. Was sich jedes mal ändert ist die Methode.*“

Maurice Lemoine ist ehemaliger Chefredakteur von "Le Monde diplomatique, Journalist. Autor von Sur les eaux noires du fleuve, Don Quichotte, Paris, 2013.

(1) Seit 2007 ist der Lohn der einfachen Polizisten von 355 auf 886 Dollar gestiegen (von 260 auf 650 Euro); der eines Unteroffiziers bei der Polizei von 707 auf 1.329 Dollar (von 520 auf 980 Euro).

(2) Cf. Hernando Calvo Ospina, Tais-toi et respire, Bruno Leprince, Paris, 2013.

(3) Siehe : « Etat d'exception en Equateur », La valise diplomatique, 1er octobre 2010. http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2010-10-01-Equateur

(4) Siehe : Armand Mattelart, « "La Spirale", quand l'ancien monde refuse de mourir », Le Monde diplomatique, septembre 2013. http://www.monde-diplomatique.fr/2013/09/MATTELART/49668

(5) Siehe : Renaud Lambert, « En Amérique latine, des gouvernements affrontent les patrons de presse », Le Monde diplomatique, décembre 2012. http://www.monde-diplomatique.fr/2012/12/LAMBERT/48471 , Deutsch: http://www.monde-

diplomatique.de/pm/2013/01/11/a0052.text

(6) Siehe : Gérard Mauger, « "Populisme", itinéraire d'un mot voyageur », Le Monde diplomatique, juillet 2014. http://www.monde-diplomatique.fr/2014/07/MAUGER/50636

(7) Siehe : « Le Paraguay dévoré par le soja », Le Monde diplomatique, janvier 2014.http://www.monde-diplomatique.fr/2014/01/LEMOINE/49984 , Deutsch: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/01/10/a0052.text

(8) Siehe : « Retour des "gorilles" au Honduras », La valise diplomatique , juillet 2009. http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2009-07-01-Honduras

(9) Siehe : Renaud Lambert, « Honduras : retour à l'OEA, retour à la normale ? », La valise diplomatique, juin 2011. http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2011-06-04-Honduras-OEA

(10) Le Courrier, Genève, 30 juin 2007.

(11) Lire Hernando Calvo Ospina, « Petit précis de déstabilisation en Bolivie », Le Monde diplomatique, juin 2010. http://www.monde-diplomatique.fr/2010/06/CALVO_OSPINA/19232

(12) « Bolivia es un satélite absoluto del chavismo », El País, Madrid, 9 août 2008. http://historico.elpais.com.uy/08/08/09/pinter_362719.asp

(13) Siehe : Alexander Main, « Au Venezuela, la tentation du coup de force », Le Monde diplomatique, avril 2014. http://www.monde-diplomatique.fr/2014/04/MAIN/50297

(14) Juan J. Paz y Miño Cepeda, Autor von Insubordinación o golpe, Abya Yala, Quito, 2011.

(15) Telesur, 4 janvier 2011.

(16) Eva Golinger, « Sigue la mano sucia de la NED en Venezuela », RT, 21 avril 2014. http://actualidad.rt.com/expertos/eva_golinger/view/125973-mano-sucia-ned-venezuela

Original: http://www.monde-diplomatique.fr/2014/08/LEMOINE/50711
Die Redaktion der deutschen Version von Le Monde Diplomatique hat uns das französische Original überlassen; Übersetzung aus dem Französischen von Jürgen Janz, attac-coorditrad

***„Sand im Getriebe" über Süd- und Mittelamerika*:**

VENEZUELA: SiG 14: Den Frühling in **Venezuela** retten (2002), http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
SiG 19: **Sturmwolken über Lateinamerika**, http://sandimgetriebe.attac.at/2827.html
SiG 98: Dario Azzellini: **Chavez hat gewonnen!,** http://sandimgetriebe.attac.at/9428.html

MEHRERE ARTIKEL in **SiG 25**: http://sandimgetriebe.attac.at/2833.html, **SiG 39** „**Lateinmerika geht nach links**", http://sandimgetriebe.attac.at/2981.html , **SiG 50**: http://sandimgetriebe.attac.at/sig50.html, **SiG 72 (AG Lateinamerika von attac de,** Beilage) http://sandimgetriebe.attac.at/7064.html, **SiG 74**: **Globale Verschiebungen** (Bolivien, Peru, Honduras) http://sandimgetriebe.attac.at/8141.html
SiG 70: Steffen Stierle: **Von Lateinamerika lernen** - auch im Umgang mit der Finanzmarktkrise, http://sandimgetriebe.attac.at/6888.html

SiG 73: Nein zum Assozierungsabkommen mit der EU, http://sandimgetriebe.attac.at/7232.html

SiG 80: Mehrere Artikel über **Haiti**: http://sandimgetriebe.attac.at/8602.html
SiG 85: Immanuel Wallerstein : Unterschiedliche Paradigmen in der **lateinamerikanischen Linken,** http://sandimgetriebe.attac.at/9134.html

Über die Aufstände in Mexiko:
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=14021**;** http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13974
weitere Berichte und Analysen auch über die neuerlichen Protestdemonstrationen am Jahrestag des Einzuges von Zapata und Villa in Mexikostadt in der Materialsammlung vom 8. Dezember http://www.labournet.de/?p=71083

Anerkennung Palästinas als Staat

Ende Oktober hatte Schweden als erstes westliches EU-Mitglied Palästina als Staat anerkannt. Polen, Ungarn und die Slowakei hatten es getan, bevor sie der EU beigetreten waren. Das Unterhaus in London votierte ebenfalls dafür, Palästina anzuerkennen. Mitte November entschied das spanische Parlament, dass nur eine Zwei-Staaten-Lösung den Konflikt befrieden könne., im Dezember das französische und das irische Parlament.
Das EU-Parlament soll am 18.Dezember darüber befinden.
Bisher haben 135 Staaten Palästina anerkannt.

Mehr: http://www.kopi-online.de/wordpress/?p=874

Russell -Tribunal zu Gaza

Ergebnisse der außerordentlichen Sitzung des Russell -Tribunals zu Gaza im Europäischen Parlament Brüssel 25 Sept 2014
Die Sitzungen können live im Internet gehört werden (Dauer: 3h 56min) in Englisch:
http://www.russelltribunalonpalestine.com/en/

Broschüre: "Außerordentliche Sitzung des Russell-Tribunals zu Gaza" Brüssel 25 Sept 2014 (Zusammenfassung der Ergebnisse in deutsch - 16 Seiten, Schutzgebühr €1))
Herausgegeben von Salam/Shalom Arbeitskreis Israel-Palästina e.V. www.salamshalom-ev.de und DPG Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. www.dpg-netz.de

Palästina Journal der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, 24-seitiges Heft:
http://dpg-netz.de/images/stories/pdf/journal/palaestina-journal_ausgabe%208_2014_internet.pdf

European Coordination of Committees and Associations for Palestine (ECCP)

Eine europäische Aufforderung zur Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens

Über 300 Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften und politische Parteien aus ganz Europa haben die EU aufgefordert, Israel für sein Massaker an Gaza zur Rechenschaft zu ziehen. Deshalb fordern sie, das EU-Israel-Assoziierungsabkommen auszusetzen:

Brüssel, 2. November 2014
an Mrs Federica Mogherini - EU Hochkommissarin für Außen- und Sicherheitspolitik - Brüssel

Sehr geehrte Vice-Präsidentin/Hohe Vertreterin

Wir verurteilen scharf das jüngste Massaker an den Palästinensern in dem besetzten Gazastreifen. Über 2.160 Palästinenser wurden getötet, über 10.800 verletzt und über 500.000 Menschen wurden vertrieben.

Die UN und andere internationale Gremien beschuldigen Israel des willkürlichen Beschusses von Zivilpersonen und ziviler Infrastruktur, einschließlich von Schulen und Krankenhäusern, sowie anderer Kriegsverbrechen.

Nach den Worten des Top-UN-Offiziellen für palästinensische Flüchtlinge (Generalkommissar des Hilfswerks der UN für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten/ I.Ge.), Pierre Krähenbühl: *„Kinder wurden im Schlaf ermordet. Das ist ein Affront für uns alle, ein Missstand! Heute steht die Welt beschämt da!“*

Aber Israels Verletzungen des internationalen Rechts haben nicht erst mit dem jüngsten Angriff auf Gaza begonnen. Seit Jahrzehnten verweigert Israel das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung, indem es Gebiete und Ressourcen mit Gewalt annektiert, die Palästinenser von ihrem Land vertreibt, die Palästinenser systematisch diskriminiert und brutal jene unterdrückt, die versuchen, sich dieser Besetzung und ihrer Verletzungen der Menschenrechte zu widersetzen.

Sofort nach dem Ende des Massakers von Gaza verkündete Israel die Konfiszierung weiterer 1000 Morgen palästinensischen Landes in der Region um Bethlehem in der palästinensischen besetzten Westbank, um seine illegalen Siedlungen weiter auszudehnen. Die UN, die EU und andere Gremien beschuldigen alle Israel der Verletzungen des internationalen Rechts im Laufe seiner Besetzung des palästinensischen Landes.

Durch das Fortbestehen des EU-Israel-Assoziierungs-abkommens und durch die Verstärkung der bilateralen Beziehungen senden die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten Israel die Botschaft, dass es das internationale Recht nicht einhalten muss.

Die EU trägt zu einem Klima der Straffreiheit und Missachtung der Rechenschaftspflicht bei. Indem die EU Israel Präferenzen bezüglich des Zugangs zu europäischen Märkten und EU-Programmen sowie finanzielle Förderungen, trotz dessen permanenter Verstöße gegen das internationale Recht, einräumt, verschafft sie diesen Verstößen gegen das internationale Recht materielle Unterstützung und verfehlt ihre eigenen gemäß dem internationalen Recht eingegangen Verpflichtungen.

Als Organisationen, die jegliche Art der Diskriminierung, einschließlich des Antisemitismus und der Islamophobie, ablehnen, und als Unterstützer des Rechts aller Völker, in Freiheit und Würde zu leben, fordern wir die Europäische Union auf, ihr Assoziierungsabkommen mit Israel auszusetzen, bis dies das internationale Recht einhält, und fordern die Menschen in ganz Europa auf, sich uns dabei anzuschließen.

(Aus dem Englischen übersetzt v. Inga Gelsdorf)
http://bdsberlin.site36.net/files/2014/05/141103_FINAL_DE_No-association-with-occupation.pdf

106 ehemalige israelische Generäle und Sicherheitschefs drängen Netanjahu, Frieden zu schließen

Dieser Artikel ist von Anfang November; inzwischen ist die Regierungskrise in Israel so weit gegangen, dass im März Parlamentswahlen vorzeitig stattfinden sollen.

„Wir befinden uns auf einem steilen Abhang einer zunehmend polarisierenden Gesellschaft und eines moralischem Niedergangs und zwar auf Grund der Notwendigkeit, Millionen Menschen unter Besatzung zu halten und zu behaupten, dass sie ein Sicherheitsproblem darstellen“, sagte Generalmajor Eyal Ben-Reuven zu Mako's Roni Daniel. *„ Ich habe keinen Zweifel, dass es dem Ministerpräsidenten um Israels Wohlergehen geht. Aber ich denke, er leidet an einer Art politischer Blindheit, die ihn dahin treibt, sich selbst und uns zu schaden“.*
Der Brief war vom früheren Panzerkom-mandanten, Amnon Reshef, Generalmajor der Reserve, initiiert. Er sagte in einem Interview, dass er *„ einer Realität müde sei, in der es alle paar Jahre Kampfrunden gibt, anstelle einer echten Bemühung, die Saudi-Initiative anzunehmen“.*
Er bezog sich auf den von den Saudis unterstützten Friedensvorschlag, der 2002 einmütig von der Arabischen Liga angenommen wurde und später von 56 der 57 Mitglieder der Organisation für Islamische Zusammenarbeit– bei Stimmenthaltung des Irans. Seitdem ist er wiederholt bestätigt und seine Bedingungen aufgeweicht worden. Er bietet vollen Frieden an, diplomatische Anerkennung und „normale Beziehungen“ zwischen den arabischen Staaten und Israel, wenn sich Israel im Gegenzug von allen seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehen würde, mit eine Verhandlung über einen Austausch von Landteilen und eine „gerechte“ und „gegenseitige“ Kompromisslösung, was die palästinensischen Flüchtlinge betrifft.

Mehr: http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13887

Immanuel Wallerstein

Die NATO: Eine Gefahr für den Weltfrieden

Der offiziellen Mythologie zufolge standen sich von 1945 (oder 1946) bis 1989 (oder 1991) die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion (UdSSR) ständig feindlich gegenüber - in politischer und militärischer, vor allem aber in ideologischer Hinsicht. Das wurde als **"Kalter Krieg"** bezeichnet. Wenn es sich tatsächlich um einen Krieg handelte, dann ist das entscheidende Wort "kalt", denn es kam in diesem gesamten Zeitraum niemals zu direkten militärischen Handlungen der beiden Mächte gegeneinander.

Es gab jedoch mehrere Institutionen, die diesen Kalten Krieg widerspiegelten.
In jedem dieser Fälle unternahmen die Vereinigten Staaten den ersten Schritt, nicht die UdSSR.
Im Jahr 1949 kombinierten die drei westlichen Staaten, die Deutschland besetzten, ihre Zonen und schufen so die Bundesrepublik Deutschland (BRD) als Staat. Die Sowjetunion gestaltete daraufhin ihre Zone zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) um.
Im Jahr 1949 gründeten zwölf Staaten die NATO. Am 5. Mai 1955 beendeten die drei Westmächte offiziell ihre Besatzung der BRD und erkannten sie als unabhängigen Staat an. Vier Tage später wurde die BRD als NATO-Mitglied zugelassen. Die UdSSR reagierte mit der Gründung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO), zu deren Mitgliedern auch die DDR gehörte.

Der Vertrag, durch den die NATO festgeschrieben wurde, sollte nur innerhalb Europas gelten. Einer der Gründe war die Tatsache, dass die westeuropäischen Länder noch Kolonien außerhalb Europas hatten und keiner Organisation die Autorität geben wollten, direkt in ihre politischen Entscheidungen zu diesen Kolonien einzugreifen.

Die Augenblicke scheinbar angespannter Konfrontation zwischen den beiden Seiten - die Berlin-Blockade, die Kubakrise - endeten immer mit einer Rückkehr zum Status quo ante. Der wichtigste Anlass zu militärischen Handlungen dieser Organisationen war im Fall der UdSSR das Vorgehen gegen Entwicklungen innerhalb ihrer eigenen Zone, die als gefährlich für die UdSSR angesehen wurden - Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968, Polen 1981. Die Vereinigten Staaten nahmen unter ähnlichen Umständen politische Eingriffe vor, etwa als es um eine mögliche Teilnahme der Kommunistischen Partei Italiens an der italienischen Regierung ging.

Dieser kurze Bericht deutet auf das echte Ziel des Kalten Krieges hin. Der Kalte Krieg sollte nicht die politischen Realitäten auf der jeweils anderen Seite ändern (außer vielleicht irgendwann in ferner Zukunft). Der Kalte Krieg war ein Mechanismus, mit der jede Seite ihre Satelliten kontrollieren und gleichzeitig das **De-facto-Abkommen der beiden Mächte aufrechterhalten konnte:** ein Abkommen **zur langfristigen Teilung der Welt in zwei Einflussbereiche** - ein Drittel für die UdSSR und zwei Drittel für die Vereinigten Staaten. Für beide Seiten war es eine Priorität, dass sie keine militärische Gewalt (besonders keine Atomwaffen) gegeneinander einsetzen würden. Das wurde als Garantie gegen "gegenseitig zugesicherte Zerstörung" bekannt.

Der Zusammenbruch der UdSSR in zwei Stufen - der Rückzug aus Osteuropa 1989 und die formelle Auflösung der UdSSR 1991 - hätte theoretisch bedeuten sollen, dass die NATO keinerlei Funktion mehr hatte. Tatsächlich ist Folgendes gut bekannt: **Als der Präsident der UdSSR, Michail Gorbatschow, der Eingliederung der DDR in die BRD zustimmte, wurde ihm versprochen, die Staaten der WVO sollten nicht in die NATO integriert werden. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Stattdessen nahm die NATO eine gänzlich neue Rolle ein.**

Ab 1991 beanspruchte die NATO für sich die Rolle eines **Weltpolizisten** mit dem Recht zu allen Aktionen, die die NATO als angemessene politische Lösungen für Probleme in der Welt ansah. Die erste größere Unternehmung dieser Art fand im Kosovo/Serbien-Konflikt statt. Hier machte die Regierung der USA ihren Einfluss geltend, um die Einrichtung eines kosovarischen Staates und einen Regimewechsel in Serbien durchzusetzen. Es folgten andere ähnliche Unternehmungen - 2001 in Afghanistan, um die Taliban zu vertreiben, 2003 im Irak, um einen Regimewechsel in Bagdad zu erreichen, 2014, um den Islamischen Staat (ISIS) im Irak und in Syrien zu bekämpfen, und 2013-2014, um sogenannte prowestliche Kräfte in der Ukraine zu unterstützen.

Tatsächlich stellte sich heraus, dass die Verwendung der NATO an sich schwierig für die USA war. Zum einen gab es in Mitgliedsstaaten der NATO in verschiedenen Formen Widerstreben gegen die durchgeführten Aktionen. Zum anderen fühlte sich das Militär in den USA durch die Langsamkeit der politischen Beschlüsse zu militärischen Handlungen eingeengt, wenn die NATO formell beteiligt war wie etwa im Kosovo.

Warum kam es dann zur Erweiterung der NATO statt zu ihrer Auflösung? Es ging wieder um innereuropäische Politik und auch um den Wunsch der USA, ihre mutmaßlichen Verbündeten zu kontrollieren. Als Bush an der Macht war, sprach der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vom "alten" und vom "neuen" Europa. Mit dem alten Europa meinte er vor allem Frankreich und Deutschland, die den Strategien der USA nicht zustimmen wollten. Seiner Meinung nach löste sich die Bindung der westeuropäischen Länder an die Vereinigten Staaten. Mit dieser Auffassung lag er richtig. Als Reaktion darauf **wollten die USA den westeuropäischen Ländern die Flügel stutzen,** indem sie osteuropäische Staaten in die NATO aufnahmen, die sie für verlässlichere Verbündete hielten.

Der **Ukrainekonflikt** verdeutlicht die Gefahr, die die NATO darstellt. Die USA haben sich bemüht, neue militärische Strukturen aufzubauen, die sich offensichtlich gegen Russland richten, und sie als Maßnahme gegen eine hypothetische Bedrohung durch den Iran darzustellen. Im Verlauf des Ukrainekonflikts kam die Sprache des Kalten Krieges wieder in Gebrauch. **Die USA verwenden die NATO, um Druck auf westeuropäische Länder auszuüben, damit diese antirussischen Aktionen zustimmen.** Und innerhalb der USA steht Präsident Obama unter großem Druck, "schlagkräftig" gegen die sogenannte Bedrohung der Ukraine durch Russland vorzugehen. Dazu kommt die sehr feindselige Einstellung des amerikanischen Kongresses zu jeder Art Übereinkunft mit dem Iran zum Thema nukleare Entwicklung.

Die Kräfte in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa, die militärische Torheiten zu vermeiden versuchen, laufen Gefahr, hinter eine Organisation zurückzufallen, die man nur als **Kriegspartei** bezeichnen kann. Die NATO und das, wofür sie heute steht, stellen eine ernste Gefahr dar, denn sie repräsentieren den Anspruch westlicher Länder, sich im Namen der westlichen Interpretation geopolitischer Realitäten **überall in der Welt einzumischen**. Das kann nur zu weiteren, sehr gefährlichen Konflikten führen.
Die NATO als Struktur aufzugeben, wäre ein erster Schritt hin zur Vernunft und für das Überleben der Welt.

http://www.iwallerstein.com/nato-danger-to-world-peace/ Übersetzung: Stephanie Laimer, coorditrad

Aufruf: Friedenswinter 2014/2015

Gemeinsam für den Frieden – Friedenslogik statt Kriegsrhetorik

Wir sind – wie Millionen Menschen in unserem Land und weltweit – **tief besorgt**. Kriege breiten sich weltweit in einer immensen Geschwindigkeit aus, sie kehren mit dem Krieg in der Ukraine nach Europa zurück.
Hundertausende Tote und Verwundete, Millionen Flüchtlinge, noch mehr Hunger und Armut sind die dramatischen Folgen von **Kriegen, die primär für wirtschaftliche und geostrategische Interessen geführt werden** – in Europa, im Nahen/ Mittleren Osten, Afghanistan und in anderen Ländern. Die **NATO** und besonders die **USA** führen weltweit völkerrechtswidrige Kriege und geben 72% der weltweiten Rüstungsausgaben aus. Die **Bundesregierung** ist ein aktiver Bestandteil dieser militaristischen Politik.

Politische Führungskräfte überall auf der Welt sagen uns, noch mehr (High-Tech-) Waffen, Drohnen und eine Automatisierung der Kriegsführung sowie mehr Soldaten seien sinnvoll; noch mehr Rüstung, Waffenexporte und die Ausweitung des Krieges wären notwendig, um Frieden zu schaffen. Wir aber wissen, mit mehr Krieg und noch effizienteren Waffen wird es keinen Frieden geben. **Die „Logik des Krieges" muss weltweit durch die Logik des Friedens abgelöst werden – und wir müssen jetzt hier bei uns damit anfangen**.

Wir kritisieren die **häufig tendenziöse Berichterstattung in den Medien**, die zur Produktion von Feindbildern beiträgt.

Der Weg der Konfrontation und der Gewalt, des Hasses und der Vernichtung muss überwunden werden – gerade als Lehre aus zwei Weltkriegen und Faschismus.

Wir wollen Frieden und Überwindung von Gewalt überall auf der Welt und durch eine **umfassende Abrüstung** eine Welt ohne Waffen schaffen. Konflikte müssen zivil gelöst werden. Dialog, Verhandlung und das Menschenrecht auf Frieden sind unsere Werte. Die Politik der Gemeinsamen Sicherheit muss das Denken und Handeln bestimmen.
Wir brauchen die 1,35 Billionen Euro, die jedes Jahr für Rüstung ausgegeben werden, für die Überwindung von Hunger und Armut, für Ökologie und Bildung. **Die globalen Herausforderungen, die uns und unseren Planeten Erde bedrohen, sind ohne Abrüstung, ohne Frieden nicht zu bewältigen.**

Wir wollen:
Kooperation statt Konfrontation! Wir treten ein für eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit, die auch Russland mit einbeziehen muss.
Für eine Zukunft ohne NATO! Ja zur OSZE und zu einer reformierten, demokratisierten UNO.
Abrüstung für nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd! Stopp von Rüstungsproduktion, Waffenhandel und Rüstungsexporten. Entwicklung von Konversionsprogrammen und aktive Waffenvernichtungen.
Keine militärischen Interventionen! Stattdessen humanitäre Hilfe und offene Grenzen für die Flüchtlinge.
Eine Welt ohne Atomwaffen, das bedeutet für Deutschland: sofortiger Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel.
Eine Welt frei von Militärbasen und internationalen Kriegs-Einsatzzentralen, das bedeutet für Deutschland: Schließung der US Kommandozentralen Ramstein, Africom und Eucom sowie des Luft- und Raumfahrtführungszentrums in Kalkar.
Keine Drohnen und keine Automatisierung des Krieges!
Friedliche Konfliktlösungen durch Dialoge und Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien! Beendigung aller Kriegshandlungen, u.a. durch sofortige Waffenstillstände!

Eine friedliche Welt ist möglich und nur eine gerechte Welt kann eine friedliche sein.

Wir wissen:
Wir werden unser Ziel, Frieden schaffen ohne Waffen, die Träume von Martin Luther King, Berta von Suttner, Mahatma Gandhi und Rosa Luxemburg nicht heute und sofort erreichen. Wir werden es nur erreichen, wenn wir uns und viele andere sich engagieren und **wir gemeinsam den Frieden in unsere Hände nehmen**.
Den Menschenrechten, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität gilt unser aktives Handeln. Rassismus und Faschismus lehnen wir entschieden ab. Frieden braucht Mut, Engagement und Solidarität.
Dafür setzen wir uns – regional, national und international vernetzt – im Friedenswinter 2014/2015 ein und fordern alle zum Mitmachen auf.

Wir wollen Mut machende Zeichen setzen:

Höhepunkte des Friedenswinters 2014/2015
8.12.2014 bis 13.12.14 Aktionswoche
13.12.2014 regionale Demonstrationen in Berlin, Hamburg, München (12.12.), Ruhrgebiet in Bochum, Leipzig (10.12), Heidelberg
6.-8. Februar 2015 Friedensdemonstration (7.2.) und Friedenskonferenz zur Sicherheitskonferenz (Siko) in München und zusätzlich dezentrale Aktionen
3.-6. April 2015 Ostermärsche
Mai 2015 Bundesweite Demonstration in Berlin zum 70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus

14. März 2015: 2. Aktionskonferenz Friedenswinter 2014/2015

An der Erarbeitung des Aufrufs waren beteiligt: Thomas Bauer (Hannoveraner Friedensbündnis), Gabi Bieberstein (Versöhnungsbund), Reiner Braun (IALANA), Meike Brunken (Mahnwache Göttingen), Andreas Grünwald (Hamburger Forum), Franz Haslbeck (OCCUPEACE München), Peter Jüriens (Mahnwache Bochum), Kristine Karch (Internationales Netzwerk No to War – No to NATO), Lutz Krügener (Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers), Wolfgang Lieberknecht (Initiative für eine gemeinsame Welt), Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi), Dominik Rißart (Mahnwache Düsseldorf), Bernhard Trautvetter (Essener Friedensforum), Lucas Wirl (NaturwissenschafterInnen für den Frieden) Berlin, den 23.10.2014
http://friedenswinter.de/wp-content/uploads/2014/11/flyer_aufruf_nrw_web.pdf

Doris und George Pumphrey

Cui bono? – Zur Auseinandersetzung um den "Friedenswinter"

Berlin Dezember 2014
Es war schon immer auch Aufgabe der Linken und der Arbeiterbewegung, Menschen nicht den Rechten zu überlassen, selbst wenn sie bereits von deren Ideologie beeinflusst sind. Es geht vielfach um Menschen, denen das soziale Abseits droht oder die ins soziale Abseits gedrängt wurden. **Die Abwesenheit, Schwäche oder das politische Versagen der Linken schafft ein Vakuum, das einfacher von Rechts gefüllt werden kann**. Es bleibt dennoch Aufgabe der Linken, diesen Menschen durch die besseren Argumente einen anderen Weg aufzuzeigen. Sicherlich sind nicht alle zu gewinnen. (…) Konkret

geht es hier um den "Friedenswinter" und unmittelbar auch um die Demonstration am 13. Dezember gegen die Kriegs- und Konfrontationspolitik der Bundesregierung und den Aufruf, der neben vielen aus der breiten linken und Antikriegsbewegung, auch von Vertretern der Montagsmahnwachen unterschrieben ist. Das allein ist nun für einige aus der "alten" Friedensbewegung der Grund, sich zu distanzieren oder gar zu hoffen, dass nur wenige Menschen dem Aufruf folgen – obwohl es KEINEN grundsätzlichen Dissens zum INHALT des Aufrufs gibt. (…)

Nicht nur die Bezeichnungen "Antisemit", sondern auch "Nationalist", "Rechtsextremist" und "Nazi" werden inzwischen inflationär benutzt und verlieren damit ihre Bedeutung. Es dient natürlich dem Zweck, sich nicht nur einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den so Bezeichneten und einer wirklichen Klärung von möglichen Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu entziehen, sondern auch der Diskussion mit jenen, die verlangen, dass man genauer hinsehen sollte, bevor man andere in dieser Weise denunziert.

Es gab und gibt in der "alten" Friedensbewegung sehr unterschiedliche Kräfte, mit unterschiedlicher ideologischer Orientierung, mit mehr und weniger politischer Erfahrung. Das führte und führt zwar oft zu heißen (und notwendigen) Auseinandersetzungen, aber das Entscheidende war und ist am Ende die Einigung auf den Minimalkonsens für gemeinsame Aufrufe und Aktionen. (...)
Wer will sich anmaßen zu entscheiden ob und ab wann die Motivation derer, die nun den gemeinsamen Aufruf zum Friedenswinter und der Demonstration unterschrieben haben, "koscher" ist oder nicht? Und welcher Maßstab soll angelegt werden, wenn wir in der "alten" FB schon so unterschiedliche Maßstäbe haben?
Soll die Antikriegsbewegung Gesinnungsprüfung einführen?
Oder gilt die gemeinsame Aktion mit den gemeinsamen Forderungen?
Worauf kommt es nun an und wer ist der eigentliche Gegner?
Es ist sehr einfach, rückblickend in der Geschichte Fehler von Linken zu entdecken, zu sagen, warum haben die nicht breitere Bündnisse gemacht nur um Krieg zu verhindern, trotz aller anderen Unterschiede.
Und heute?

Die Kriegsgefahr wächst und man glaubt sich mit dem Verbleib im linken Wohlfühleck weiterhin begnügen zu können? Sich damit begnügen, mit eingeübten Kleinaktionen "symbolische Zeichen zu setzen", um ein paar Fotos ins Internet zu stellen, während die BRD sich an immer mehr Interventionen und Kriegen beteiligt, während sie sich dem Druck der USA beugt und die Konfrontation mit Russland vorantreibt? Gerade unser Land, das Russland bzw. der SU so unermessliches Leid in der Vergangenheit zugefügt hat? Während die transatlantischen Kriegstreiber die Medien bestimmen, um die Bevölkerung gegen Russland aufzuhetzen und vor keiner Lüge und Entstellung mehr Halt machen?

Der US Kongress hat eine Resolution verabschiedet, die einer Kriegserklärung gegen Russland nahe kommt, die dazu aufruft, Russland zu isolieren und das US-Militär umfassend für eine militärische Konfrontation zu rüsten – eine militärische Konfrontation in Europa, die zu einem atomaren Weltbrand führen kann.

Wie gefährlich die derzeitige Entwicklung ist, wird von immer mehr Menschen hierzulande erkannt. Mehr als 60 prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien haben nun einen Aufruf gegen die Konfrontationspolitik veröffentlicht.2 Dieser Aufruf wird auch von Politikern unterstützt, die nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit für die Aufgabe der militärischen Zurückhaltung Deutschlands und für die erste Militäraggression seit dem Ende des Faschismus verantwortlich sind, ebenso wie für den Abbau demokratischer und sozialstaatlicher Errungenschaften, für wachsende Armut und Ausgrenzung.
Man muss nicht alle Punkte in der politischen Einschätzung in ihrem Aufruf teilen. Aber wer in der Friedensbewegung könnte nicht die Forderungen dieser Prominenten unterschreiben, die Konfrontationspolitik und Dämonisierung Russland zu beenden und den gleichberechtigten Dialog mit der russischen Regierung zu suchen?
Und wenn einige von ihnen mit uns auf die Straße gingen, um gegen die Gefahr eines neuen Weltkriegs zu demonstrieren, würden wir uns dann von ihnen distanzieren, sie denunzieren, würden wir der Demonstration fern bleiben? Stärkt die deutliche Stellungnahme dieser Prominenten nicht unseren Widerstand gegen die Kriegs- und Konfrontationspolitik?
Gleichzeitig zelebrieren nicht wenige in der "alten" Friedensbewegung Distanzierungen von Vertretern der "neuen" Friedensbewegung, obwohl diese – im Gegensatz zu einigen Unterstützern des Aufrufs der Prominenten – keine Kriegsverbrechen und massives Unrecht zu verantworten haben. Sie wollen nicht mit Vertretern der "neuen" Friedensbewegung reden und mit ihnen gegen den Krieg auf die Straße gehen, obwohl sie gemeinsame Forderungen haben. Erinnert ein derartiges Herangehen innerhalb der Friedensbewegung nicht an die Methode der westlichen Kriegstreiber in den internationalen Beziehungen: Denunzierung, Unterstellung und Verweigerung eines fairen Dialogs? Cui bono? Jetzt wo es darauf ankommt, wieder Massen auf die Straße zu bringen, um der Entwicklung Richtung Weltkrieg Einhalt zu gebieten!

Nur wenn alle Kräfte mobilisiert werden, können wir der gefährlichen Kriegs- und Konfrontationspolitik Einhalt gebieten – egal ob und wie weit man in allen anderen Punkten übereinstimmt.
Anstelle von Pauschalisierungen, Totschlagargumenten und Denunzierung, muss die jeweils notwendige faire politische Auseinandersetzung treten.
Nur so können wir den Kriegstreibern in Politik und Medien einen Strich durch die Rechnung machen in ihrem Bemühen, die Antikriegsbewegung klein, unbedeutend und ineffektiv zu halten. Vielleicht haben wir so die Chance aus dem "Friedenswinter" einen "Friedensfrühling" zu machen.

Tobias Pflüger: Anmerkungen zum Friedenswinter

3. Dezember 2014
Friedenswinter ja, Zusammenarbeit mit Mährholz/Jebsen etc. nein; Ich halte Aktivitäten der Friedensbewegung angesichts der Weltlage für dringend erforderlich. Die inhaltliche Ausrichtung der Aktionen des "Friedenswinters" sind richtig (Orientierung insbesondere gegen die Positionierung der deutschen Regierung, Rolle innerhalb der NATO, etc., die Aufrufe sind inhaltlich ok), deshalb habe ich mit folgendem Text zu den Aktionen am 13.12. aufgerufen: "Bundespräsident Joachim Gauck geriert sich seit seiner Wahl als Einpeitscher für eine neue deutsche Außenpolitik, die auf immer mehr Militäreinsätze und weltweite Machtpolitik setzt. "Die Pickelhaube steht uns Deutschen nicht", meinte Westerwelle. Richtig! Stoppt die Militarisierung der Außenpolitik, das muss auch dem Bundespräsidenten gesagt werden, z.B. bei den Protesten am 13.12. vor dem Bundespräsidialamt." (…)

An diejenigen, die den Friedenswinter nun als Montagsmahnwachenprojekt diffamieren, zwei einfache Aufforderungen: Erstens: Wenn ihr dafür seid, dass die Friedensbewegung nichts tun soll, keine Aktivitäten starten soll, sagt das, das ist dann eine politische Klärung; zweitens: warum wird der Friedenswinter an sich diffamiert und warum werden nicht denjenigen Gruppen und Personen unterstützt, die wie ich nicht wollen, dass die Montagsmahnwachen-Organisator*inn*en beim Friedenswinter eine Rolle spielen? Im Übrigen weise ich darauf hin, dass der Friedenswinter weitere Aktionsschwerpunkte hat: zweiter zentraler Schwerpunkt soll die bundesweite Mobilisierung zu den Protesten gegen die so genannte Sicherheitskonferenz in München sein. Der dritte Schwerpunkt sollen die traditionell stattfindenden Ostermärsche 2015 sein. Der Höhepunkt der Aktivitäten soll dann am 9. Mai 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, sein. Ein Blick auf diese geplanten Aktivitäten macht deutlich, welche klare politische Ausrichtung hier vorliegt.

http://www.imi-online.de/2014/12/03/anmerkungen-zum-friedenswinter/

Ukraine-Krise - "Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!"

Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Nur wer dieses Ziel nicht aus den Augen verliert, vermeidet Irrwege.

Der Ukraine-Konflikt zeigt: Die Sucht nach Macht und Vorherrschaft ist nicht überwunden. 1990, am Ende des Kalten Krieges, durften wir alle darauf hoffen. Aber die Erfolge der Entspannungspolitik und der friedlichen Revolutionen haben schläfrig und unvorsichtig gemacht. In Ost und West gleichermaßen. Bei Amerikanern, Europäern und Russen ist der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders ist die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin, nicht zu erklären.

In diesem Moment großer Gefahr für den Kontinent **trägt Deutschland besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens.** Ohne die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands, ohne die Weitsicht von Michael Gorbatschow, ohne die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten und ohne das umsichtige Handeln der damaligen Bundesregierung wäre die Spaltung Europas nicht überwunden worden. Die deutsche Einheit friedlich zu ermöglichen, war eine große, von Vernunft geprägte Geste der Siegermächte. Eine Entscheidung von historischer Dimension. **Aus der überwundenen Teilung sollte eine tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen,** wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedsstaaten im November 1990 in der "Pariser Charta für ein neues Europa" vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein "Gemeinsames Europäisches Haus" errichtet werden, in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik ist bis heute nicht eingelöst. Die Menschen in Europa müssen wieder Angst haben.

Wir, die Unterzeichner, **appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht zu werden**. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das geht nur auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle und mit gleichberechtigten, gegenseitig geachteten Partnern. Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.

Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle, die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das größenwahnsinnige Hitler-Deutschland, das 1941 mordend auszog, auch Russland zu unterwerfen.

Wir appellieren an die **Abgeordneten** des Deutschen Bundestages, als vom Volk beauftragte Politiker, dem Ernst der Situation gerecht zu werden und aufmerksam auch **über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen**. Wer nur Feindbilder aufbaut und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiert, verschärft die Spannungen in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten. Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein.

Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen. Jeder außenpolitisch versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden. Es geht nicht um Putin. Staatenlenker kommen und gehen. Es geht um Europa. Es geht darum, den Menschen wieder die Angst vor Krieg zu nehmen. Dazu kann eine verantwortungsvolle, auf soliden Recherchen basierende Berichterstattung eine Menge beitragen.

Am 3. Oktober 1990, am Tag der Deutschen Einheit, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: *"Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. ... Nun können sie ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel. Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen."*

Bis zum Ukraine-Konflikt wähnten wir uns in Europa auf dem richtigen Weg. Richard von Weizsäckers Mahnung ist heute, ein Vierteljahrhundert später, aktueller denn je.

Die Unterzeichner: Mario Adorf, Schauspieler / Robert Antretter (Bundestagsabgeordneter a. D.) / Prof. Dr. Wilfried Bergmann (Vize - Präsident der Alma Mater Europaea) / Luitpold Prinz von Bayern (Königliche Holding und Lizenz KG) / Achim von Borries (Regisseur und Drehbuchautor) / Klaus Maria Brandauer (Schauspieler, Regisseur) / Dr. Eckhard Cordes (Vorsitzender Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft) / Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin der Justiz a.D.) / Eberhard Diepgen (ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin) / Dr. Klaus von Dohnanyi (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg) / Alexander van Dülmen (Vorstand A-Company Filmed Entertainment AG) / Stefan Dürr (Geschäftsfüh-render Gesellschafter und CEO Ekosem-Agrar GmbH) / Dr. Erhard Eppler (Bundesminister für Entwicklung und Zusammenarbeit a.D.) / Prof. Dr. Dr. Heino Falcke (Propst i.R.) / Prof. Hans-Joachim Frey (Vorstandsvorsitzender Semper Opernball Dresden) / Pater Anselm Grün (Pater) / Sibylle Havemann (Berlin) / Dr. Roman Herzog (Bundespräsident a.D.) / Christoph Hein (Schriftsteller) / Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch (Bundestagsvizepräsident a.D.) / Volker Hörner (Akademiedirektor i.R.) / Josef Jacobi (Biobauer) / Dr. Sigmund Jähn (ehemaliger Raumfahrer) / Uli Jörges (Journalist) / Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann (ehemalige EKD Ratsvorsitzende und Bischöfin) / Dr. Andrea von Knoop (Moskau) / Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz (ehemalige Korrespondentin der ARD in Moskau) / Friedrich Küppersbusch (Journalist) / Vera Gräfin von Lehndorff (Künstlerin) / Irina Liebmann (Schriftstellerin) / Dr. h.c. Lothar de Maizière (Ministerpräsident a.D.) / Stephan Märki (Intendant des Theaters Bern) / Prof. Dr. Klaus Mangold (Chairman Mangold Consulting GmbH) / Reinhard und Hella Mey (Liedermacher) / Ruth Misselwitz (evangelische Pfarrerin Pankow) / Klaus Prömpers (Journalist) / Prof. Dr. Konrad Raiser (eh. Generalsekretär des Ökumenischen Weltrates der Kirchen) / Jim Rakete (Fotograf) / Gerhard Rein (Journalist) / Michael Röskau (Ministerialdirigent a.D.) / Eugen Ruge (Schrift-steller) / Dr. h.c. Otto Schily (Bundesminister des Inneren a.D) / Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer (ev. Theologe, Bürgerrechtler) / Georg Schramm (Kabarettist) / Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.) / Philipp von Schulthess (Schauspieler) / Ingo Schulze (Schriftsteller) / Hanna Schygulla (Schauspielerin, Sängerin) / Dr. Dieter Spöri (Wirtschaftsminister a.D.) / Prof. Dr. Fulbert Steffensky (kath. Theologe) / Dr. Wolf-D. Stelzner (geschäftsführender Gesellschafter: WDS-Institut für Analysen in Kulturen mbH) / Dr. Manfred Stolpe (Ministerpräsident a.D.) / Dr. Ernst-Jörg von Studnitz (Botschafter a.D.) / Prof. Dr. Walther Stützle (Staatssekretär der Verteidigung a. D.) / Prof. Dr. Christian R. Supthut (Vorstandsmitglied a.D.) /Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik (ehemaliger Berater im Bundeskanzleramt für Sicherheit und Außenpolitik) / Andres Veiel (Regisseur) / Dr. Hans-Jochen Vogel (Bundesminister der Justiz a.D.) / Dr. Antje Vollmer (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D.) / Bärbel Wartenberg-Potter (Bischöfin Lübeck a.D.) / Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Wissenschaftler) / Wim Wenders (Regisseur) / Hans-Eckardt Wenzel (Liedermacher) / Gerhard Wolf (Schriftsteller, Verleger)

http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Aufruf zu Protesten am 7. Februar 2015 in München

KEIN FRIEDEN MIT DER NATO

Stoppt den Konfrontationkurs und die neue NATO-Aufrüstung

Demonstration um 13 Uhr, Marienplatz

Auf der **sogenannten Sicherheitskonferenz (SIKO)** geht es – entgegen der Selbstdarstellung der Veranstalter – weder um Sicherheit noch um Frieden auf dem Globus. Die SIKO ist eine Versammlung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Machteliten vor allem aus den NATO- und EU-Staaten, die sich über Strategien zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vorherrschaft und über gemeinsame Militärinterventionen verständigen.
Vor allem aber ist die SIKO ein **medienwirksames Propaganda-Forum zur Rechtfertigung der NATO**, ihrer Milliarden-Rüstungsausgaben und ihrer auf Lügen aufgebauten völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze, die der Bevölkerung als „humanitäre Interventionen" verkauft werden.
Bundespräsident Gauck nutzte die SIKO 2014 als Tribüne zur Werbung für eine stärkere deutsche Kriegsbeteiligung. Deutschland müsse sich *„früher, entschiedener und substanzieller"* militärisch engagieren. Außenminister **Steinmeier** und Kriegsministerin von der **Leyen** stießen ins selbe Horn. Für die herrschende Machtelite ist die angebliche *„militärische Zurückhaltung"* längst ein Relikt der Vergangenheit. Die **neue Großmachtpolitik Deutschlands** – getarnt als „weltpolitische Verantwortung" – ist inzwischen Bestandteil einer offensiven Propaganda-Kampagne staatstragender Politiker und Medien und Richtschnur deutscher Außenpolitik. Dabei wird selbst die Unterstützung der von Faschisten durchsetzten Kiewer Regierung akzeptiert.

Mit der NATO gibt es keinen Frieden
Als militärischer Arm der reichsten westlichen kapitalistischen Staaten ist die NATO eine Kriegsallianz zur globalen Durchsetzung von deren wirtschafts- und machtpolitischen Interessen. Sie ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit. Sie garantiert eine **Weltordnung, in der 1% der Menschen 40% des Weltvermögens besitzen;** eine Wirtschaftsordnung, die sich durch Ausbeutung von Mensch und Natur am Leben hält und zugleich die menschlichen Lebensgrundlagen zerstört.

Nach dem Scheitern der NATO im Irak, in Afghanistan und Libyen wird jetzt **Russland als Feindbild** wiederbelebt und ein brandgefährlicher Konfrontationskurs in Gang gesetzt: Durch Errichtung und Ausbau von NATO-Militärstützpunkten in den osteuropäischen Ländern, Aufstellung einer 4000 Mann starken „Schnellen Eingreiftruppe", militärischer Aufrüstung Kiews, NATO-Truppenmanöver in der Ukraine und Ausbau der NATO-Raketenabwehr. Nicht zuletzt versucht die NATO unter Verweis auf den neuen Gegner, noch höhere Rüstungsausgaben zu rechtfertigen und durchzusetzen.

Kapitalismus und Krieg – zwei Seiten einer Medaille
Je mehr sich die Krisen des neoliberalen Kapitalismus häufen, desto brutaler werden die Profitinteressen von Konzernen, Banken und der Rüstungsindustrie durchgesetzt – ökonomisch mit dem geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen EU/USA (TTIP) – und nicht zuletzt auch mit militärischer Gewalt.
Gleichzeitig ist **Deutschland** seit Jahren unter Bruch der Verfassung nicht nur die militärische Drehscheibe für die Aggressionskriege der USA und der NATO, sondern an diesen Kriegen direkt und indirekt beteiligt. Nach wie vor ist Deutschland drittgrößter Waffenexporteur der Welt.
Die Bilanz imperialer Machtpolitik: Zehntausende Tote, Hunger und Not, Zerstörung von Umwelt und Infrastruktur, Erstarken des IS-Terrors – und damit namenloses Elend mit Millionen von Flüchtlingen, gegen die sich Europa durch ein tödliches Grenzregime abschottet.

Wir erklären den selbsternannten „Weltherrschern", die zur SIKO nach München kommen und den Regierungschefs beim G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau: **Ihr seid hier und überall auf der Welt unerwünscht.**

Wir sind Teil einer weltweit wachsenden Bewegung, die eine Zukunft ohne Rüstung und Krieg mit gleichwertigen Lebensbedingungen aller Menschen anstrebt. Für Frieden und Gerechtigkeit in einer Welt ohne Ausbeutung von Mensch und Natur.

NO JUSTICE - NO PEACE
Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden

http://sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-SiKo-Proteste-2015

Einige Lektüre-Hinweise

Das Imperium schlägt zurück – Die Reaktion der „Qualitätsmedien" auf den Aufruf: "Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!" http://www.nachdenkseiten.de/?p=24215

Können wir sachlich bleiben? - ***Von KAI EHLERS,***
„Der Aufruf der 64 kann daher ein guter Anlass sein, in konstruktiver Kritik auf einige Abläufe und Tatsachen hinzuweisen, die nicht vergessen werden sollten."
http://www.hintergrund.de/201412103334/politik/inland/gegen-den-krieg.html

Die Oligarchie und die geopolitische Orientierung der Ukraine
IMI-Analyse 2014/038 - in: AUSDRUCK (Dezember 2014)
http://www.imi-online.de/2014/12/08/die-oligarchie-und-die-geopolitische-orientierung-der-ukraine/

Tiefpunkt im deutschen Journalismus: Neuer Sammelband über den Ukraine-Konflikt nimmt Meinungsmache unter die Lupe : Die Macher des Internetportals Hintergrund haben mit »Ukraine im Visier« einen faktenschweren Sammelband zu den verschiedenen Komplexen des Konflikts vorgelegt. Susann Witt-Stahl, Thomas Eipeldauer und Sebastian Range schildern in ihren Beiträgen, wie aus Sozialprotesten gegen die Kiewer Regenten eine Sammelbewegung der äußerten Rechten wurde und welche Rolle die Faschisten heute in der Ukraine spielen... Mehr:
https://www.jungewelt.de/politisches-buch/zweierlei-ma%C3%9F

Ukraine/Rußland/Putin: Extensive Feindpropaganda
Interview mit dem Schriftsteller Wolfgang Bittner über MH-17, Faschisten in der Ukraine und das Versagen der westlichen Medien Wolfgang Bittner, Schriftsteller und Träger des Kölner Karls-Preises für engagierte Literatur und Politik von 2010, machte jüngst durch engagierte Statements gegen einseitige Berichterstattung über Ukrainekrise, Russland und Putin in Rundfunk und Presse auf sich aufmerksam. Der promovierte Jurist saß 1996-98 selbst im WDR-Rundfunkrat und hat seine Kritik jetzt in Buchform vorgelegt. Telepolis sprach mit ihm darüber.
http://www.heise.de/tp/druck/mb/artikel/43/43462/1.html

Atomwaffenfrei – Blockade in Büchel

Am 26. März 2010 forderte der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die Bundesregierung dazu auf, sich in der NATO und direkt bei den USA für den Abzug der letzten noch auf deutschem Boden verbliebenen Atomwaffen einzusetzen. Diese vermutlich noch 20 US-Atombomben sind im Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel gelagert und sollen im Ernstfall von deutschen Tornados im Rahmen der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ zu ihren Zielen geflogen werden.

Jedoch haben sowohl die damalige Regierung von Union und FDP wie auch die heutige von Union und SPD versäumt, die **Forderung nach dem Abzug der Bomben aus Büchel** mit Nachdruck im NATO-Bündnis zu erheben.
Im Gegenteil: Stillschweigend wurde nicht nur der Verbleib, sondern auch deren Austausch durch flexiblere und zielgenauere Atomwaffen gebilligt (sogenannte Modernisierung). Damit sollen sie bis 2050 einsatzbereit bleiben. **Es entstehen die ersten atomaren Präzisionsbomben, die in Europa stationiert sind**. Die neuen Waffen würden dadurch die Abrüstungsverhandlungen zwischen der NATO und Russland gefährden, Russland würde zurecht die Abrüstungsbereitschaft der NATO in Frage stellen und dies als Vorwand für eigene Modernisierung seines nuklearen Arsenals nutzen können.

Mit ihrer Zustimmung zu dieser “Modernisierung“ unterstützt die Bundesregierung eine neue Spirale der Aufrüstung anstatt sich für die endgültige Ächtung dieser Massenvernichtungswaffe einzusetzen. Und sie ignoriert damit den Willen der Bevölkerung, die sich mehrheitlich immer wieder gegen Atomwaffen auf deutschem Boden ausspricht. Die “Modernisierung” verschlingt Milliarden Euros, die zur Lösung dringender Menschheitsprobleme gebraucht werden.

Atomwaffen produzieren unendliches Leid für Millionen Menschen, nicht erst, wenn sie, wie in Hiroshima und Nagasaki zur Explosion gebracht werden, sondern schon allein in ihrer Existenz und Produktion. **Atomwaffen unterhalten die atomare Kette**, die weltweit immer neue Strahlenopfer hervorbringt und menschliche Existenzen zerstört.
Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat **1996** – gegen den Willen der Atomwaffenstaaten – in einem Rechtsgutachten festgestellt, dass **Atomwaffen nicht eingesetzt werden dürfen und auch nicht mit ihrem Einsatz gedroht werden darf**. Gleichzeitig wurde ausdrücklich bekräftigt, dass der **Atomwaffensperrvertrag von 1970** alle Staaten, die ihm beigetreten sind und die Atomwaffen besitzen, dazu verpflichtet, diese vollständig abzurüsten.

Unsere Antwort auf diese Entwicklung ist eine **Intensivierung unserer Proteste und des Widerstandes** direkt dort, wo diese hochgefährlichen Waffen lagern und deren Anwendung täglich geübt wird. Wie zuvor Mutlangen in den achtziger Jahren ist Büchel in der Eifel zu einem symbolischen Ort für den militärischen atomaren Wahnsinn geworden. Diesem Wahnsinn wollen wir unsere Forderungen nach bedingungsloser (nuklearer) Abrüstung und nach gewaltfreien Lösungen internationaler Konflikte entgegensetzen.

Wir machen Büchel zusammen mit euch zu einem Ort, der (später) als Symbol für erfolgreichen gewaltfreien Widerstand gegen Atomwaffen stehen wird.
http://www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65/material/

Ergebnisse des Friedensratschlags am 6./7. Dezember 2014 in Kassel:

http://www.friedensratschlag.de/?Startseite:Friedenspolitischer_Ratschlag_2014

IG Metall Vorstand Für eine aktive Friedenspolitik

15.10.2014
Die IG Metall blickt mit Sorge auf die zunehmende Zahl von Kriegen, Gewaltkonflikten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Welt. Sie bringen nicht nur unendliches Leid über die betroffenen Menschen, sondern führen auch in nicht davon betroffenen Ländern und Regionen zu erheblicher Verunsicherung.
Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands muss sich im Bewusstsein der historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen. Daher lehnen wir jegliche politische Handlungen und Entscheidungen, die Konflikte und Kriege befördern sowie die Verfolgung von geopolitischen Interessen unter dem Vorwand der humanitären Hilfe ab und setzen uns für konfliktlösende Aktivitäten ein. Wir fordern deshalb auch eine transparente und restriktive Handhabung von Waffenexporten.
Jeder Konflikt kann aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet werden. Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Präferenzen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Gerade die katastrophalen Zustände in den verschiedenen Teilen der Welt belegen erneut: militärische Interventionen setzen nur allzu oft eine Eskalationsspirale in Gang und leisten keinen Beitrag zu einer zivilen Konfliktlösung. Die Entscheidung, militärisch einzugreifen, kann nur als Ultima Ratio-Prinzip durch den UN-Sicherheitsrat getroffen werden. Nur er ist dazu legitimiert, über Interventionen zu entscheiden.

Angesichts zunehmender Krisen, Konflikte und Gewaltausbrüche geht es nicht darum, dass Deutschland international mehr Verantwortung übernimmt, es sei denn in der Rolle als friedensstiftender Akteur. Das erfordert eine engagierte Rolle Deutschlands. Sanktionsmaßnahmen können dabei keine diplomatischen Bemühungen ersetzen.
Gegenwärtig sind weltweit 51 Millionen Menschen als Flüchtlinge, Asylbewerber oder Binnenvertriebene heimatlos. Diese Menschen befinden sich in einer existenzbedrohenden Lage. Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf:

- ❐den von kriegerischen Handlungen und von Gewalt betroffenen Menschen beizustehen und humanitäre Hilfe zu leisten; dies schließt eine offenere und solidarische Flüchtlingspolitik ein.
- ❐friedensstiftende und völkerverständigende Maßnahmen zu intensivieren, durch Förderung von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie wirtschaftlicher Entwicklung und Beteiligung
- ❐Krieg nie als politisches Mittel einzusetzen.

(Einstimmig vom Vorstand der IG Metall verabschiedet)
http://www.igmetall.de/SID-F507BD23-2A5DC9C0/resolution-des-ig-metall-vorstandes-14580.htm

Joëlle Fontaine

Churchill brach 1944 den griechischen Widerstand

„Wir müssen Athen halten und kontrollieren“

Die Wirtschaftskrise hat alte Erinnerungen in Griechenland geweckt. Zunächst die Erinnerung an Deutschland, das in den düsteren Jahren des zweiten Weltkrieges das Land besetzte, dort mordete und plünderte. Dann die Einmischung der Alliierten wie 1944, als das Vereinigte Königreich lieber den lokalen Widerstand zerschlug und mit den Milizen der extremen Rechten zusammenarbeitete als zuzusehen, wie das Land aus seinem Herrschaftsbereich entgleitet.

„Sie sind verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Athen und müssen alle Banden der EAM-ELAS [Nationale Befreiungsfront – Nationale Volksbefreiungsarmee], die sich der Stadt nähern, ausschalten oder vernichten. Ergreifen Sie alle Maßnahmen, die Sie gut finden, um die Kontrolle der Straßen zu sichern und um alle Gruppen von Unruhestiftern einzukesseln. (...)
Am besten wäre es natürlich, wenn Ihre Befehle von irgend einer griechischen Regierung gegengezeichnet würden. (...) Zögern Sie jedoch nicht vorzugehen, als ob Sie sich in einer eroberten Stadt befänden, in der ein lokaler Aufstand ausgebrochen wäre. (...) Wir müssen Athen halten und kontrollieren. Sie hätten viel erreicht, wenn Sie das – sofern es möglich ist – ohne Blutvergießen erreichen; aber mit, wenn es unvermeidlich ist.“ (1)

Der Mann, der diese Zeilen schrieb, ist niemand anderes als der britische Premierminister Winston Churchill. Wir befinden uns im Dezember 1944; noch leisten die Nazitruppen Widerstand gegenüber den Alliierten, die in Italien nicht von der Stelle kommen und in den Ardennen angesichts der letzten Gegenoffensive der Wehrmacht zurückweichen. Die „Banden“ aber, von denen Churchill hier spricht, sind nicht Gruppen von Kollaborateuren, sondern die Anhänger der großen Nationalen Befreiungsfront, die drei Jahre lang massiven Widerstand gegen die deutschen Besatzer geleistet hat.

Im Lauf des 19. Jahrhunderts lag das östliche Mittelmeer im Mittelpunkt einer Rivalität zwischen Großbritannien und Russland. Nachdem die bolschewistische Novemberrevolution 1917 mit den Ambitionen Russlands Schluss gemacht hat, befindet sich die Region zu Beginn der 1940er Jahre in der unangefochtenen Einflusszone Londons. Griechenland nimmt darin eine strategische Position ein.

Als in diesem Land eine Widerstandsbewegung entsteht, in der sich Kommunisten und kleine, sozialistischen Ideen nahestehende Parteien zusammenschließen, macht sich das Foreign Office (britisches Außenministerium) sehr schnell Sorgen, da es ein Vordringen der „Russen“ in den Mittelmeerraum befürchtet. Obwohl die Monarchie in der Bevölkerung verhasst ist und mit der faschistischen Diktatur des Generals Ioánnis Metaxás (1936–1941) in Verbindung steht, scheint in den Augen Churchills allein sie in der Lage zu sein, die britische Vorherrschaft weiterhin zu gewährleisten.

Die Alliierten Londons lassen ihn in dieser Sache gewähren, wie es ihm gefällt. Obwohl entsprechend der Tradition Wilsons offiziell Einflusszonen abgelehnt werden, vor allem wenn sie das Vordringen von Waren und Kapital aus den USA behindern, wird Churchill von Franklin D. Roosevelt unterstützt. Stalin will vor allem den Krieg beenden und vermeiden, dass die zerbrechliche „Grand Alliance“ mit den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich gefährdet wird. Als er von Churchill im Mai 1944 wegen einer Übereinkunft bezüglich des Balkans angesprochen wird, geht er umso lieber darauf ein, als sein Gesprächspartner ihm in Rumänien und Bulgarien freie Hand lässt.

Während des gesamten Krieges lässt das „griechische Problem“ Churchill kein Ruhe. Als sich im März 1941 die Bedrohung der Balkanländer durch Deutschland abzeichnet, gibt er seinem Hauptquartier im Nahen Osten den Befehl, fünfzigtausend Mann nach Griechenland abzukommandieren. Diese Maßnahme unterbricht die siegreiche Offensive der Briten in Libyen ohne deswegen den Einfall der Wehrmacht in Griechenland im folgenden Monat zu verhindern. Der griechische König Georg II. flieht daraufhin ins Exil nach London mit einer Regierung, die im Großen und Ganzen die des Diktators Metaxas bleibt. Die königlich-griechische Armee wird in Ägypten teilweise wieder aufgebaut und kämpft auf der Seite der Briten, die ihre Soldaten eng überwachen: Diese protestieren nämlich dagegen, dass sie weiterhin von einer Mehrheit königstreuer Offiziere befehligt werden.

Im Land selbst entfaltet sich schnell eine mächtige Widerstandsbewegung. Im September **1941** wird die **Nationale Befreiungsfront (EAM)** gegründet. Sie organisiert in den großen Städten eindrucksvolle Kundgebungen und stellt im Frühjahr 1942 Partisaneneinheiten unter der Führung der **Volksbefreiungsarmee (ELAS)** auf. Britische Agenten des Special Operations Executive (SOE), 1940 von Churchill ins Leben gerufen, um hinter den feindlichen Linien zusammen mit den Widerstandsbewegungen der besetzten Länder Sabotageaktionen durchzuführen, entfalten zur gleichen Zeit in einer relativen Autonomie ihre Aktivitäten. Ohne großen Erfolg versuchen sie, Konkurrenzorganisationen der EAM zu fördern – oder solche zu gründen. Aktiver Widerstand jedoch reizt die Chefs der anderen Parteien kaum. EAM und ELAS bleiben bei weitem die bedeutendsten Organisationen, an denen man auf militärischer Ebene nicht vorbeikommt. Als Gegenleistung für ihre Beteiligung an künftigen britischen Operationen werden deren Vertreter im August 1943 in Kairo empfangen, um eine eventuelle Übereinkunft mit der griechischen Exilregierung zu verabreden.

Die Briten schätzen bei dieser Gelegenheit die Bedeutung ab, die die EAM gewonnen hat, sowie die Breite des Wunsches nach Veränderung innerhalb der Bevölkerung. Zur gleichen Zeit lösen sich auf der Quadrant-Konferenz in Québec (17.–24. August 1943) mit Roosevelt auch die letzten Hoffnungen Churchills auf eine Landung der Alliierten in Griechenland in Luft auf; außerdem gibt es jetzt keinen Zweifel mehr, dass der Vormarsch der Roten Armee über die Grenzen der UdSSR hinausgeht. Er nimmt nun die Dinge selbst in die Hand, blockiert trotz der Vorbehalte seiner Berater jede Möglichkeit einer Verhandlung, schickt die Vertreter der EAM nach Hause und skizziert in einer Botschaft an seinen Generalstab, was der Plan Manna sein wird: die Entsendung eines Expeditionskorps nach Griechenland, wenn die deutschen Truppen sich zurückziehen.

Ab dann besteht die Mission der britischen Agenten darin, der ELAS mit allen Mitteln zu schaden. Sie versuchen deren Anhänger mit Goldmünzen abzuwerben, was in jenen Zeiten der Hyperinflation, wo das britische Pfund zwei Millionen Drachmen entspricht, ein überzeugendes Argument ist. Sie finanzieren die kleinen Konkurrenzorganisationen, auch diejenigen, die sich „natio-

nalistisch“ nennen, aber in Wirklichkeit Komplizen der Deutschen sind. Sie schleusen Männer in die mit Deutschland kollaborierende Regierung sowie in die von Athen aufgestellten Sicherheitsbataillone ein. Diese Milizen nehmen an den Operationen der Nazitruppen teil, die Massaker verüben und verbrannte Dörfer hinterlassen. In den Städten nehmen sie an den Abriegelungsaktionen in den Vorstädten teil, wo sie mitten in der Nacht ein Viertel umstellen, mit Hilfe von vermummten Spitzeln die Partisanen aufspüren und sie auf der Stelle erschießen. Das doppelte Spiel der Briten, das es den Chefs der Milizen möglich macht zu behaupten, sie würden sowohl den Briten als auch dem König dienen, sät im Winter 1943/1944 die Keime des Bürgerkrieges.

Der EAM und der ELAS gelingt es jedoch, einen großen Teil des Landes zu befreien. Sie bauen Volksinstitutionen auf, die einen Gegenstaat bilden. Die Beunruhigung der Briten erreicht ihren Höhepunkt, als im März 1944 eine „Regierung der Berge“ gegründet wird, die Wahlen organisiert. Das Vorgehen wird dagegen von der griechischen Armee in Ägypten begeistert aufgenommen, die sofort die Einbindung der Widerstandsbewegung in die Exilregierung verlangt. Churchill antwortet mit unerbittlicher Unterdrückung. „Aufständische“ Elemente lässt er in Lager in Afrika deportieren und er stellt eine Brigade königstreuer Soldaten auf, die bereit sind, nach der Befreiung mit dem König und britischen Truppen nach Griechenland zurückzukehren.

Da die Briten es nicht schaffen, die EAM in Griechenland selbst mit Gewalt zu beseitigen, behelfen sie sich mit politischen Ränkespielen, gegen die die Chefs in den Bergen, die wenig Erfahrung auf diesem Gebiet haben, schwer etwas ausrichten können. Gefangen einerseits zwischen ihrer auf Einheit ausgerichteten Strategie und im Bewusstsein eines drohenden Putsches der Rechten und der Briten andererseits, laufen sie auf einer sorgfältig vorbereiteten Konferenz im Libanon im August 1944 in die Falle und akzeptieren nach langem Zögern die Beteiligung an einer Regierung der nationalen Einheit, in der sie nur mit einer verschwindend kleinen Minderheit vertreten sind. Die Regierung wird geleitet von einem Mann Churchills, Giorgos Papandreou (Großvater des ehemaligen sozialistischen Premierministers gleichen Namens, der 2011 zurücktreten musste). Die Chefs der EAM gehen so weit, dass sie im folgenden Monat die Autorität eines britischen Militärgouverneurs namens Ronald Scobie anerkennen, der in Griechenland nach der Befreiung ankommen soll.

Alles ist nun bereit, den vor einem Jahr ausgearbeiteten Plan Manna in die Tat umzusetzen. Der siegreiche Vormarsch der Roten Armee in Bulgarien zwingt die Wehrmacht im September 1944 sich aus Griechenland zurückzuziehen, ständig angegriffen von den Partisanen der ELAS. Nach diesem Rückzug trifft das britische Expeditionskorps mit Papandreou und Scobie ein. Beide Männer, die sich am 18. Oktober in der Hauptstadt eingerichtet haben, fordern die Entwaffnung der ELAS, verweigern jedoch die Entwaffnung der in Ägypten aufgestellten Brigade, die Anfang November im richtigen Augenblick nach Athen überführt worden war. Prozesse werden gegen die Kollaborateure nicht eröffnet und bewaffnete Milizen sind ungestraft in der Hauptstadt unterwegs und verfolgen Widerstandskämpfer. Die Mitglieder der Sicherheitsbataillone sind in Kasernen eingesperrt, aber genießen dort angenehme Lebensbedingungen und haben regelmäßige Übungen. Nachdem die Minister der EAM während des gesamten Monats November versucht hatten Garantien zu erhalten, treten sie zurück. Am 3. Dezember findet auf dem Syntagma-Platz eine mächtige Kundgebung statt, um den Rücktritt Papandreous und die Bildung einer neuen Regierung zu verlangen. Das Massaker, das darauf folgt – die Polizei schießt auf die unbewaffneten Demonstranten und hinterlässt ungefähr zwanzig Tote und über 100 Verletzte –, löst den Aufstand der Bevölkerung Athens aus. Das ist der Vorwand, den Churchill suchte, um die Widerstandsbewegung zu zerschlagen.

Er gibt Scobie den Befehl, die Aufständischen zu vernichten. Waffen, Flugzeuge und immer größere Truppenkontingente (bis zu fünfundsiebzigtausend Mann) werden von der italienischen Front abgezogen. Die Verhandlungsvorschläge der EAM werden zurückgewiesen. *„Das Ziel ist klar: die EAM zerschlagen. Die Einstellung der Kampfhandlungen ist dem untergeordnet. (...) Was wir jetzt brauchen, ist Standhaftigkeit und Besonnenheit, keine ungeduldigen Umarmungen, wo der wirkliche Streit noch nicht ausgeräumt ist.“* (2) Churchill trotzt der britischen und internationalen Presse, er trotzt den Abgeordneten des Unterhauses, die ihn in stürmischen Debatten befragen, und hält an seiner Meinung fest.

Schlecht bewaffnet, schlecht verpflegt und zum großen Teil noch sehr jung behaupten sich die EAM-Partisanen von Athen und Piräus dreiunddreißig Tage unter einem Feuerhagel gegen die britischen Gruppen – und gegen die Mitglieder der Sicherheitsbataillone, die zu dieser Gelegenheit aus den Kasernen geholt und wieder bewaffnet wurden. Churchill begibt sich Ende Dezember persönlich nach Athen und stimmt widerstrebend zu, König Georg II., der noch in London ist, zu zwingen eine Regentschaft zu akzeptieren. Aber bezüglich der anderen von der EAM verlangten Garantien bleibt er unnachgiebig.

Obwohl die ELAS im Rest des Landes immer noch präsent ist, schrecken ihre Chefs davor zurück, einer erschöpften und hungernden Bevölkerung neue Belastungen aufzuerlegen:
Eintausendsiebenhundertsiebzig Dörfer wurden niedergebrannt, mehr als eine Million Menschen sind obdachlos, die Getreideproduktion ist um 40% gesunken und die Hilfe der Alliierten gelangt nur zu denen, die mit ihnen kollaborieren.
Im Abkommen von Varkiza, das am 12. Februar 1945 unterzeichnet wird, akzeptiert die ELAS einseitig die Waffen niederzulegen. Zur gleichen Zeit verkündet Churchill in Jalta feierlich, zusammen mit Roosevelt und Stalin, *„das Recht aller Völker, die Form ihrer Regierung selbst zu bestimmen“* im befreiten Europa.

Aber die EAM ist noch nicht am Ende. In legaler politischer Arbeit versucht sie ihr Ziel tiefgreifender Reformen weiterzuverfolgen und scheint es schaffen zu können, bei den Wahlen die Mehrheit zu erringen.
Wegen dieser Bedrohung unterhält die britische Labour-Regierung, die im Juli 1945 auf Churchill folgt, weiter eine große Besatzungstruppe im Land und stützt sich auf Kollaborateure und Leute, die am Massaker an den Widerstandskämpfern teilgenommen haben – vor allem auf eine Polizei und eine Armee, die mit Unterstützung der britischen Militärmission wieder aufgebaut wurde. Die Anhänger der EAM werden verhaftet, verurteilt und in den ländlichen Gebieten einem noch nie dagewesenen Terror unterworfen.

In diesem Kontext sind gerechte Wahlen unmöglich. Aber darauf kommt es nicht an: Ernest Bevin, britischer Außenminister, der den Vereinten Nationen ein Land mit respektabler Fassade präsentieren möchte, befiehlt, dass sie im März 1946 stattfinden sollen. Die EAM und die Gesamtheit der Demokraten weigern sich daran teilzunehmen. Die rechte Mehrheit, die unweigerlich aus den Wahlen hervorgeht, muss nur noch für den folgenden September das Referendum für die Rückkehr des Königs organisieren.

Dieses Mal ist das britische Ziel erreicht. Aber mittlerweile sind viele ehemalige Partisanen wieder untergetaucht um der Verfolgung zu entgehen, und das Vereinigte Königreich kann nicht mehr das Überleben – und noch weniger den Sieg – einer Rechten garantieren, die es künstlich an der Macht gehalten hat. Um das Vereinigte Königreich bei dieser Aufgabe abzulösen verlangt der amerikanische Präsident Harry Truman am 12. März 1947 vom Kongress die nötigen Mittel, um einem Griechenland zu „helfen“, das an vorderster Front bei der „Eindämmung des Kommunismus“ stehe.

Mit der Vernichtung des griechischen Widerstands haben die Briten das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt, der offen oder verdeckt dreißig Jahre dauerte – mit einer kleinen Atempause zwischen 1963 und 1965. Er endete erst mit dem Sturz der Diktatur der Junta 1974. Der „Athener Putsch“ der Junta erinnert daran, dass das moderne Griechenland im Lauf seiner Geschichte nur eine sehr begrenzte Souveränität genoss, wie es auch heute schmerzvoll erfahren muss.

(1) Winston Churchill, Mémoires sur la seconde guerre mondiale, Plon, Paris, 1948–1954.
(2) Ibd.

Joëlle Fontaine, Autorin des Buches „De la résistance à la guerre civile en Grèce“, 1941–1946, La Fabrique, Paris, 2012

Original in der französischen Ausgabe von Le Monde Diplomatique, Juli 2012:
http://www.monde-diplomatique.fr/2012/07/FONTAINE/47975
Dieser Text ist leider in der deutschen Ausgabe (TAZ-LMD) nicht erschienen.
Die TAZ-Redaktion hat der SiG-Redaktion freundlicherweise erlaubt, zu veröffentlichen.

Danke an Jürgen Janz für die Übersetzung.

SYRIZAs Sache ist auch unsere

Der mögliche Erfolg von SYRIZA bei den nächsten griechischen Parlamentswahlen sollte im Zentrum der Aufmerksamkeit der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und politischen Kräfte in allen europäischen Staaten stehen. Er kann ein erster Schritt in Richtung eines grundlegenden sozialen und politischen Wandels auf unserem Kontinent sein.
Daher verteidigen wir bedingungslos das Recht der griechischen Bevölkerung und aller anderen Bevölkerungen Europas, mit der Austeritätspolitik zu brechen und ihre Zukunft selbst, auf demokratische Weise und ohne externe Einflussnahme, zu bestimmen.

Wir unterstützen das Programm von SYRIZA für einen produktiven Wiederaufbau, das auf die dringenden Bedürfnisse der griechischen Bevölkerung abzielt.
Es soll an die Stelle des Memorandums treten, das außer Kraft gesetzt wird, sobald die neue Linksregierung an der Macht ist.

Dieses Programm basiert auf:
Der Beendigung der Austeritätspolitik;
Der Wiedereinsetzung der Kollektivverträge und der Abschaffung arbeitsrechtlicher Vorschriften, die durch die Memoranden eingeführt wurden;
Dem Bekenntnis zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Ankurbelung des Arbeitsmarktes;
Der Einführung eines fairen Steuersystems;
Und der demokratischen Umgestaltung des politischen Systems.

Die Umsetzung eines solchen Plans bedarf einer sozial verträglichen Lösung der Schuldenfrage, die nicht nur Griechenland betrifft, sondern auch die meisten anderen Staaten Europas; hauptsächlich jene Südeuropas und Irland. Aus diesem Grund sollte die Lösung dieses Problems im Zuge eines europäischen Gipfeltreffens gefunden werden, wie das auch im Jahr 1953 mit den Schulden Deutschlands der Fall war.

Die **Vorschläge**, die SYRIZA auf den Verhandlungstisch bringen wird, sind im Detail folgende:

Ein Großteil des Nominalwerts der Schulden soll abgeschrieben werden.
Im Rückzahlungsmodus der verbleibenden Schulden muss eine „Wachstumsklausel“ enthalten sein, um sicherzustellen, dass sich die Höhe der Rückzahlungen am Wachstum orientiert und nicht am Budgetüberschuss.
Ein Moratorium soll für den Schuldendienst in Kraft gesetzt werden, um die Mittel sicherzustellen, die für die Deckung der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich sind und die eine wirtschaftliche und soziale Transformation ermöglichen.
Das öffentliche Investitionsprogramm soll von den Einschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausgenommen sein.
Ein „Europäischer New Deal“ soll beschlossen werden, der öffentliche Investitionen für Wachstum und ökologischen Wandel beinhaltet.

Wir fordern soziale Bewegungen, Gewerkschaften, politische Kräfte und alle Menschen in Europa dazu auf, die historische Chance eines Wahlsieges von SYRIZA für ein gemeinsames Projekt zu nutzen - ein Projekt, das dem neoliberalen Albtraum, der Europa nach wie vor heimsucht, ein Ende setzt, das Nationalismus und Rechtspopulismus den Weg versperrt und die Tür zu einem solidarischen und demokratischen Europa, einem Europa des sozialen Zusammenhalts, freilegt.

Ein **Bruch mit der neoliberalen Politik** in einem einzigen EU-Staat kann zu einer kraftvollen neuen Dynamik in ganz Europa führen, **wenn** sich die politischen Kräfte in anderen Staaten und auf europäischer Ebene von diesem Wahlerfolg inspirieren lassen und ihren Einfluss in ihren eigenen Staaten verstärken, sowie gleichzeitig einen Schild aus Solidarität und Schutz für das Land aufbauen, in dem die Linke an die Macht kommt.

Die Linksregierung in Griechenland wird den europäischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, der europäischen Linken und allen progressiven Kräften, die eine Neuausrichtung Europas auf Demokratie, soziale Gleichheit und ökologischen Umbau anstreben, die Hand reichen.

Es liegt in unser aller Verantwortung, in jedem einzelnen Land ausreichend Kraft und Dynamik zu entwickeln, um den eingeschlagenen Weg in die Katastrophe zu verlassen und den Kurs Europas zu ändern.

Marga Ferré (Spanien, Fundación Europa de los Ciudadanos y Fundación de Investigaciones Marxistas / transform! Europe) ; **Elisabeth Gauthier** (Paris, Espaces Marx / transform! Europe); **Haris Golemis** (Athen, Nicos Poulantzas Institut / transform! Europe) ; **Cornelia Hildebrandt** (Berlin, Rosa Luxemburg Stiftung / transform! europe) **Ruurik Holm** (Helsinki, Linksbündnis / transform! Europe); **Jirí Málek** (Prag, Gesellschaft für Europäischen Dialog / transform! Europe); **Roberto Morea** (Rom, transform! italia / transform! Europe) ; **Barbara Steiner** (Wien, transform.at) ; **Walter Baier** (Wien, transform! europe)

21. November 2014
The Cause of SYRIZA Is Our Cause
http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2014/news/detail/Blog/-a1925e7223.html

Griechenlandsolidarität – Vernetzung deutschsprachiger Solidaritätsgruppen
https://griechenlandsoli.wordpress.com/

Alexis Tsipras: Hoffnung wird die Angst besiegen – in Griechenland und Europa Rede zum EL Vorstandstreffen in Athen 31.10/1.11.
Französisch: http://syriza-fr.org/2014/11/05/intervention-d-alexis-tsipras-lors-de-la-session-du-comite-executif-du-pge-a-athenes/

Syriza gegen NATO *„Die Gegnerschaft zur NATO ist weder rhetorisch noch eine Erbe aus der Vergangenheit. Sie stellt sich in einer multipolaren Welt erneut und anders dar“* http://syriza-fr.org/2014/09/09/un-monde-sans-otan-est-possible/

CIRE (Koordination und Initiativen für Flüchtlinge und Ausländer in Belgien)

Warum wir für Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit sind

1. Unsere Überzeugung

– Die menschliche Würde und die Rechte, die sich hieraus ergeben, müssen allen zugestanden und zugesichert werden.

o Einkommen, Reichtum und alles, was jeder Mensch für ein Leben in Würde benötigt – dazu gehören auch seine Rechte –, müssen gleich verteilt werden.

o Jede/-r muss einen garantierten Zugang zu einem möglichst hohen Mindestlebensstandard haben, wobei das Wort „Mindest“ eine Grenze beschreibt, die nicht unterschritten werden kann.

o Der Zugang aller zu einem menschenwürdigen Leben darf nicht durch Faktoren beeinträchtigt werden, auf die die jeweilige Person keinen oder nur geringen Einfluss hat, zum Beispiel das Geburtsland.

– Ausländer unterscheiden sich grundsätzlich nicht von Einheimischen.

2. Die aktuelle Situation

Kapitalströme fließen mehr und mehr frei. Handelswaren werden zunehmend von Zollbarrieren befreit. Dienstleistungen werden zunehmend unabhängig von Staatsgebieten. Reichtum und Wohlstand sind sowohl zwischen Ländern als auch zwischen Individuen ungleich verteilt. Grundrechte und Grundfreiheiten von Gruppen wie Personen sind nicht überall garantiert und geschützt. Kriege und Konflikte betreffen bestimmte Gegenden mehr als andere. Umweltkatastrophen betreffen in erster Linie bestimmte Regionen.

Angesichts dieser Tatsachen haben zahlreiche Menschen keine andere Wahl als wegzugehen. Die Mehrzahl der Wanderungsbewegungen betrifft Länder mit begrenzten Ressourcen. In der Welt frei bewegen können sich nur Menschen, die über ein bedeutendes (finanzielles und kulturelles) Kapital verfügen.

Die derzeitige Einwanderungspolitik antwortet mit Konzepten, die zu den Prinzipien von Respekt, Würde und Gleichheit der Menschen im Widerspruch stehen.

Die Politik der Visaerteilung ist von vornherein diskriminierend, da sie mittels mehr als zweifelhafter Kriterien einigen Freizügigkeit gewährt und anderen verweigert.

Die repressive und polizeiliche Vorgehensweise gegenüber der Migration basiert darauf, dass die Gründe, aus denen Menschen ihre Heimat verlassen, nicht anerkannt werden. Zudem bewirkt sie eine radikale und willkürliche Trennung zwischen legalen und illegalen Migrantinnen und Migranten: Sind es doch oftmals Angehörige des gleichen Personenkreises, denen es, je nach Zeitpunkt, gelingt oder nicht gelingt, ihre Ansprüche durchzusetzen. So fördern die staatlichen Institutionen, im Namen der Bekämpfung der illegalen Einwanderung (die mit der internationalen Kriminalität und dem Terrorismus vermischt wird) und der Logik des Verdachts folgend, das Dasein im Verborgenen, dessen Ausmaß sie im Grunde gar nicht verringern wollen, und begünstigen damit Ausbeutung und Ausschluss.

Diese Politik, die für einige Wirtschaftsbereiche profitabel ist, hat indirekt zahlreiche und tragische Folgen (im Meer ertrinkende Migrantinnen und Migranten, Abschiebungen, Internierungen von immer längerer Dauer, Misshandlungen, Ausbeutung, Ausschluss, nicht abschätzbare humanitäre Kosten) und sie scheint keine Grenzen zu kennen (Systematisierung der Repression, Verstärkung von Kontrollen aufgrund der Hautfarbe, Gewaltanwendung, Zunahme der Datenbankerfassungen, Ermutigung zur Denunziation usw.). Sie trägt gleichzeitig zur gesetzeswidrigen Bereicherung von Schleppernetzwerken und gewissenlosen Arbeitgebern bei.

Dieser repressive Ansatz schadet besonders Migrantinnen und Migranten, betrifft aber auch die Bevölkerung als Ganzes: diejenigen, die in Verdacht kommen, illegale Ausländer/-innen zu sein, diejenigen, die Menschen ausländischer Herkunft helfen, mit ihnen leben oder mit ihnen eine Familie gründen wollen. Vor allem sind die zur Kontrolle der Migration eingeführten Methoden ein wichtiger Bestandteil eines antidemokratischen, technokratischen und paranoiden Sicherheitskonzepts.

Diese Politik dient der Legitimierung einer sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnung, die auf Herrschaft, Ungleichheit und Manipulation beruht, insbesondere indem sie eine Gruppe von Personen – Migrantinnen und Migranten – schafft, die als Sündenböcke dienen. Sie trägt zur allgemeinen Schwächung sozialer Rechte und Errungenschaften bei.

Nach der gleichen Logik wird dem internationalen Schutzsystem massiv geschadet: Asylsuchende – so sie denn eines Tages ein anderes Land erreichen – treffen auf zunehmende Schwierigkeiten bei der Beantragung von Asyl, kommen nicht mehr in den Genuss anständiger materieller Aufenthaltsbedingungen, ja werden sogar in Zentren eingesperrt, die etwas von richtigen Gefängnissen haben. Auch wenn das internationale Recht Staaten verpflichtet, die Bitte aller auf ihrem Gebiet ankommenden Asylsuchenden um Schutz zu berücksichtigen, müssen diese jedoch zunächst einmal ihr eigenes Land verlassen und Grenzen überwinden können.

3. Freizügigkeit als Mittel zur Veränderung

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die ökonomische Literatur im Allgemeinen dem Einfluss der Migration auf die wichtigen wirtschaftlichen Kennzahlen (Sozialprodukt, Arbeitslosenrate, Lohnniveau, öffentliche Finanzen, Sozialversicherung) eine insgesamt positive, jedoch schwache Wirkung zuschreibt. Wir vertreten darüber hinaus die Meinung, dass es eine intakte Gesellschaft ohne Solidarität nicht gibt und dass Letzteres nicht vereinbar ist mit der Ausgrenzung sozialer Gruppen, die eben Solidarität erwarten. Daher meinen wir, dass der Einfluss der Migration auf die Wirtschaft und die Sozialversicherung für sich genommen kein Argument für oder gegen eine stärkere Einwanderung sein kann.

Jede Einwanderungspolitik, die die Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration nicht überwindet, bliebe auf Willkür, Ausschluss und Ungleichheit gegründet und hätte unvermeidlich die Gefährdung der Grundrechte und des Asylrechts, die Verelendung der Migrantinnen und Migranten sowie die Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zur Folge. Wir sind der Ansicht, dass diese Unterscheidung aufgegeben werden muss und dass die Einwanderungspolitik auf Gleichheit gegründet sein und sie fördern muss.

Wir fordern daher die Einführung einer Freizügigkeit, die auf einer Stufe mit den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten steht und durch das Recht auf Niederlassungsfreiheit ergänzt wird. Diese Reformen betreffen aus unserer Sicht alle Personen, die sich auf dem Gebiet der Europäischen Union aufhalten wollen bzw. bereits aufhalten, um hier zu leben, zu arbeiten oder Asyl zu beantragen.

Wir sind der Ansicht, dass Freizügigkeit – definiert als das Recht, zu reisen und sich kurzfristig an einem Ort aufzuhalten – das angemessenste, wenn nicht einzige Mittel darstellt, das Recht, Asyl zu beantragen, zu garantieren, Abschiebungen zu verhindern, Todesfälle an den Grenzen zu vermeiden, Menschenhandel und Menschenschmuggel zu bekämpfen, den Schutz der Grundrechte zu erhöhen und die Entwicklung von freiheitsgefährdenden und mörderischen Instrumenten zu verhindern. Freizügigkeit, sofern von angemessenen Maßnahmen begleitet, ist dazu geeignet, eine besseres Management der Migration sowie eine bessere Integration der Migrantinnen und Migranten zu erreichen, da sie nicht auf abwegigen Vorstellungen von Kontrolle und auf Ausschluss basiert.

Doch Freizügigkeit ohne Niederlassungsfreiheit einzuführen würde bedeuten, die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Migrantinnen und Migranten nicht wirklich aufzuheben. Zweifellos würden spürbare Verbesserungen erreicht werden, insbesondere bei der Sicherheit und den Rechten von Migrantinnen und Migranten, doch würde die Ungleichheit auf einem zentralen Gebiet der Migrationspolitik erhalten bleiben und Migrantinnen und Migranten wären nicht davor geschützt, als illegal zu gelten.

Ausgehend von dem Prinzip der Freizügigkeit ist deshalb auf die Einführung des Prinzips der Niederlassungsfreiheit hinzuarbeiten.

Allerdings kann sich Freizügigkeit, isoliert oder in einem unangemessenen Umfeld, als Mittel zur Verelendung erweisen und sich gegen die von uns verteidigten Ziele und Werte von Würde und Gleichheit richten. Sie kann zur Schwächung des Arbeitsrechts, der sozialen und wirtschaftlichen Rechte insgesamt beitragen, indem sie das Sozialdumping fördert. Deshalb fordern wir, der Einführung von Freizügigkeit spürbare Fortschritte auf folgenden Gebieten vorangehen zu lassen: Garantie des gleichen und wirksamen Zugangs von Einheimischen und Zugewanderten zu sozialen und wirtschaftlichen Rechten sowie eine strikte und einheitliche Anwendung des Arbeitsrechts. Daher fordern wir gleichzeitig eine Vereinheitlichung auf hohem Niveau der rechtlichen Stellung einheimischer und zugewanderter Arbeiter/-innen und der ihnen zustehenden Rechte und wir erwarten eine Politik, die auf eine bessere Anwendung dieser Rechte zielt.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen darf nicht zu einer Verschlechterung der Situation von Migrantinnen und Migranten führen. Es muss insbesondere gewährleistet werden,

– dass Ausländer/-innen einen Zugang zum Arbeitsmarkt (Lohnarbeit wie Selbständigkeit) erhalten, der den gleichen Bedingungen, wie sie für Einheimische gelten, unterliegt,

– dass die Kontrollen von Betriebsstätten komplett getrennt werden von der Überwachung der Einwanderung und insbesondere dass dabei keine Mitarbeiter/-innen der Einwanderungsbehörden mitwirken und dass die Rolle der beteiligten Ordnungskräfte sich ausdrücklich auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit der Personen und Einrichtungen vor Ort beschränkt,

– dass Arbeiterinnen und Arbeitern unabhängig von ihrer Rechtsstellung wirksame Mittel zur Durchsetzung ihrer Rechte zur Verfügung stehen. Insbesondere müssen Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass Migrantinnen und Migranten, die von ihren Rechten Gebrauch machen (zum Beispiel auf dem Gebiet der Arbeit), nicht befürchten müssen, in geschlossenen Einrichtungen untergebracht und/oder abgeschoben zu werden, und dass ihr Aufenthaltsstatus bei Rechtsstreitigkeiten angemessen geschützt ist,

– dass der Verlust der Arbeit nicht schon für sich genommen einen ausreichenden Grund für den Verlust der Aufenthaltserlaubnis darstellt,

– dass Arbeiten ohne Arbeitsgenehmigung nicht länger als Verletzung der öffentlichen Ordnung betrachtet wird.

Die obige Liste ist nicht als vollständig anzusehen. Allgemein gesprochen fordern wir, dass die Förderung der Gleichheit von Einheimischen und Zugewanderten so gestaltet wird, dass es zu einer allgemeinen und wirksamen Stärkung der Rechte und insbesondere der Rechte der Zugewanderten kommt.

Wir sind der Ansicht, dass die Bindung der Aufenthaltserlaubnis an den Arbeitsplatz zur Verelendung der Migrantinnen und Migranten und zur allgemeinen Absenkung von Standards beiträgt, weil die genannten Personen zum Gehorsam gegenüber Arbeitgebern bzw. Weisungsbefugten gedrängt werden. Eine solche Verknüpfung ist nicht dafür erforderlich sicherzustellen, dass die Einwanderung die öffentlichen Finanzen nicht übermäßig beansprucht, teils wegen der oben dargestellten Gründe, wo es um den Beitrag der Migrantinnen und Migranten zur Wirtschaft ging, teils weil eine Politik, die rechtliche Ansprüche wie die auf Anerkennung von Abschlüssen, Lohngarantie und Zugang zum Arbeitsmarkt diese Garantie bieten kann.

Wir sind uns bewusst, dass der vorliegende Text zahlreiche Fragen offenlässt. Sein einziger Zweck besteht darin, einige grundlegende Prinzipien vorzustellen und als Leitfaden in einem umfassenden politischen und intellektuellen Prozess zu dienen, der darauf zielt, konkrete Maßnahmen festzulegen und in die Tat umzusetzen. Freizügigkeit wird dabei angesehen als ein Mittel zum sozialen Wandel, zugunsten Schaffung einer Gesellschaftsordnung mit einem höheren Grad an Gerechtigkeit und Gleichheit.

Wir halten es für höchst wichtig, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene einen allgemeinen politischen Rahmen zu definieren, der es ermöglicht, mit den Folgen der Migration (nützlichen wie problematischen) bestmöglich umzugehen, einen freien und offenen Dialog über diese Fragen herbeizuführen und insbesondere zu garantieren, dass Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit realistische Möglichkeiten darstellen und zu einer allgemeinen Verbesserung beitragen, die nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern auch den Gesellschaften der Herkunftsländer und der Aufnahmeländer nützt. Ein solcher Rahmen müsste auch die Rolle berücksichtigen, die die informelle und prekäre Arbeit von Migrantinnen und Migranten derzeit als struktureller Bestandteil unserer Wirtschaft spielt. Er müsste zudem auf die Ergreifung von geeigneten Maßnahmen hinzielen, mit denen die Befriedigung der legitimen Bedürfnisse nicht weiter durch die Prekarisierung von Migrantinnen und Migranten, sondern unter Respektierung ihrer Rechte erfolgt. Er müsste gleichzeitig Antworten auf die Frage geben, wie Personen, die das Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen, der Zugang zur Sozialversicherung ermöglicht wird.

Wir wollen aktiv zu diesem intellektuellen, politischen und rechtlichen Prozess beitragen.

http://www.cire.be/thematiques/politiques-migratoires/1374-pourquoi-nous-sommes-pour-la-liberte-de-circulation-et-d-installation

Übersetzung: Hans-Hermann Bohrer, Werner Horch (Coorditrad)

Europaparlament Brüssel, 11. und 12. Dezember 2014
Seminar für ein kritisches und vorausschauendes Durchdenken der Migrationspolitik: Überlegungen zur Freizügigkeit

Die Ungleichheitsmaschine: Markt, Kapital und Herrschaft

Auszüge aus der berliner Debatte zwischen Thomas Piketty und Susan Neiman, Hans-Jürgen Urban(IG-Metall) und Joseph Vogl, moderiert von Mathias Greffrath (Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2014, https://www.blaetter.de/democracy-lecture)

Die kapitalismusimmanente Ungleichverteilung des Reichtums

Mathias Greffrath: Dass der Markt eine Ungleichheitsmaschine ist, das kommt für Sie, lieber Hans-Jürgen Urban, als Gewerkschafter und Verteilungstheoretiker mit Sicherheit nicht überraschend. Steckt in dem Buch also für einen linken Gewerkschafter mehr als eine wirksame Bestätigung? Oder um an die Frage von Frau Neiman anzuschließen: Mit was für einem Begriff von Gerechtigkeit operieren Sie, wenn Sie über Gerechtigkeit reden? Susan Neiman hat, mit Piketty, gesagt: Wenn wir eine Zeitlang weniger Ungleichheit hatten, dann war das letztlich auf drei Ks zurückzuführen: auf den Krieg – und zwar auf beide Weltkriege, der erste hat uns die Sozialgesetzgebung und der zweite die Mitbestimmung beschert –, auf den Klassenkampf und auf die Gegenwart des Kommunismus, als Drohung. Was aber machen wir, wenn diese drei weg sind?

Hans-Jürgen Urban:
Das Besondere dieses Buches ist für mich, dass es auf eine sehr interessante Weise innovativ ist. Und wenn man als Ökonom von Innovationen spricht, denkt man unweigerlich an Schumpeters „schöpferische Zerstörung“ – und ich glaube, dieser Zweiklang aus Destruktion und Konstruktion trifft die Sache gut. Pikettys Buch hat nämlich zwei Potentiale. Es hat das Potential zur produktiven Zerstörung affirmativer Erzählungen, die sich diese Gesellschaft ausgedacht hat und aufrechterhält, um die Ungleichverteilung zu rechtfertigen. Und es hat das Potential zu produktiven Konzepten, mit denen dagegen angegangen werden kann.
Mit Blick auf die konstruktive Destruktion kann ich an meine Vorrednerin anknüpfen. Wir feiern übermorgen das Jubiläum des Mauerfalls und das aus guten Gründen. Doch manchmal habe ich den Eindruck, wir tun das mit einer Selbstgerechtigkeit und Selbstgefälligkeit, die nicht kompatibel mit den Forschungsergebnissen dieses Buches sind. Zeigt nicht dieses Buch, dass der Kapitalismus mit seiner Mechanik (r > g) – als dem eigentlichen Wirkungsmechanismus des Kapitalismus – eben nicht das ist, was John F. Kennedy postulierte, nämlich die Flut, die alle Boote hebt, sondern dass Max Frisch vielmehr den Nagel auf den Kopf traf, als er den Kapitalismus, zumal den neoliberalen, als permanenten Aufstand der Reichen gegen die Armen beschrieb? Wenn das aber der Fall ist, dann stößt doch die große Erzählung von der sozialen Marktwirtschaft an ihre Grenzen, dann ist da doch offensichtlich zu viel von Francis Fukuyamas verkündetem „Ende der Geschichte“ drin. Und dann sollten wir über Konsequenzen diskutieren!
Ein zweiter Punkt: Als Maßnahme gegen die kapitalismusimmanente Ungleichverteilung des Reichtums wird die progressive Kapitalsteuer angeboten. Das halte ich für nicht hinreichend, aber für richtig. Und der Staat soll sie umsetzen. Doch kann der Staat in einem patrimonialen Kapitalismus, wie wir ihn derzeit erleben, die Macht dazu aufbringen? Oder anders herum gefragt: Ist nicht gerade die Politik, die in Europa gegenwärtig unter der Vorherrschaft von Angela Merkel betrieben wird, das genaue Gegenteil des Erforderlichen? Nämlich eine Politik, die den Staaten geradezu die Fähigkeit nimmt, gegen die verteilungspolitische Fehlentwicklung und gegen die Kapitalmärkte vorzugehen?

Und eine weitere produktive Irritation, die durch Pikettys Buch ausgelöst wird, will ich nennen. Sie richtet sich an die Gewerkschaften. Zugespitzt formuliert beinhaltet Pikettys Analyse, dass Kriege erfolgreicher dabei waren, die Umverteilung zu den Kapitalbesitzern zu stoppen, als alle Tarifpolitik der Gewerkschaften. Das ist ein ernüchterndes Ergebnis für einen Gewerkschafter. Immerhin kam es, insofern habe ich etwas pointiert formuliert, auch in den Perioden der wohlfahrtsstaatlichen Intervention zu verteilungspolitischen Korrekturen – aber gerade diese Zeit mit ihrem spezifischen Kräfteverhältnis zwischen Kapital, Arbeit und Staat könnte sich als Ausnahmeperiode in der Geschichte des Kapitalismus erweisen. Und dann?

Daher entnehme ich als gewerkschaftlicher Verteilungspolitiker diesem Buch die Frage: Reicht es aus, sich von Tarifrunde zu Tarifrunde an Produktivitäts- und Inflationsraten und den so entstandenen Verteilungsspielräumen zu orientieren? Oder müssen wir nicht registrieren, dass wir trotz verteilungspolitischer Erfolge etwa der IG Metall in der historischen Tendenz die destruktive Verteilungsentwicklung des Kapitalismus nicht haben aufhalten können? Die Konsequenz könnte sein, entschiedener nach einem tauglichen verteilungspolitischen Gesamtkonzept zu suchen, in dem die Sekundärverteilung, die Primärverteilung und auch die Eigentumsfrage ineinander greifen, um wirklich erfolgreich zum Abbau der kapitalistischen Ungleichverteilung beizutragen.

Eine multidimensionale Geschichte des Kapitalismus

Mathias Greffrath: Herr Piketty, Sie haben jetzt die schöne Aufgabe, die These zu widerlegen, dass soziale Ausbeutung und eine Theorie des Finanzkapitalismus in Ihrem „Kapital“ nicht enthalten sind. Sie können sich darüber freuen, dass Sie von Ihren Mitdiskutanten eben als kreativer Zerstörer von Märchen gefeiert wurden, vor allem des „Märchens vom Markt“, wie Sie in Ihrem Buch schreiben. Die Frage ist bloß, haben wir eine andere Erzählung? Sie selbst schreiben jedenfalls irgendwo, dass Sie gar nichts gegen den Kapitalismus haben. Ihr „Kapital“ kommt mir jedenfalls manchmal vor – insbesondere, wenn man das letzte Kapitel liest – wie ein über das ganze Buch verteiltes Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Daher die letzte aufgeworfene Frage: Reicht eigentlich das aus, was wir soziale Marktwirtschaft nennen?

Thomas Piketty: Da man mir vorschlägt, den Titel meines Buches zu ändern, möchte ich zunächst versuchen, meine Wahl zu rechtfertigen. Der Vorschlag kommt ein bisschen spät, schade, aber ich denke auch, es ist der richtige Titel. Warum?
Nun, in diesem Buch versuche ich, eine multidimensionale Geschichte des Kapitals zu erzählen. Da gibt es Machtverhältnisse, da gibt es Kapitalverhältnisse und Produktionsverhältnisse. Was ich zeigen möchte – und deshalb führe ich die Frage des Kapitals bereits im ersten Kapitel ein –, ist, dass es sich beim Kapital um ein soziales Konstrukt handelt. Es basiert auf Eigentum und nimmt, dem jeweiligen Gesellschaftstyp entsprechend, höchst unterschiedliche Formen an. So gehe ich einleitend von der womöglich extremsten Form aus, dem „Neger-Kapital“ im Vorbürgerkriegs-Amerika. Dieser Privatbesitz an anderen Individuen ist ja wohl das extremste Herrschaftsverhältnis, das man sich vorstellen kann.
Allgemeiner gesprochen möchte ich zeigen, dass die unterschiedlichen Eigentumsformen in ihrer Geschichte stets durch spezifische Gewaltverhältnisse gekennzeichnet sind – zwischen Besitzenden und denen, deren Vermögen lediglich in ihrer Arbeitskraft besteht. Die Geschichte des Immobilienkapitals unterscheidet sich von der des Grundbesitzes, des Finanzkapitals und des Industriekapitals. Aber jedes Mal handelt es sich um Herrschaftsverhältnisse, oft von hoch konfliktiver Natur. Das gilt besonders für das internationale Finanz-

kapital, dessen Entstehungsgeschichte ich in der Kolonialzeit verorte, um sie sodann in der Welt von heute zu untersuchen.

Diese Geschichte ist offenkundig sehr gewaltsam verlaufen, einhergehend mit politischen Herrschaftsverhältnissen, deren Folgen uns in der Zukunft noch sehr zu schaffen machen könnten.
Bis zum Ersten Weltkrieg gab es Länder, insbesondere Frankreich und Großbritannien, deren Handelsbilanz permanent defizitär ausfiel, die sich dies aber leisten konnten, weil sie aus dem Rest der Welt Zinsen, Dividenden und andere Kapitaleinkünfte erhielten – und dies in einem Ausmaß, das es ihnen nicht nur gestattete, ihre Defizite zu finanzieren, sondern sogar damit fortzufahren, den Rest der Welt aufzukaufen. Das ist ungefähr so, als zahlte Ihr Wohnungseigentümer Ihnen Miete und mit diesem Geld kauften Sie dann nach und nach sein ganzes Haus auf.

Wenn es allerdings um ein Land geht, das einem anderen Land Kapitalerträge abliefern soll, so ist das ein extrem gewaltsames Verhältnis. Eigentumsverhältnisse sind also Konfliktverhältnisse, gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse.

Es geht mir daher nicht allein um Ungleichheit, um Reichtumsverteilung, denn den Kern der Eigentumsverhältnisse bilden Machtverhältnisse.

Was den Vorwurf betrifft, es ginge mir nicht um Systemüberwindung, sondern lediglich um eine Reequilibrierung des Kapitalismus: Nein, ich versuche durchaus, Lösungen in Richtung Überwindung des Kapitalismus anzudenken. Auf jeden Fall geht es mir darum, eine andere Logik zu implementieren, was Vermögen und Besitz angeht.

Damit komme ich zur Idee einer progressiven Besteuerung des Kapitals: Von einer gewissen Höhe der Steuersätze an und besonders im Hinblick auf die größten Vermögen handelt es sich dabei um eine höchst radikale Infragestellung des Rechts auf Eigentum. Dieses wird dadurch nämlich von einem Recht auf Dauer in ein Recht auf Zeit verwandelt. Wenn man auf die größten Vermögen Steuersätze anwendet, die fünf oder sogar zehn Prozent jährlich betragen, dann ist so ein Vermögen nichts Permanentes mehr, sondern etwas, was in zehn oder in zwanzig Jahren nicht mehr existiert.

Das wäre vergleichbar einer permanenten, jedes Jahr durchgeführten Agrarreform – also eine Art permanenter Revolution, jedes Jahr aufs Neue. Es handelt sich also nicht um eine bloße Umgestaltung des Kapitalismus, sondern um eine grundsätzliche, sehr weitreichende Infragestellung des Rechts auf Eigentum.
Und die mit einer progressiven Besteuerung des Kapitals verbundene Forderung nach Transparenz schafft zugleich die Voraussetzung für eine demokratische Rückeroberung oder Wiederaneignung des Kapitals überhaupt.

Wenn man möchte, dass insbesondere die Lohnabhängigen an den Schalthebeln der Macht und in den Verwaltungen präsent sind, wenn man demokratischere Formen der Unternehmensführung und andere Eigentumsformen haben will, dann bedarf es dieser Transparenz. Denn wenn man nicht weiß, wem in einem Unternehmen was gehört, lässt sich dergleichen nicht erreichen.
Man darf also die Frage der Besteuerung des Kapitals und die nach seiner demokratischen Governance nicht gegeneinander ausspielen. Ich denke, die beiden gehören unbedingt zusammen.

Eine Transformation dieses Typs lässt sich nur durch Kämpfe erreichen. Apropos Kämpfe: Ich werde durchaus häufiger gefragt, ob denn etwa durch die Weltkriege mehr erreicht worden ist als durch alle gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen. Oder auch, ob der Sozialismus – jedenfalls die sozialistischen, kommunistischen Experimente von 1917 bis 1989 – letzten Endes nicht die Rolle einer Gegenmacht gespielt habe.

Nach 1989: Eine Periode maßloser Marktgläubigkeit

Ich meine, dass alle diese Ereignisse – die Kriege, die Revolutionen – bei der Demokratisierung des Kapitalismus im Laufe des 20. Jahrhunderts eine wichtige Bedeutung hatten. Natürlich haben auch die Gewerkschaften eine beträchtliche Rolle gespielt. Ich meine allerdings tatsächlich, dass die politischen und finanziellen Eliten der europäischen Staaten, der kapitalistischen Länder, bestimmte soziale und demographische Reformen, zu denen es dann kam, ohne die Kriege niemals hingenommen hätten.
Nehmen wir ein verblüffendes Beispiel, Frankreich Anfang der 1920er Jahre: Im Parlament dominiert eine rechte Mehrheit, der Ende 1919 gewählte bloc national. Dennoch führt die rechteste Nationalversammlung in der ganzen Geschichte der französischen Republik schließlich eine progressive Einkommenssteuer ein, mit einem Steuersatz auf die größten Vermögen von 60 Prozent. Dies beschließen die gleichen Abgeordneten, die 1914 noch gegen eine Einkommenssteuer von zwei Prozent votiert hatten. Was war zwischenzeitlich passiert?
Nun, der Krieg hatte die Staatsfinanzen in einen beklagenswerten Zustand versetzt. Geschehen war auch die bolschewistische Revolution, die die intellektuelle und politische Landschaft völlig veränderte. So sagten die Eliten sich schließlich: Na schön, die progressive Einkommenssteuer ist dann doch wahrscheinlich vertrauenerweckender als die Totalenteignung.
Umgekehrt haben der Fall der Mauer und das Ende des kommunistischen Experiments eine Periode maßloser Marktgläubigkeit eröffnet, die im Grunde bis heute anhält: der Glaube an die Selbstregulierung der Märkte. Zwar hat die Finanzkrise von 2008 diesen Enthusiasmus etwas gedämpft, aber im Grunde macht man einfach so weiter. Hier trägt auch Europa eine erhebliche Verantwortung.

Eigentlich hätte die Krise von 2008 den Finanzkapitalismus und die finanzielle Deregulierung grundsätzlich in Frage stellen müssen. Stattdessen wurde sie durch die Unfähigkeit unserer europäischen Institutionen in eine Anklage gegen den Staat verkehrt, in eine Infragestellung der Staatstätigkeit und der öffentlichen Hand. Man hat diese Krise, die aus dem privaten Finanzsektor kam, in eine Staatsschuldenkrise verwandelt. Das liegt an der Herabwürdigung der öffentlichen Hand und dem schweren Fehler, den die Europäische Zentralbank (EZB) beging, als sie Anfang 2010 ankündigte, bei einer weiteren Herabstufung Griechenlands durch die Ratingagenturen würde sie keine griechischen Schatzanweisungen mehr akzeptieren. Ein schrecklicher Fehler, denn so erhielten die Ratingagenturen mit einem Schlag das Recht, über Leben oder Tod unserer Gemeinschaftswährung zu entscheiden – die gleichen Ratingagenturen, die die Situation privater Finanzunternehmen und sogar der griechischen Staatsfinanzen geschönt hatten.

Nun gut, die EZB hat sich wieder gefangen, doch an der Grundhaltung, die Rolle des Staates abzuwerten, hat sich nichts geändert. Diese Einstellung hat sich unglücklicherweise zum Teil auch von hier aus verbreitet – nun, vielleicht nicht unbedingt von Berlin aus, aber es stimmt jedenfalls, dass der Fall der Mauer das Tor zu einer Phase der Übermacht des Kapitalismus aufgestoßen hat, in der man alles Vertrauen in die Märkte setzte.

Noch ein zweites Ereignis nach dem Fall der Mauer hat mich als jungen Menschen, hat meine Generation stark geprägt, nämlich der Golfkrieg von 1991. Heute sagt man ja, dass die Staaten nichts mehr zustande bringen. Die öffentliche Hand sei machtlos und könne weder die Steuerparadiese noch irgendetwas anderes regulieren. Die Schweiz oder die Bahamas sind offenbar mächtiger als der Rest der Welt, denn man kann ja angeblich nichts gegen die Steuerflucht tun.

Aber 1991 waren die Staaten des Westens mit einem Schlag in der Lage, Hunderttausende von Soldaten zu Umverteilungszwecken an den Golf zu schicken, nämlich um die Erdölressourcen zugunsten des Emirs von Kuweit umzulenken. In einem solchen Fall kann die öffentliche Hand auf einmal ziemlich viel ausrichten und außerordentliche Macht entfalten. Da staunt man doch, dass einerseits gegen Steuerparadiese nichts zu machen ist, andererseits aber Hunderttausende von Soldaten zu Umverteilungszwecken in tausende von Kilometern entfernte Regionen geschickt werden können.
Dieser Widerspruch illustriert aber auch, in welchem Grade die Geschichte des Kapitalismus letztlich eine Geschichte der Gewalt ist, geprägt durch Machtverhältnisse, die manchmal auch mit militärischen Mitteln geklärt werden. So geschah es vor hundert Jahren, aber durchaus auch in neuerer Zeit. Das alles ist also keine friedliche Geschichte, in der Wahlen zum Sozialismus führen können und alles gewaltfrei vor sich geht. Gewaltsame Auseinandersetzungen, Kämpfe sind – wie ich in meinem Buch zu zeigen versuche – elementarer Bestandteil des Kapitalismus.

Danke für die freundliche Abdruckgenehmigung der BLÄTTER

Attac Österreich

Bankgeheimnis fällt: Großer Erfolg mit Schlupflöchern

29. Oktober 2014
Heute unterzeichnen 50 Staaten und Territorien neue internationale Regeln zum automatischen Informationsaustausch (AIE) in Steuerfragen. *„Das Abkommen ist ein großer Erfolg für alle Organisationen, die mehr als zehn Jahre gegen internationalen Steuerbetrug gekämpft haben. Das Bankgeheimnis wird damit praktisch abgeschafft. Für Steuerbetrüger wird es schwieriger, im Ausland geparktes Geld zu verstecken. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um Vermögen und Kapitaleinkommen global gerechter besteuern zu können“*, erklärt Gerhard Zahler-Treiber von Attac Österreich.

Österreich kann jedoch als einziges Land aufgrund vorgeschobener "technischer Probleme“ das Bankgeheimnis bis 2018 aufrecht erhalten. *„Die langjährige peinliche Hinhaltetaktik in dieser Frage wird damit weiter geführt“*, kritisiert Martina Neuwirth vom Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, VIDC.
Attac und das VIDC werden das Abkommen daran messen, inwieweit es gelingt, einen großen Teil der ca. 10 Billionen US-Dollar in Steueroasen steuerlich transparent zu machen. Dabei existieren immer noch einige Schlupflöcher:

Offen ist, ob die USA die Vereinbarungen tatsächlich ratifizieren und den AIE selbst praktizieren werden. Weiters entfällt der AIE, sobald der Besitzanteil einzelner Steuerzahler an Scheinfirmen oder Trusts unter 25 Prozent fällt. Zudem könnten Vermögen auf viele Konten und Firmen aufgeteilt werden, um die festgeschriebenen Schwellenwerte von 50.000 US-Dollar zu unterschreiten.*
„Vor allem sind auch die ärmsten 'Entwicklungsländer', die nicht automatisch Daten liefern können, vom AIE ausgeschlossen. Dabei sind gerade sie von Steuerflucht betroffen - nach Schätzungen von UNCTAD entgehen ihnen 160 Milliarden US-Dollar pro Jahr alleine im Unternehmensbereich. Daher sollte es für diese Staaten, sofern sie keine Steueroasen sind, Übergangsregelungen geben, damit sie Daten erhalten auch wenn sie noch keine liefern können", fordert Neuwirth.

* Report des Tax Justice Networks:
The end of bank secrecy? Bridging the gap to effective automatic information exchange, http://bit.ly/1FUUUKi

EU-Bankenaufsicht: Polizei, die rasende Schwertransporter passieren lässt

4. November 2014
Für das globalisierungskritische Netzwerk Attac ist die heute startende europäische Bankenaufsicht prinzipiell zu begrüßen. Sie werde jedoch nicht ausreichen, um weitere teure Bankenrettungen zu vermeiden, kritisiert Attac Österreich. Die Regulierungsvorschläge für Eigenkapital und Liquidität im Rahmen von Basel III erreichen nicht einmal die Mindestanforderungen einer Bankenregulierung, die diesen Namen verdient. Auch die riskante Geschäftspolitik der Banken werde nicht unterbunden. *"Was nützt die beste Polizei, wenn es Schwertransportern weiter erlaubt ist mit 150km/h durch Ortsgebiet zu rasen"*, erklärt David Walch von Attac Österreich.
Mit der Aufsicht wird das Pferd von hinten aufgezäumt, kritisiert Attac. Der Erfolg der Aufsicht hänge nämlich davon ab, ob die Banken wieder beherrschbar sind. Um die riskante Geschäftspolitik der Banken in den Griff zu bekommen sind ein Verbot des Banken-Eigenhandels, des Handels mit Instituten, die ihren Sitz in Steueroasen haben sowie bestimmter spekulativer Wertpapiere nötig. Solange zudem Größe, Komplexität und Vernetzung der Großbanken nicht deutlich reduziert werden, bleiben die Risiken für das Finanzsystem und die Steuerzahler aufrecht. *„Systemrelevante Banken müssen daher zerteilt und das Investmentbanking vom Kundengeschäft getrennt werden“*, fordert Walch. Dieses Problem wird mit der EU-Bankenunion nicht einmal angesprochen.
Attac verweist auf die möglichen Interessenkonflikte zwischen der geldpolitischen und der Aufsichtsfunktion der Europäischen Zentralbank (EZB). Positiv sei zu bewerten, dass das Europäische Parlament immerhin stärkere Kontrollrechte für die Europäische Bankenaufsicht erstritten hat.

Luxemburg: Das Grundübel ist das Prinzip Steuerwettbewerb, 7. November 2014

Nach den Enthüllungen über die Steuergeschenke internationaler Konzerne in Luxemburg fordert das globalisierungskritische Netzwerk Attac eine grundsätzliche Abkehr von der fatalen Logik des internationalen Steuerwettbewerbs. *„Auch wenn Luxemburg und EU-Kommissar Juncker völlig zu Recht am Pranger stehen – die Debatte ist verlogen solange die Regierungen dem Steuerwettbewerb nicht grundsätzlich den Kampf ansagen“*, erklärt Gerhard Zahler-Treiber von Attac Österreich. Dabei gelte es nicht nur ständig neue Steuerschlupflöcher (Irland) zu stopfen, sondern auch den Wettlauf bei den regulären Unternehmenssteuersätzen zu beenden. Zwischen 1985 und 2014 ist die reguläre Körperschaftssteuer im EU-Schnitt von 51 auf 22,5 Prozent gefallen - Ausnahmen und Steuertricks nicht eingerechnet.
„Die Folge davon ist, dass sich das Steueraufkommen immer mehr zu Lohnsteuerzahlenden und KonsumentInnen verschiebt und Ausgaben für Sozialleistungen, Bildung, Infrastruktur gekürzt werden“, kritisiert Zahler-Treiber. *"Die Konzerne stehen sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung – und die Politik assistiert ihnen dabei.“*

Ein erster Schritt für mehr Steuergerechtigkeit in der EU wäre die Umsetzung der seit 2001 am Tisch liegenden einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer. Diese müsste jedoch verpflichtend gelten und unbedingt durch Mindeststeuersätze ergänzt werden. Doch der Vorschlag kommt aufgrund der Blockade einzelner Länder, die jetzt auf Luxemburg zeigen, nicht vom Fleck. (…)
Attac und das Tax Justice Network fordern eine Gesamtbesteuerung für Konzerne („unitary taxation“). Dabei werden Großkonzerne als globale Einheit besteuert. Sie müssen auf Grundlage eines gemeinsamen Berichts aller Tochterunternehmen ihre Tätigkeiten und Gewinne weltweit ausweisen. Die Gewinne werden mittels eines Umlageschlüssels auf die einzelnen Länder aufgeteilt, zum Beispiel basierend auf den Variablen Lohnzahlungen, Sachanlagen und Umsatz. Ein erster Schritt dafür wäre die Einführung einer nach allen Ländern aufgeschlüsselten einheitlichen Finanzberichterstattung.

Erklärung aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland

Solidarität mit dem GDL-Streik

Wir erklären uns mit der GDL und ihrem Kampf für das Streikrecht, für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung solidarisch. Stoppt die Stimmungsmache und Rufmordkampagne - Nein zur autoritären „Tarifeinheit“

Es wurde höchste Zeit zum Widerstand gegen die Lohn-Dumping- Spirale, die in Deutschland seit Jahren zwecks Steigerung der "Wettbewerbsfähigkeit" von Politik und Konzernen durchgesetzt wurde.
Die GDL ist zwar eine kleine Spartengewerkschaft, sie zeigt jedoch, dass es möglich ist, eine **Gegenmacht** gegen die angebliche "Alternativlosigkeit" aufzubauen. Die Arbeitgeber haben in den letzten Jahrzehnten, unterstützt von der Politik, die Spaltungen der Belegschaften massiv vorangetrieben. Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und kurzzeitige Befristung von Arbeitsverträgen sind gängige Praxis bei der Bahn und anderswo. Die Folge ist eine Zerklüftung der Tariflandschaft bei insgesamt oft miserablen Arbeitsbedingungen und sehr geringen Löhnen: Deutschland hat mit offiziell 24% **die höchste Niedriglohnrate** in Europa. Nicht zuletzt war es Transnet, die ohne Widerstand die **Zerstörung der Bahn als öffentliches Gut** durch Mehdorns Börsenwahn hingenommen bzw. sogar den Privatisierungsunsinn aktiv gefördert hat.

Es ist zynisch und skandalös, wenn die Arbeitgeber jetzt nach „Tarifeinheit“ rufen und die Bahn AG gar vor einer Spaltung der Belegschaften warnt. Der DB-Konzern besteht zur Zeit aus 900 selbständigen Unternehmen, aber es ist nicht die GDL, die Subunternehmen gründet und Leiharbeitsfirmen beauftragt. Vielmehr bringt die GDL ein altehrwürdiges **Solidaritätsprinzip der Gewerkschaftsbewegung** zur Geltung: Kampfstarke Belegschaften und Berufsgruppen, wie aktuell die Lokführer, treten in Auseinandersetzungen und Streiks nicht nur für sich selbst, sondern auch für „kampfschwache“ KollegInnen ein (z. B. Bord-KellnerInnen).
Die DGB-Gewerkschaften haben sich in den vergangenen 20 Jahren unter dem Druck des neoliberalen Dogmas leider überwiegend ihren Kampfgeist abkaufen lassen, allerdings dafür durch den beträchtlichen Verlust an Mitgliedern und Kampfkraft auch einen hohen Preis bezahlt.
Demgegenüber kämpft die GDL mit ihrer **Doppelstrategie der Koppelung der Lohnerhöhung mit der Arbeitszeitverkürzung** im Tarifkampf nicht nur für moderate Verbesserungen bei den inakzeptablen Arbeitsbedingungen mit vielen Überstunden. Sie macht sich mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auch zum Vorkämpfer für die Stärkung der Kampfkraft aller Gewerkschaften und zum ersten Mal auch seit langem gegen die neoliberale Hegemonie. Auch deshalb hat der GDL-Kampf eine branchenübergreifende und grundsätzliche Bedeutung.

Der Beirat protestiert auch gegen die **tendenziöse bis geschmacklose Berichterstattung** zu diesem Arbeitskampf in den Mainstream-Medien, die vor Stimmungsmache, Rufmord und gezielten Einschüchterungsversuchen nicht zurückschreckt, um die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts zu diskreditieren.
Das geplante Gesetz zur Entmachtung von „kleinen“ kampfstarken Gewerkschaften richtet sich gegen die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht insgesamt. Die versuchte Vollstreckung dieses Projekts durch die SPD und die Einbindung von Teilen der DGB-Gewerkschaften ist erschreckend, der Angriff auf gewerkschaftliche Grundrechte alarmierend.
Wir fordern die Einstellung der gegen die GDL gerichteten massiven Medienkampagne und plädieren stattdessen für eine offene und konstruktive Debatte.
Wir fordern alle Gewerkschaften auf, sich mit der GDL in ihren noch bevorstehenden Kämpfen zu solidarisieren.
23.11.2014

UnterstützerInnen aus dem Wiss. Beirat von Attac Deutschland:
Prof. Dr. Elmar Altvater
Prof. Dr. Ulrich Brand
Prof. Dr. Armin Bernhard
Prof. Dr. Christoph Butterwegge
Dr. Christian Christen
Prof. Dr. Wolfgang Däubler
Prof. Dr. Alex Demirovic
Prof. Dr. Ulrich Duchrow
Prof. Dr. Wolfgang Fritz-Haug
Prof. Dr. Heide Gerstenberger
Prof. Dr. Michael Hartmann
Prof. Dr. Frigga Haug
Prof. Dr. Clemens Knobloch
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski
Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf
Prof. Dr. Stephan Lessenich
Prof. Dr. Ingrid Lohmann
Prof. Dr. Birgit Mahnkopf
Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Prof. Dr. Klaus Meschkat
PD Dr. Lutz Metz
Dr. Wolfgang Neef
Walter Oswalt
Prof. Dr. Norman Paech
Tobias Pflüger
Dr. Werner Rügemer
Dr. Thomas Sablowski
Prof. Dr. Herbert Schui
Prof. Dr. Jürgen Schutte
Eric Sons
Dr. Fritz Storim
Prof. Dr. Isidor Wallimann
Prof. Dr. Christa Wichterich
Dr. Thomas Weiß
Dr. Winfried Wolf

Streikzeitungen Nr. 1 bis 3
www.pro-gdl-streik14.de

Einkommensvergleich von Lokomotivführern in Europa

Lokomotivführer in Deutschland haben im Vergleich zu ihren westeuropäischen Kollegen das geringste Einkommen.

	Deutschland	Schweiz	Spanien	Niederlande	Frankreich	Italien
Beispiel 1 Lokführer 25 Jahre alt keine Kinder 2 Jahre Berufserfahrung	Netto/Monat: 1.288,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 150–300 €	Netto/Monat: 2.657,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 250–500 €	Netto/Monat: 1.750,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 900 €	Netto/Monat: 1.570,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 250 €	Netto/Monat: 2.370,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 400 €	Netto/Monat: 1.800,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 50 €
Gesamtnetto:	1.438,– bis 1.588,–	2.907,– bis 3.157,–	2.650,–	1.820,–	2.770,–	1.850,–

	Deutschland	Schweiz	Spanien	Niederlande	Frankreich	Italien
Beispiel 2 Lokführer 40 Jahre alt zwei Kinder 17 Jahre Berufserfahrung	Netto/Monat: 1.628,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 150–300 €	Netto/Monat: 4.455 € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 250–530 €	Netto/Monat: 2.040,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 1.100,– €	Netto/Monat: 2.175,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 250 €	Netto/Monat: 2.370,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 400 €	Netto/Monat: 2.200,– € Durchschnittl. Zulagen/Monat: ca. 100 €
Gesamtnetto:	1.778,– bis 1.928,–	4.705,– bis 4.985,–	3.140,–	2.425,–	2.770,–	2.300,–

(Quelle: Gewerkschaftsangaben, basierend auf Einkommensnachweisen)

Verdi
Unterschriftensammlung für Tarifeinheit: JA – Einschränkung des Streikrechts: NEIN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ver.di hat zu dem Referentenentwurf für ein Gesetz zur Tarifeinheit eine ablehnende Stellungnahme abgegeben.
Die wesentlichen Gründe dafür waren:

- die vorgeschlagenen Regelungen zur Herstellung der Tarifeinheit berühren das Streikrecht der Gewerkschaften aus Art. 9 Abs. 3 GG,
- schwächen den Flächentarifvertrag,
- verursachen einen schädlichen und fehlgeleiteten Wettbewerb zwischen Gewerkschaften,
- sehen keinen Vorrang für Tarifverträge vor, die für allgemeinverbindlich erklärt sind,
- und schaffen keine Rechtsklarheit, sondern verursachen Rechtsunsicherheit.

Aus diesem Grund haben wir mit NGG und GEW eine Unterschriftensammlung initiiert, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, von der gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit abzusehen.
Auf der Internetseite verdi.de kann unser Aufruf mit elektronischer Unterschrift unterstützt werden und gleichzeitig stellen wir im Intranet und im Internet Unterschriftenlisten und Hintergrundinformationen zur Verfügung.
Internet: https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifeinheit

Die ausgefüllten Unterschriftenlisten bitte an die ver.di Bundesverwaltung, Ressort 1, Büro Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin schicken.

Mit freundlichen Grüßen
Frank Bsirske, 21. November 2014

Blockupy Aktion am 18. März gegen die Eröffnungsfeier der EZB

Im Verlauf der Krise wurde aus der EU mehr und mehr ein autoritäres Regime mit einem offensichtlichen Mangel an demokratischer Partizipation. Das mörderische europäische Grenzregime und die fortschreitende Militarisierung sind ebenfalls Teil dieses Prozesses.
Sie repräsentieren uns nicht, ja sie wollen uns gar nicht mehr repräsentieren! Die herrschenden Eliten haben uns nichts mehr anzubieten. Aber aus vielen Quellen entstehen dagegen neue Kräfte und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Solidarität und Demokratie von unten aufzubauen. Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus!
Gleichzeitig müssen wir besonders wachsam sein für die Gefahren des wachsenden Rassismus und dem Aufstieg der extremen Rechten, diesen hässlichen Nebenprodukten der kapitalistischen Krise. Während es die Absicht der Rechten ist, sowohl die Außengrenzen zu verstärken als auch neue Grenzen innerhalb Europas zu errichten, wollen wir im Gegenteil die Mauern der Festung Europas einreißen.
(...)In einigen Ländern ist die Zeit der Schockstrategie noch längst nicht vorbei und neue massive Spar- und Kürzungsprogramme sollen durchgesetzt werden. In anderen Ländern haben wir es mit einer neuen Normalität von Unsicherheit und Armut zu tun. (…)
Deutschland ist eine der treibenden Kräfte hinter dieser Spar- und Austeritätspolitik. Es ist gewissermaßen das Herz der Bestie und das relativ ruhige Auge des Sturms zugleich. Aber auch in Deutschland existieren Angriffe auf soziale Rechte, gibt es wachsende Prekarität und Armut. Daher gibt es für die Menschen in Deutschland viele gute Gründe sich zu wehren und aufzustehen für ein würdiges Leben, für gleiche Rechte und für reale Demokratie für alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder Nationalität.
(…)
http://blockupy.org/4342/aufruf-18-maerz-2015-transnationale-aktionen-gegen-die-ezb-eroeffnungsfeier-lets-take-over-the-party/

Streiks… Belgien, Griechenland, Italien,…

Italien

Nach einer sehr großen Demonstration von über einer Million Menschen in Rom am 25. Oktober 2014 wird eine Mobilisierung der verschiedenen Bereiche zum Schutz der Arbeiterrechte aufgebaut:
http://www.cgil.it/News/PrimoPiano.aspx?ID=22602 (auf Italienisch)

Generalstreik in Italien am 12. Dezember

Die beiden italienischen Gewerkschaftsverbände CGIL und UIL haben für den 12. Dezember zu einem acht Stunden langen Generalstreik aufgerufen. Die Arbeitsniederlegungen sollen alle öffentlichen und privaten Bereiche betreffen und von Demonstrationen in allen Großstädten begleitet werden.

Belgien

Gegen das Programm der neuen belgischen Regierung haben die Gewerkschaften eine gemeinsame Front gebildet, mit einem Aktionsplan bis zu einem ***Generalstreik im ganzen Land am 15. Dezember 2014.***
Ein erster Schritt war eine landesweite Demonstration am 6. November 2014 in Brüssel mit fast 120 000 Menschen, danach fanden montags Streiks jeweils in anderen Bereichen / Regionen:
http://www.lemonde.fr/europe/article/2014/11/06/au-moins-100-000-personnes-defilent-contre-les-coupes-budgetaires-en-belgique_4519589_3214.html?xtmc=belgique&xtcr=7

Fotos:
https://www.facebook.com/pages/Cne-Gnc-Centrale-nationale-des-employ%C3%A9s/109170692477916?ref=hl
Der Aktionsplan:
https://www.csc-en-ligne.be
http://www.fgtb.be

Griechenland

100 000 Menschen haben in Athen am 1. November 2014 gegen die unsoziale Politik demonstriert, die ihre Regierung mit dem Segnen der Europäischen Union durchsetzen will.
Am 27. November 2014 gab es einen Generalstreik.

Aufruf zur 5. Wir haben es satt!-Demo

Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP. Für die Agrarwende!

Sa., 17.01.2015 – 12 Uhr, Berlin

Demonstration – Treckerzug – Kundgebung

http://www.wir-haben-es-satt.de/start/aufruf/

Hans-Jürgen Urban

Gewerkschaftlicher Widerstand in Europa muss offensiver werden

Auszüge einer Rede, die auf der Konferenz „Gemeinsam Strategien entwickeln. Konflikte führen. Beteiligung organisieren" in Hannover, 2.-4.Okotber 2014 gehalten wurde; mehr: http://www.rosalux.de/event/50464/

Ich möchte meine Ausführung nicht mit dem Anspruch einer umfassenden Welterklärung vortragen, sondern als Impuls für eine dringend gebotenen Debatte über die Perspektiven gewerkschaftlicher Interessenpolitik und Kämpfe verstanden wissen. Dabei möchte ich in drei Schritten vorgehen: beginnend mit der Skizzierung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, in denen Gewerkschaften heute zu agieren mhaben, um im zweiten Schritt zu fragen, woraus sie ihre Kraft schöpfen. Daraus will ich im dritten Schritt Antworten auf die Frage vorschlagen, was getan werden wollte. Dies soll in sechs Thesen geschehen.

Gewerkschaften in der Krise des »demokratischen Kapitalismus«

Gegenwehr gegen kapitalistische Verwertungsinteressen drückt sich nicht nur in Streikausfalltagen aus. Gewerkschaftsarbeit ist tagtägliche Kärrnerarbeit im Betrieb, in kleinen, aufreibenden Widerstandsaktionen – bis hin zu Warnstreiks, die in den Streikstatistiken nicht aufgeführt, aber nicht minder bedeutend sind. Aus gutem Grunde widmet sich ein äußerst innovativer Strang der aktuellen Gewerkschaftsforschung auch den »informellen Arbeitskonflikten«, den Formen von »Labour unrest« (Beverly Silver), die sich unterhalb von offiziellen Streiks abspielen. Diese sind mit Blick auf ihre potenzielle, analytische und gewerkschaftspolitische Bedeutung in der deutschen Debatte erst noch zu entdecken. Dass auch diese weniger spektakuläre Gegenwehr zugenommen hat, hat zum Hintergrund, dass der europäische Finanzmarktkapitalismus in einer tiefen Krise steckt. Wir befinden uns in einer Situation, in der die nach wie vor herrschenden neoliberalen Kräfte daran arbeiten, die **exorbitanten Kosten der Krise auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen**. Das, und nichts anderes, ist der Kern dessen, was gegenwärtig in Europa abläuft. Dabei können wir **drei Wege** beobachten, auf denen das versucht wird:

Der erste Weg besteht in dem Versuch, die Zwänge der Finanzmarktkrise zu übersetzen in Zwänge der radikalen Zurückführung sozialstaatlicher Leistungen und der Demontage sozialstaatlicher Institutionen – überall in Europa. Fiskalische Austerität folgt einer politischen Strategie, die Gunst der Stunde zu nutzen, um auch das noch vom Sozialstaat abzuräumen, was die letzten drei Jahrzehnten neoliberaler Vorherrschaft überdauert hat.

Der zweite Weg führt zur fortschreitenden Deregulierung nicht nur der Arbeitsmärkte, sondern auch der Kapital-Arbeit-Beziehung. In jenen Ländern, die dem Diktat der Troika direkt oder – wie im Fall Spaniens – mittelbar unterworfen sind, werden mit der harten Hand autoritärer Repression Maßnahmen eingefordert, die individuelle Arbeitnehmerschutzrechte wie den Kündigungsschutz demontieren, aber vor allem die Verhandlungsposition der Gewerkschaften schleifen, indem kollektive Regelungen – vom Tarifvertrag bis zur betrieblichen Mitbestimmung – für nachrangig gegenüber betrieblichen Verhandlungslösungen erklärt oder faktisch direkt demontiert werden.

Der dritte Weg führt immer tiefer in das, was Wolfgang Streeck als die »Krise des demokratischen Kapitalismus« bezeichnet. Das geht über Einzelmaßnahmen weit hinaus. Die anti-demokratische, autoritäre Strategie des europäischen Fiskalregimes zielt darauf, die neoliberale Deregulierungs-, Sozialabbau- und Austeritätspolitik zu institutionalisieren und damit gleichsam auf Ewigkeit zu stellen. Dadurch sollen Wahlen ihres »demokratischen Risikopotenzials« beraubt werden. Eingezwängt in die Regeln des Fiskal- und Wettbewerbspakts ist es dann nahezu egal, ob auf der nationalen politischen Bühne konservativ, liberal oder sozialistisch gewählt wird. Die Politik hat den Regeln des institutionellen Regimes zu folgen, gleichgültig, welche Parteien die Regierung stellen.

Wer Anschauungsmaterial darüber haben will, schaue nach **Griechenland**. Dort wurde auf Druck der Troika im Zusammenspiel mit anderen Institutionen der EU eine Regierung gestürzt, deren »Verfehlung« es war, die eigene Bevölkerung über jene Politik abstimmen lassen zu wollen, für die sie – wie Jürgen Habermas es einmal ausgedrückt hat – mit der harten Währung ihrer sozialen Existenz bezahlen sollte. Dieser demokratiepolitische Skandal hat weder in Europa, noch in Deutschland und auch nicht bei den deutschen Gewerkschaften jene Proteste mobilisiert, die als Antwort auf den Anschlag auf die formale Demokratie zwingend erforderlich gewesen wären.

Meine These ist: Es ist nicht zuletzt die europäische Sozialdemokratie, die unter den Zwängen des autoritären Austeritätsregimes zu leiden haben wird. Konservativen und wirtschaftsliberalen Kräften mag es in die Hände spielen. Aber **linke Politikkonzepte werden systematisch blockiert und diskreditiert.** Und das gilt nicht nur für kapitalismuskritische Strategien mit transformatorischen Zielsetzungen. Das europäische Fiskalregime läuft jeglichen Vorstellungen sozialer Reformen, auch denen im gemäßigten sozialdemokratischen Sinne, zuwider. Da die europäische Sozialdemokratie unter einem Kapitalismus ohne Demokratie letztlich am meisten Schaden nehmen wird, könnte sich ihre Mitwirkung an diesem Regime und der Verzicht auf Widerstand gegen seine Implementierung sehr schnell als historisches Versagen und eine fatale Form der politischen Selbstentmachtung herausstellen.

Dies ist nicht leichtfertig dahergesagt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, welch außerordentlich schwieriges Unterfangen es ist, Solidarität zwischen Konzernstandorten und Belegschaften über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg und in einer Zeit harter ökonomischer Konkurrenz herzustellen. Doch auch die deutschen Gewerkschaften müssen aufpassen, dass ihnen demnächst nicht historisches Versagen vorgeworfen wird. Wenn in den Ländern Südeuropas und andernorts die Menschen gegen die Ausplünderung ihrer Gemeinwesen aufstehen, haben sie weit mehr an solidarischer Unterstützung aus den Kernstaaten der europäischen Union verdient, als sie bisher erfahren haben. Das ist sehr wohl als Aufforderung an uns, die Gewerkschaften in Deutschland, zu verstehen.

Gewerkschaftliche Machtressourcen

Wir haben wir vier Quellen gewerkschaftlicher Macht zu unterscheiden, die Auskunft darüber geben können, wie es um die strategischen Ressourcen, um defensive

Konstellationen oder offensive Handlungsmöglichkeiten bestellt ist.

Die erste Quelle ist die so genannte strukturelle Macht. Gewerkschaften sind umso stärker, je breiter sie in jenen Belegschaftsteilen verankert sind, die betriebliche Schlüsselpositionen besetzen, als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt stark nachgefragt sind und insofern über eine gewisse Produktionsund Marktmacht verfügen. Gewerkschaften, die von diesen Beschäftigtengruppen kein interessenspolitisches Mandat haben, fehlt eine entscheidende Machtressource.

Die zweite Quelle ist Organisationsmacht. Gewerkschaften sind in dem Maße stark, wie sie Mitglieder gewinnen. Dabei handelt es sich um eine fortwährende, sich aber immer wieder verändernde Aufgabe im Prozess ökonomischen und sozialen Strukturwandels. Einer der Kernpunkte ist dabei, wie man in neuen Sektoren neu entstehende Lohnabhängigengruppen an gewerkschaftliche Kämpfe heranführt.

Drittens schöpfen Gewerkschaften Macht aus der institutionellen Verankerung von Rechten und Einflusskanälen: von Tarifverträgen über Arbeitsschutzgesetzte, Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz bis hin zu den Gremien der Sozialversicherung. Dabei handelt es sich meist um Regeln, die Mindestansprüche garantieren, die auch in Krisenphasen nicht von heute auf morgen obsolet werden. In einigen Ländern schöpften Gewerkschaften auch Organisationsmacht daraus, dass sie die Arbeitslosenversicherung verwalteten – ein Dorn im Auge neoliberaler Regierungen. In Deutschland ist institutionelle Macht mit dem Institut des Flächentarifvertrages in besonderer Weise verbunden, weshalb es eine zentrale Herausforderung ist, wenn dieses System nun gleichzeitig von nationalen Arbeitgeberverbänden und europäischem Wettbewerbsregime in die Zange genommen wird.

Die vierte Quelle kann man als kommunikative Macht bezeichnen. Da geht es um die Frage, ob Gewerkschaften in der Lage sind, in den hegemonialen Diskussionen die Positionen der abhängig Beschäftigten unterzubringen oder ob die Themen des Wirtschaftsliberalismus, der Standortkonkurrenz, der Aktien- und Finanzmärkte die beherrschenden sind.

Durchsetzungsfähige Gewerkschaftspolitik speist sich aus diesen Machtressourcen – nicht aus einer Quelle allein, sondern durchaus den inneren Zusammenhängen folgend. Defensive und Offensive gewerkschaftlicher Politik sind kein voluntaristisches Unterfangen, sondern abhängig davon, über welche Ressourcen verfügt werden kann und welche Machtpotenziale damit in die betrieblichen und politischen Auseinandersetzungen eingebracht werden können.

Wichtig: Dabei besteht die Möglichkeit der strategischen Wahl (strategic choice). Selbst unter den restriktiven Handlungsbedingungen einer tiefen ökonomischen Krise und eines autoritären Staatsumbaus, so legt es diese Theorie gewerkschaftlicher Macht nahe, können Revitalisierungsstrategien erfolgreich sein. Vorausgesetzt, die Gewerkschaften erweisen sich als strategiefähig, will sagen: sie ziehen die richtigen strategischen Schlussfolgerungen aus einer problemgerechten Analyse.

Orientierungspunkte gewerkschaftlicher Revitalisierung – sechs Thesen

In welche Richtung die notwendige Debatte gehen könnte, soll in sechs Thesen umrissen werden.

Erste These: Gewerkschaftliche Macht kann längerfristig nur auf der Basis gewerkschaftlicher Klassenpolitik auf- und aus- gebaut werden. Klientelpolitik für die eine oder andere Teilgruppe führt in die Irre.

Ich verweise dazu auf ein Buch von Frank Deppe mit dem Titel »Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zur politischen Geschichte der Arbeiterbewegung«. Die zentrale These lautet: Der Zustand der Einheit der Klasse und der Gewerkschaftsbewegung ist eine historische Ausnahme; Normalität ist hingegen der Zustand der Spaltung. Diese Umkehrung einer durchaus gängigen Sichtweise ist im Grunde leicht nachvollziehbar. Der permanente Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, der fortwährende wirtschaftliche und soziale Strukturwandel mit Beschäftigtengruppen, die unter Druck stehen, und solchen, die in Wachstumssektoren expandieren, ist Kennzeichen eines Kapitalismus, der nach Marx im Unterschied zu untergegangenen Gesellschaftsformationen ein höchst lebendiger, wandlungsfähiger Organismus ist. Das heißt: Die soziale und politische Einheit abhängig Beschäftigter ist keine Gratisbeigabe des Kapitalismus, sondern muss durch gewerkschaftliches und politisches Handeln erst hergestellt werden. Politisches Klassenhandeln ist Resultat politischer Erfahrungen, Debatten und Kämpfe. Klassenhandeln zu organisieren bedeutet, von der spezifischen Situation der jeweiligen Beschäftigtengruppe auszugehen, ohne sie alleine zur Leitlinie der Politik zu erheben.
Das gilt auch für Stammbelegschaften in den noch relativ prosperierenden Bereichen der deutschen Exportindustrie.
Gewerkschaftliche Verankerung in diesen Bereichen ist unverzichtbar. Die IG Metall gewinnt ihre Kraft nicht zuletzt aus der Organisierung der Beschäftigten in den Unternehmen der Automobil- und Elektroindustrie, des Maschinenbaus und traditionell immer auch noch der Stahlindustrie. In diesen Branchen und Betrieben wurzelt unsere gewerkschaftliche Macht, und es ist immer wieder ein großartiges Gefühl zu erleben, wie eine hoch organisierte Belegschaft sich in Bewegung setzt, um ihre berechtigten Interessen zur Geltung zu bringen.
Doch wenn der Interessenvertretungsanspruch hierauf beschränkt bliebe, weder hochqualifizierte Beschäftigtengruppen noch prekäre Belegschaftsteile erfasst, sind nicht nur aufgrund des Strukturwandels die Tage der Organisationsmacht gezählt, auch solidarische Klassenpolitik ist nicht möglich. Gleiches gilt für die Versuchung, alle Kraft und Aufmerksamkeit auf die Bereiche prekärer, besonders schutzbedürftiger Arbeit zu konzentrieren. Auch das liefe auf eine vielleicht sympathische, aber letztlich doch perspektivlose Klientelpolitik hinaus, die die Durchsetzungsmacht gut organisierter Betriebe und Branchen verspielen würde.
Die Perspektive liegt darin, die verschiedenen professionellen, sozialen und politischen Fraktionen zusammenführen. Meine Erfahrung ist, dass hier in den deutschen Gewerkschaften, allen voran in der IG Metall, Organisationslernen stattfindet. Ich halte das für einen entscheidenden Punkt: Gewerkschaften können aus jenen Bereichen lernen, in denen sie Organisationsmacht erst noch aufbauen müssen. Manchmal ist die Phantasie der KollegInnen, die nicht getreu der Regeln einer Tarifrunde ihre Interessen vertreten, eine sehr produktive Inspirationsquelle.
Und manchmal werden in Kämpfen jenseits der vorhandenen Rechtsregeln Erfahrungen gemacht und Strategien entwickelt, die innovativ in das Repertoire traditioneller Interessenpolitik hineinwirken und dieses erweitert. Ein Beispiel dafür ist die Innovation des Sozialtarifvertrages. KollegInnen, die sich gegen Verlagerungen und Betriebsstilllegungen zur Wehr setzten, haben mitunter jenseits der Erlaubnis von Betriebsversfassung und Schlichtungsordnungen agiert und die tariflichen Handlungsmöglichkeiten und -instrumente erweitert – Impulse also, die aus einer Vielzahl von Betriebskämpfen kamen und produktiv in das Tarifsystem hineingewirkt haben. So stell ich mir das vor, wenn ich von solidarischem Klassenhandeln rede.

Zweite These: Politische Durchsetzungsmacht kommt aus den Betrieben; ohne strukturelle und Organisationsmacht keine gesellschaftliche Durchsetzungskraft.

Die Macht der Gewerkschaften kommt aus den Betrieben. Das klingt banal, ist es aber nicht. Nicht ohne Faszination schauen auch deutsche GewerkschafterInnen nach Italien oder Frankreich, wo ihre KollegInnen mit

Demonstrationen und politischen Streiks gegen das nationale und europäische Austeritätsregime, gegen Arbeitsplatzabbau und die Demontage sozialer Recht angehen. Das ist beeindruckend und nicht selten beneiden wir die KollegenInnen für ihren Mut.
Doch manchmal sorgt der zweite Blick für Ernüchterung. Wenn wir uns nicht wenige dieser Kämpfe näher anschauen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sie häufig nicht Ausdruck einer gesellschaftlichen und politischen Offensivbewegung sind, sondern aus einer Position der Defensive stattfinden; und dass sie mitunter auf der Straße geführt werden, weil die Gewerkschaften in der Mehrzahl der Betriebe gar nicht oder nur sehr schwach vertreten sind. In den FIAT-Werken in Turin, einst Speerspitze der italienischen Arbeiterbewegung und legendärer Ort der Auseinandersetzung um Fabrikräte in den 1920er wie in den späten 1960er Jahren, musste die progressive Metallarbeitergewerkschaft Fiom zuletzt herbe Niederlagen gegen die Erpressungspolitik des Managements einstecken, konnte den Tarifvertrag nicht halten und erhielt zusammen mit Basisgewerkschaften bei den Wahlen zur betrieblichen Gewerkschaftsvertretung weniger als ein Drittel der Stimmen. In Frankreich ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad auf 8% abgesackt und sind Gewerkschaften aus weiten Bereichen der privaten Industrie fast völlig verschwunden.
So könnte man in Europa – sehr grob sortiert – zwei Antworten auf die Krise unterscheiden. In Deutschland haben sich die Gewerkschaften vor allem darauf konzentriert, Beschäftigungsabbau in den Betrieben möglichst zu verhindern und durch die Gewinnung neuer Mitglieder ihre Organisationsmacht zu stärken, während Gewerkschaften in südeuropäischen Ländern sehr viel stärker auf Mobilisierung und politische Aufklärung via öffentliche Manifestationen setzen. Beide Strategien haben ihre Vorteile und sollten voneinander lernen. (…) Auf eine kurze Formel gebracht: Die deutschen Gewerkschaften mit ihrer Orientierung auf Organisationsmacht könnten einen guten Schluck aus der Politisierungspulle vertragen und die KollegInnen in Südeuropa wären gut beraten, ihre Verankerung in den Betrieben auszubauen.
Auch das könnte solidarisches Gewerkschaftslernen in Europa bedeuten.

Dritte These: Gewerkschaftliche Macht wurzelt in den Betrieben, darf dort aber nicht verharren. Das politische Mandat der Gewerkschaften steht auf dem Prüfstand.

Gewerkschaftsmacht entsteht in den Betrieben, aber sie springt zu kurz, wenn sie dort verbleibt. Wenn Gewerkschaftsarbeit politisch sein will, braucht sie ein anspruchsvolles, offensives politisches Mandat. Wachsende Bereiche der Interessenvertretung sind allein über die Betriebs- und Tarifpolitik nicht zu bearbeiten. Eine **Nagelprobe** für die Aktualisierung des politischen Mandats der Gewerkschaften hierzulande wird die **Auseinandersetzung um TTIP, CETA und TISA** sein. Es geht um eine gesellschaftspolitische Mobilisierung, an denen sich die Gewerkschaften ohne Wenn und Aber beteiligen müssen; es geht um Gegenwehr gegenüber dem Versuch einer weiteren neoliberalen Formierung der USA und des europäischen Wirtschaftsraumes mit einer Kaltschnäuzigkeit, die kaum noch zu überbieten ist.
Nicht nur wegen des Dumpingdrucks auf soziale Errungenschaften, die Gewerkschaften in langen und harten Kämpfen durchsetzten und nun verteidigen müssen. Auch nicht nur wegen des Drucks auf ökologische Standards, die ausgebaut und nicht demontiert gehören.
Es geht schließlich auch um die Mobilisierung gegen eine Verhöhnung parlamentarisch-demokratischer Standards durch so genannte »Investitions-Schutz-Abkommen« im Rahmen von Regeln zur »Investor-Staat-Streitbeilegung« in Geheimverhandlungen vor ad hoc einberufenen Schiedsgerichten, in denen sich vor allem amerikanische Wirtschaftsprüfer und -anwälte breitmachen.
Ich frage: Was um Himmels willen sollte Gewerkschaften dazu bringen, einer Regelung zuzustimmen, die unter dem scheinbar so harmlosen Namen eines Investitionsschutzabkommens die transnationalen Konzerne in die Lage versetzten soll, demokratische Staaten zu verklagen, wenn diese sinnvolle Gesetze erlassen, die zu Lasten der erwarteten oder gewünschten Profite der Konzerne gehen. Die Rede ist von Umweltstandards, Mindestlöhnen, öffentlicher Daseinsvorsorge, vorausschauender Strukturpolitik oder einer Steuergesetzgebung, die nicht nur beständig nach Oben hin verteilt, sondern endlich einmal im Sinne gesellschaftlichen Fortschritts vorankommt, dabei jedoch möglicherweise die Profite von Konzernen und die Reichtümer der vermögenden Klassen schmälert? Selbst ein nicht vollkommen verbohrter Liberaler, der seine sieben Sinnen beisammen hat, sollte verstehen, dass dies aus demokratiepolitischen Gründen gänzlich inakzeptabel ist. Die Logik dieser Art von Investitionsschutz stärkt die ohnehin gegebene Dominanz der kapitalistischen Ökonomie über die politische Demokratie, nimmt demokratische Staaten so lange in den Würgegriff, bis sie kollabieren.

Dabei wäre das gerade Gegenteil notwendiger denn je: Nicht der Kapitalismus muss an Macht gegenüber der Demokratie gewinnen, sondern die Macht demokratischer Politik über kapitalistische Konzerne muss gestärkt werden, und zwar umgehend und umfassend.

Kurzum: **TTIP und vergleichbare Abkommen sind Prüfsteine für die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit des politischen Mandats, nicht nur, aber auch der Gewerkschaften**. Wenn wir hier nicht klare Positionen beziehen, brauchen wir über politische Verantwortung und Interessenvertretung nicht weiter reden. Dann haben wir eine historische Situation nicht gemeistert.

Vierte These: Im transnationalen Kapitalismus muss auch das politische Mandat der Gewerkschaften ein transnationales sein.

Das politische Mandat der Gewerkschaften muss ein transnationales sein. Das ist alles andere als selbstverständlich. Auch Gewerkschaften denken an europäische Solidarität vor allem dann, wenn sie in der Bredouille stecken. Ich habe mit Kollegen der IG BAU gesprochen zu der Zeit, als in Spanien der große Bauboom herrschte, die dortigen Bauunternehmen enorm expandierten – auch mit Dumpingangeboten in Deutschland; das hat auf dem hiesigen Baumarkt viele Probleme geschaffen, und die deutschen Bauarbeiter hatten gehofft, dass ihre spanischen Kollegen sie im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Lohndumping unterstützen würden – das war leider nicht der Fall. Ich habe Gespräche mit KollegInnen in der Automobilindustrie geführt, die den Standortwettbewerb im eigenen Konzern erlebten und gehofft hatten, dass britische KollegInnen, die den Zuschlag für eine Ausschreibung erhielten, sie im Kampf gegen die Schließung ihres Standorts in Ostdeutschland unterstützen würden – das hat nicht stattgefunden. Und ebenso spreche ich mit KollegInnen aus Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, die sich erhoffen, dass die deutschen KollegInnen ihnen die Solidarität erweisen, die so notwendig ist, um nicht zum Spielball transnationaler Unternehmensstrategien zu werden. Die Enttäuschungen, die es auf allen Seiten gab und gibt, mögen mitunter auch auf ein Versagen von Funktionären verweisen, doch die entscheidenden Probleme sind struktureller Art. Wie diese überwunden werden könnten, wäre mehr als ein Referat für sich. Vor allem können die Probleme der kapitalistischen Standortkonkurrenz nur gemeinsam, in kollektiven Lernprozessen angegangen werden.

Ich möchte hier auf ein anderes, ein positives Beispiel internationaler Solidarität zu sprechen kommen: auf eine Initiative des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, des IG Metall-Vorsitzenden Detlef Wetzel und des ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske.
Es handelt sich um einen Spendenaufruf zur Unterstützung der TextilarbeiterInnen in Karatschi, deren Fabrik vor zwei Jahren in einem Großbrand zerstört wurde, bei dem mehrere hundert Menschen auch deshalb qualvoll ums Leben kamen, weil

Notausgänge und Fenster vergittert waren. Diese KollegInnen haben unter extrem menschenunwürdigen Bedingungen für Kik und andere Handelskonzerne gefertigt.
Der Hoffnungsschimmer: Es gibt in der Region nun verstärkt Versuche, eine gewerkschaftliche Organisation neu aufzubauen.
Der Aufruf der Vorsitzenden von DGB, IG Metall und ver.di (1) ist in enger Zusammenarbeit mit medico international zustandegekommen und will Spenden sammeln für drei Ziele:
erstens um den Fonds zur gesundheitlichen Versorgung für die KollegInnen, die immer noch unter den katastrophalen Folgen des Brandes leiden, aufzustocken;
zweitens um die rechtliche und politische Auseinandersetzung gegen Kik und andere zu unterstützen, die verklagt werden aufgrund ihrer Machenschaften und ihrer Profite, die sie aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen ziehen;
und drittens um für Spenden zu werben, die dazu genutzt werden sollen, die Gewerkschaft vor Ort aufzubauen, weil nur eine starke gewerkschaftliche Struktur auf Dauer eine Perspektive ist, die Verhältnisse positiv zu verändern.
Ein, wie ich finde, gelungenes Beispiel internationaler Solidarität, das der Unterstützung wert ist!

Fünfte These: Gewerkschaften sollten sich als Kooperationspartner einer Mosaik-Linken verstehen

Im Kapitalismus sind Gewerkschaften als Interessenorganisation im Konfliktfeld von Kapital und Arbeit entscheidende, gänzlich unverzichtbare Widerstandsbastionen mit politischem Mandat für eine progressive Gesellschaftsgestaltung. Wenn es die nicht gibt, ist autoritärer, restaurativer Politik Tür und Tor geöffnet. Aber: Gewerkschaftsarbeit allein reicht nicht. Die Perspektive sehe ich in dem, was ich die Mosaik-Linke genannt habe.
In viele Handlungsfelder reicht der gewerkschaftliche Arm nicht hinein; es bedarf der Kooperationen mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Institutionen. Grundsatz dieser Kooperation muss sein, dass keine/r der Akteure genötigt werden darf, seine spezifische Identität aufzugeben. Kooperation kann nur gründen auf der Toleranz unterschiedlicher, teilweise als befremdlich erfahrener Organisationskulturen, Kommunikationsgewohnheiten usw. Wenn wir miteinander progressive Politik voranbringen wollen, geht dies nur im Rahmen wechselseitiger Anerkennung und nicht hierarchischer Lernprozesse.
Meine Überzeugung ist: Die Gewerkschaftsbewegung wäre ohne die Impulse von außen, aus fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen, nicht die, die sie heute ist. Sie hat vieles erst durch andere gelernt. Die Gewerkschaften hätten aus sich heraus das Thema der Geschlechtergerechtigkeit nicht in dem notwendigen Maße aufgenommen, wenn es nicht eine offensive, selbstbewusste Frauenbewegung gegeben hätte. Sie hätten es nicht geschafft, die Herausforderungen der Umweltunverträglichkeit unserer Art, zu produzieren und zu konsumieren, stärker zu verstehen als früher, wenn es nicht eine offensive Umweltbewegung gegeben hätte. Und wir haben als GewerkschafterInnen viel über die Deformationen und katastrophalen Folgen der kapitalistischen Globalisierung durch die globalisierungskritische Bewegung gelernt, Folgen, die auch Veränderungen in unseren Politikstrategien erfordern.
Kurzum, Gewerkschaften sind klug beraten, wenn sie Organisationslernen in ihren eigenen Reihen optimieren und wenn sie auch kritische Impulse von außen als Lernimpulse begreifen, um den oftmals verengten gewerkschaftlichen Blick auf die Welt zu erweitern. Dazu braucht es nicht nur Organisationsintellektuelle, die kritische Diskurse aufgreifen und in die Gewerkschaften hineintragen. Es braucht ein politisches Selbst- und Rollenverständnis, das Gewerkschaften als starker, innovativer und verlässlicher Teil einer Mosaik-Linken definiert. Und das sich durch eine gute eigene Praxis die Berechtigung erwirbt, gleiches von den Bündnispartnern einfordern zu können.

Sechste These: Der Kapitalismus ist die Realität, aber nicht die Perspektive

Es ist manchmal schwer zu verstehen, warum man in den Alltagskämpfen, im täglichen »Kleinkrieg gegen die nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals«, wie das eine kluger Mann (namens Karl Marx) einmal formulierte, so etwas wie Gesellschaftskritik, ja Kapitalismuskritik braucht. Reicht es nicht aus, ein guter Mensch mit humanistischer Tradition zu sein? Viele Menschen handeln aus religiösen, ethischen, humanistischen Gründe und setzen sich mutig zur Wehr. Auch in den Gewerkschaften.
Dennoch: Ich befürchte, dass die immer wieder aufkommenden Frustrationen des täglichen Interessenkampfes umso entmutigender wirken, je weniger man/frau versteht, wo die Ursachen liegen, warum man im Kapitalismus unserer Tage immer wieder an Grenzen humaner Gesellschaftsgestaltung stößt und warum historisch errungene Besitzstände nie gesichert sind, sondern immer wieder neu erkämpft werden müssen. Um daran nicht zu verzweifeln, sollte man mehr davon wissen, wie Kapitalismus funktioniert. Für diejenigen, die aus der »Teufelsmühle des kapitalistischen Marktes« (Karl Polanyi) ausbrechen wollen, gilt dies allzumal. Daraus leitet sich dann früher oder später die Frage ab, was ökonomische und soziale Alternativen eines humanen und demokratisch-solidarischen Zusammenlebens wären.
Doch diese Debatte wird – leider – kaum noch geführt. Nicht zuletzt, weil bisherige Versuche, Gesellschaften jenseits des Kapitalismus aufzubauen, gescheitert sind, ja sich mitunter auf katastrophalen Irrwegen verlaufen haben. Deswegen sind Realismus und historisches Bewusstsein mehr als angebracht. Aber es hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn man aufgrund gescheiterter historischer Versuche nicht bereit wäre, neu zu lernen.
Es gibt Ansätze, auf der Basis der historischen Erfahrungen neu über gesellschaftliche Verhältnisse jenseits von Kapitalmacht und Profitdominanz nachzudenken: Die einen nennen das die Gesellschaft der realisierten konkreten Utopie, andere sprechen von solidarischer Ökonomie, und in Lateinamerika diskutiert man über einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts.
Auch hierzulande gibt es kluge Überlegungen, an wirtschaftsdemokratische Konzeptionen anzuknüpfen und sie auf die Höhe der Zeit zu bringen – ein programmatisches Panoptikum für konstruktive Debatten einer Mosaik-Linken. Doch sehr weit sind wir dabei bisher nicht gekommen. Noch fehlen uns vielfach die Kategorien und Begriffe, um das Andere genauer beschreiben und fassen zu können.

In diesem Kontext drängt sich mir ein Zitat von Volker Braun aus seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preises auf. Dort sagte er mit Blick auf die gescheiterten Ausbruchsversuche aus dem Gefängnis der kapitalistischen Verhältnisse und die immer wieder obsiegende kapitalistische Restauration – nicht zuletzt in Zuge der deutschen Wiedervereinigung:
»Es wurde ein Fehler gemacht, wie die Gesellschaft geschaffen worden, und wir machen ihn, indem wir uns in dem Zustand erhalten, es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat, wir werden es nicht aus den Strukturen herauswühlen, wir werden drum die Verhältnisse nicht zerbrechen.«
Ja, es fehlt uns was, wofür wir gegenwärtig keinen Namen haben und was wir in seiner Substanz nicht exakt benennen können. Auch ich kann nicht sagen, was es ist. Ich weiß nur, der Kapitalismus ist es nicht.

(1) in dieser Nummer, Seite 6

(vollständiger Text in Sozialismus 11/2014)

Stephan Schulmeister : Der Fiskalpakt – Hauptkomponente einer Systemkrise, 28.10.2014
Mit dem seit 2013 gültigen Fiskalpakt und seiner Umsetzung hat die Politik in der EU wesentliche Forderungen der ideologischen Hauptgegner des Europäischen Sozialmodells, der "Schule von Chicago", übernommen.
http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47515&mime_type=application/pdf

Aktion am 19.Dezember in Brüssel: Stoppen wir TTIP, CETA, TiSA!

Für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa
Wir rufen dazu auf, am 19. Dezember 2014 während des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs massenhaft in Brüssel auf die Straße zu gehen

Unsere nationalen Regierungen und die EU-Instanzen unterwerfen die Menschen weiterhin dem Willen von Aktionären und multinationalen Unternehmen, während die Austeritätspolitik zunehmend brutaler wird. Die meisten nationalen Austeritätsprogramme setzen Empfehlungen der EU um, in Übereinstimmung mit dem europäischen Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, 2. März 2012), der von unseren Ländern unterzeichnet wurde. Diese Maßnahmen führen in eine anhaltende Rezession, verbunden mit einem umfangreichen Sozialabbau. Die geheimen Freihandelsverhandlungen spiegeln auch die Absicht der Beteiligten wider, die Interessen der Multis und deren Profitlogik durchzusetzen, auf Kosten eines sozialen, ökologischen und demokratischen Europas.

Wir rufen alle Organisationen und Einzelpersonen dazu auf, den 19. Dezember 2014 zu einem gemeinsamen Aktionstag zu machen. Wir wollen auf die Straße gehen, um unsere Regierungen daran zu erinnern, dass das öffentliche Interesse nicht das der Multis und der Lobbyisten ist und dass Demokratie ohne uns nicht funktioniert. Nur ein wirklich soziales und demokratisches Europa kann die sozialen Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen und eine Zukunft in Wohlstand für alle – bei gleichzeitiger Wahrung der Grenzen der Natur – hervorbringen. Es ist höchste Zeit, diesen Gipfeltreffen von Personen, die über Leichen gehen, ein Ende zu setzen!

Wir wollen am Freitag, den 19. Dezember 2014 die Straßen von Brüssel besetzen. Das D19-20-Bündnis wird dort sein. Wir rufen alle Bewegungen, Organisationen, Bündnisse und Gruppen dazu auf, dasselbe zu tun, damit es eine große Aktion wird! Ihre Profite erhalten sie durch die Aneignung unserer Arbeitsergebnisse! Wir sind das echte Europa.
Wir wollen eine umfassende Ausbildung, gute Arbeitsbedingungen, gesunde Nahrung, leistungsstarke öffentliche Dienste, eine lebenswerte Umwelt: Stoppen wir TTIP!
Gegen die Kürzungen in den Staatshaushalten – wir wollen nicht für die Bankenkrise aufkommen!
http://www.d19-20.be /
http://www.d19-20.be/flyers/

Vielfältige Widersprüche zu TTIP und CETA

November 2014: **Das französische Parlament hat sich gegen das Schiedsverfahren in CETA ausgesprochen** und eine Neuverhandlung gefordert, der französische Senat hat sich ebenfalls gegen die Kapitel 10 und 33 (Schiedverfahren) ausgesprochen und fordert Transparenz bei den Verhandlungen:
http://aitec.reseau-ipam.org/spip.php?article1415

Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative: http://www.stop-ttip.org/
1,12 Million Unterschriften und das notwendige Quorum ist in 7 EU-Ländern erreicht! (Stand vom 9.12.2014)!

Stellungnahme des Europäischen Gewerkschaftsbunds zu den Freihandelsabkommen:
http://www.transform-network.net/blog/blog-2014/news/detail/Blog/-12ea45a695.html
Erklärung der IG Metall gegen TTIP und CETA, 22. September 2014:
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Veranstaltungen/2014/IG_Metall_zu_TTIP.pdf

Mathias Mittergeber

Propaganda und Widerstand - Der einen Lösung der anderen Problem

Den stellvertretenden Generalsekretär der europäischen Referatsdirektion für Außenhandel, Lutz Güllner und **Julien Laflamme, Ökonom bei der Confédération des Syndicats Nationaux (Gewerkschaftsbund) in Kanada (1),** unterscheidet wohl vieles, doch am meisten ihre Positionen zum Thema Außenhandel. Gezeichnet von den Erfahrungen mit NAFTA berichtete Julien Laflamme im Rahmen der Veranstaltung des Bündnis TTIP Stoppen „CETA – der Widerstand in Kanada“ über die möglichen Auswirkungen des Transatlantischen Abkommens zwischen der Europäischen Union und Kanada. Seit Inkrafttreten des NAFTA (North American Free Trade Agreement) zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada hat sich nicht alles zum Guten gewendet. *„Spricht man die Kanadier auf NAFTA an, so erhält man durchwegs negative Reaktionen“*. Naheliegend, dass sich auch gegen CETA immer mehr Widerstand in Kanada formiert, beinhaltet es doch einige Schnittflächen mit NAFTA. *„Es ist noch viel schlimmer“,* meint Julien Laflamme und spricht damit vor allem die Arbeitnehmerschutzbestimmungen an, die dafür sorgen werden, dass die Entscheidungsgewalt immer mehr in Richtung der Arbeitgeber wandert. *„Wenn in den USA jemand eine Gewerkschaft gründen will, dann wir den Arbeitern damit gedroht, den Betrieb nach Mexiko zu verlegen. Das engt die Mitsprache der Arbeitnehmer wesentlich ein.“*
Ganz anders sieht das Abkommen naturgemäß Lutz Güllner, der die Räumlichkeiten der Wirtschaftsuniversität nutzte und unter dem Titel „Freihandelsabkommen EU-USA: Chancen und Risiken von TTIP“ Position für das Transatlantische Abkommen mit den USA bezog. Angesichts der Freihandelsabkommen die zurzeit weltweit geschlossen werden, sieht der EU-Beamte, wie er sich selbst immer bezeichnet, Handlungsbedarf, um den Wirtschaftsstandort Europa nicht seiner Wettbewerbsfähigkeit zu berauben. Als *„ärgerlich und unverständlich“* bezeichnete er die öffentliche Meinung über das Freihandelsabkommen. *„Es wird so getan, als würden wir hier etwas Neues erfinden“*. Freihandelsabkommen sind natürlich nicht neu, es gibt eine ganze Reihe davon. Meist bestehen sie

jedoch aus Senkungen von Zöllen und der Deregulierungen von anderen Einfuhrbestimmungen. TTIP ist allerdings insofern neu als es sich, und das bestätigt auch Lutz Güllner, um eine Deregulierung von *„anderen Handelshemmnissen“* handelt. Der Begriff dieser „anderen Handelshemmnisse“ ist natürlich weit gefasst und lässt von Privatisierungen bis zu Investitionsschutzklauseln alles vermuten. Konkretisiert wurde dieser Begriff bei dieser Veranstaltung nie.
Auch bei der Transparenz der Verhandlungen, dessen Chefverhandler Karel de Gucht übrigens die Unverständlichkeit des Vertrages von Lissabon als Erfolg verkaufte, ortet Lutz Güllner keine Notwendigkeit von Verbesserung seitens der Europäischen Kommission und im Übrigen auch nicht der stellvertretende Institutsvorstand Harald Badinger: *„Ich bin der Meinung, wenn man sich mit der Webseite der Europäischen Kommission beschäftigt, gibt es sogar zu viele Informationen“,* so Letzterer. Lutz Güllner selbst verwies immer wieder auf den 1600 Seiten umfassenden, für den Laien kaum zu verstehenden Text des CETA. *„Alles was dort drinnen steht, findet sich auch in TTIP wieder“.*
Angesprochen auf die zuletzt erschienene Studie eines Dissertanten der TUFTS – Universität in Massachusetts, wonach TTIP unter anderem keine Arbeitsplätze schaffen, sondern vielmehr bis zu 600.000 Menschen den Arbeitsplatz kosten könnte (2) , gibt es nur eine kurze Antwort. *„Er (der Autor, Anm.) ist nur ein Dissertant der Universität und nicht die Universität selbst hat diese Studie erstellt hat. Außerdem hat dieser mit völlig neuen Methoden und Modellen gearbeitet.“* Die Studien auf die sich Lutz Güllner selbst berief nannte er nicht. Ebensowenig gab er Zahlen bekannt, aus denen sich positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaften erschließen. „Wir wissen es nicht genau“, schloss er jeden Satz, mit dem er positive Auswirkungen von TTIP argumentieren wollte. Auf die Frage aus dem Publikum, warum, angesichts der Ungewissheit über die Folgen von TTIP, mit solchem Aufwand das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten vorangetrieben wird und diese Kräfte nicht für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit aufgewendet werden, hatte Lutz Güllner plötzlich eine konkrete Antwort parat. *„Sehen Sie, wir haben in Europa ein Wirtschaftswachstum von ca. 0.8 %, kratzen also beinahe an der Rezession. TTIP bringt uns ein Wirtschaftswachstum von 0.4% , TTIP ist also die Lösung .“*
Viele Chancen keine Risiken, könnte die Conclusio der Veranstaltung lauten, die Angesichts der unkritischen Betrachtungsweise und der unklaren Faktenlage, durchaus als reine Propaganda und PR-Aktion bezeichnet werden kann. TTIP mag durchaus Chancen eröffnen, nur wer davon profitiert möchte man den EU-Bürgern noch nicht verraten. Angesichts von beinahe einer Million Unterschriften gegen TTIP und CETA wissen diese aber scheinbar schon sicher, dass sie nicht die Begünstigten sein werden.

---

(1) gegen CETA, Erklärung von 26.3.2014
http://www.csn.qc.ca/web/csn/communique/-/ap/COMM2014-03-26?p_p_state=maximized#.VIdjguMkVKw
(2) http://www.attac.de/neuigkeiten (14.11.2014)

Internationaler Gewerkschaftbund

TPP-Handelsgespräche sollen abgebrochen werden

11. November 2014
Der IGB hat die Regierungen aufgerufen, die Verhandlungen zum Abkommen der **„Transpazifischen Partnerschaft“** abzubrechen, und kritisiert die Geheimhaltung der laufenden Verhandlungen und deren Ausrichtung auf die Interessen der Großkonzerne.
Sharan Burrow, Generalsekretärin des IGB, sagte: *„Dieses geheimniskrämerische Freihandelsabkommen nützt den multinationalen Konzernen, ist jedoch äußerst schädlich für normale Menschen und die ureigenste Rolle von Regierungen. Auf dem Verhandlungstisch sind die Interessen der Konzerne, nationale Parlamente und andere demokratische Akteure werden jedoch im Unklaren gelassen. Was wir wissen, und vieles davon wissen wir aufgrund von Enthüllungen, ist, dass es in dem vorgeschlagenen Abkommen nicht darum geht, Menschen bessere Lebensgrundlagen zu sichern, sondern die Profite multinationaler Unternehmen anzukurbeln. Die Regierungen sollten die Verhandlungen abbrechen und nicht wieder aufnehmen, es sei denn sie erhalten wirkliche und transparente Verfügungsgewalt im Inland, die die Anliegen des Volkes in den Mittelpunkt stellt.“*
Die aktuellen TPP Vorschläge beinhalten Regelungen, welche
- die Regierungen sogenannten Schlichtungsverfahren von Streitigkeiten zwischen Inverstor und Staat (ISDS) unterwerfen würden, wobei Investoren Regierungen bezüglich eines breiten Spektrums vom Richtlinien belangen könnten, Richtlinien des Umweltschutzes und soziale Richtlinien eingeschlossen;
- einen Patentschutz einführen würden, der die Gewinne der Pharmaunternehmen ausbaut, während der Zugang zu lebenswichtigen Medikamente außerhalb der Reichweite von Millionen von ärmeren Menschen gerät;
- die Fähigkeit von Regierungen zur Verabschiedung nationaler Gesetze im Gesundheitswesen, sowie in der Sicherheit und in der allgemeinen Wohlfahrt anhand eines Kapitels zur „Regelungskonvergenz“ empfindlich einschränken würden;
- Regierungen in ihrer Vergabepolitik bei öffentlichen Ausschreibungen behindern;
- den Regierungen eine Reihe von Einschränkungen in ihren Möglichkeiten zur Regulierung des Finanzsektors auferlegen und somit Bemühungen, schädliche Finanzspekulationen zu unterbinden, behindern. Ebenso werden Regierungen in ihrer Freiheit, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsbilanz zu ergreifen, bedroht.

Vorschläge zum Schutz der Arbeitnehmerrechte sind auf heftigen Widerstand seitens einiger Länder gestoßen und scheinen nicht alle ILO-Konventionen abzudecken, welche die Arbeitsgrundrechte oder subnationales (untergeordnete Verwaltungseinheiten wie Länder und Kommunen) Arbeitsrecht begründen. Desweiteren enthalten die Vorschläge keinerlei umweltpolitische Maßnahmen und versäumen es, sich mit der Notwendigkeit der Abschwächung des Klimawandels zu befassen.
„Ein gerechtes und offenes Welthandelssystem ist grundlegend für Wohlstand, aber dieses vorgeschlagene TPP ist nichts dergleichen. Globaler und regionaler Handel müssen Arbeitsplätze und Wohlstand für viele hervorbringen, nicht nur Wohlfahrt für Konzerne und Machttransfer in die Vorstandsetage“, sagte Burrow.
Die nationalen Dachverbände der Gewerkschaften in den Ländern, die über TPP verhandeln, rufen heute ausdrücklich ihre Regierungen auf, die Verhandlungen niederzulegen und ein angemessenes Verhandlungsmandat anzustreben, falls die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen.

Die nationalen Gewerkschaftsdachverbände, die diesen Aufruf unterstützen, sind: Australien, ACTU; Kanada, CSN und CSD; Japan, JTUC-RENGO; Mexiko, UNT; Neuseeland, NZCTU; Peru, CUT und CATP; USA, AFL-CIO. Einige dieser Gewerkschaften, wie auch die Gewerkschaften Chiles (CUT-Chile) und Malaysias (MTUC), hatten bereits zu einem früheren Zeitpunkt dazu aufgerufen, die Verhandlungen zu stoppen.

ITUC Press Department on +32 2 224 02 04
http://www.bilaterals.org/?tpp-trade-talks-must-stop
Übersetzung: Lara FERREIRA E SILVA, coorditrad

Felipe Van Keirsbilck, CNE (Belgien)

Auf dem politischen Weg zur Weltklimakonferenz

(COP 21) in Paris im Dezember 2015?

Der Klimagipfel in der peruanischen Hauptstadt Lima soll vom 1. bis 10. Dezember 2014 den Weg bahnen für ein neues globales Klimaabkommen Ende nächsten Jahres in Paris. (Demonstration am 10.12. in Lima: https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/climat-a-lima-le-sommet-des) Über die Ergebnisse der Klimakonferenz in Lima und die Aktivitäten 2015 berichten wir in SiG 114 (SiG-Redaktion)

Das zentrale Thema des ökologischen Wandels hin zu einer Wirtschaft, die weder Planet noch Klima zerstört, wurde durch „die Krise" in 2008 zusehends in den Hintergrund gedrängt. (Gewiss nur einer der zahlreichen Nutzen, den die Banken und Multis aus der Krise ziehen…). Wobei die Verdrängung nicht nur in den Köpfen und den Terminkalendern passiert; besonders gut lässt sie sich an der Höhe der eingesetzten Mittel ablesen. Mehr als 1.000 Milliarden € wurden von den europäischen Ländern ausgegeben, um die Banken zu retten. Dieses Geld hätte für den Wandel unserer Wirtschaft ausgegeben werden können …

Wir schlagen uns heute mit ineffizienten technischen Antworten herum (z. B. die absurden Auswirkungen des „Emissionshandels" oder das sehr zurückhaltende Engagement der Europäischen Kommission zum Thema CO2-Ausstoß) und sind mit Verweisen auf die individuelle Verantwortung konfrontiert, die nichts anderes als Schuldgefühle und Ohnmacht erzeugen (Ich kann einen dicken Pullover anziehen und die Heizung zurückdrehen, aber was macht das für einen Sinn, solange meine Regierung an Produktionsmethoden festhält, die in einer Sekunde 1.000 Mal mehr verschmutzen, als ich in einem Jahr vielleicht einsparen kann…. ?)

Es besteht doch nicht mehr der geringste Zweifel daran, dass die Treibhausgasemissionen (und im weiteren Sinn eine Ökonomie des Plünderns, der Verschwendung und der Verschmutzung) unsere Lebensräume zerstören und unsere lebenswichtigen Ressourcen vernichten. Angesichts dieser Gefahr kommt der Konferenz in Paris, die in einem Jahr stattfinden wird, zentrale Bedeutung zu. Sollte sie scheitern, haben wir eine der großen Herausforderungen unserer Zeit nicht bewältigt. Nun, es könnte gut sein, dass Paris scheitert, es sei denn eine sehr starke soziale Bewegung setzt sich für eine Lösung ein, die …
- ein umfassendes Maßnahmenbündel unterbreitet (kein Ding, das dem aktuellen System aufgesetzt wird), das tatsächlich Auswirkungen auf Ressourcenraubbau und Umweltverschmutzung hat
- realistisch finanziert ist (keine Liste frommer Wünsche)
- Antworten sowohl auf die brennenden ökologischen Fragen als auch auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und sozial Schwachen in den armen aber auch in den reichen Ländern bietet . Die Arbeitnehmer vor die Wahl zu stellen zwischen Klima oder Arbeitsplatz, Gehalt, Existenzsicherung für die Familie bedeutet sich dazu zu verurteilen, beides zu verlieren.

In diesem Zusammenhang scheint die Veröffentlichung von Konzepten sinnvoll, basierend auf den beiden folgenden Feststellungen:
- Die Austeritätspolitik scheitert wirtschaftlich, nachdem sie durch viele Länder eine Spur der sozialen Verwüstung gezogen hat. Investitionen sind daher stark nachgefragt, auch in Wirtschafts- und Finanzkreisen.
- Bei der Bankenrettung haben sie es vorgezeigt: wenn die Regierungen wirklich Geld auftreiben wollen (sehr viel Geld), dann schaffen sie es problemlos …

Zunächst muss natürlich geklärt werden, welche Antworten diese Konzepte auf die weiter oben formulierten Bedingungen haben. Wir präsentieren hier eine kurze Analyse der beiden Konzepte „Ein neuer Weg für Europa", vorgeschlagen vom EGB, sowie „Eintausend Milliarden € für das Konzept Klimarettung", vorgestellt von Pierre Larrouturou. Einzelheiten zu diesen Vorschlägen findet man auf der jeweiligen Webseite.

Eine zweite Frage richtet sich an die sozialen Bewegungen in den verschiedenen Ländern, also ganz klar an Alter Summit und seine Mitglieder: Gäbe es ein adäquates Konzept, hätte es eine breite, dauerhafte (also ab jetzt) und gut genug koordinierte Unterstützung, um es durchzusetzen? Was wir letzten Endes wirklich brauchen, ist kein „Konzept", sondern wir brauchen einen Planeten!

Das Konzept des EGB : Ein neuer Weg für Europa (1)

Der EGB konstatiert das Totalversagen der Austeritätspolitik: *„In den vergangenen 5 Jahren sind in 18 Mitgliedsländern der EU die Durchschnittsgehälter gesunken, Armut und Ungleichheit nehmen zu. Die EU und die europäischen Regierungen reagierten auf die Finanz- und Schuldenkrise mit der Kürzung öffentlicher Ausgaben (...)*". Der EGB will glauben, dass sich sogar Europas Spitzen dieses Versagens bewusst sind: "*Es gibt praktisch kein Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftslage in Deutschland ist angespannt, in Frankreich stagniert die Wirtschaft und Italien ist in einer neuen Rezession. Die Verantwortlichen in Europa beginnen zu realisieren, dass die Austeritätspolitik nicht funktioniert"*. Der EGB schlägt daher einen Investitionsplan in der Höhe von 2 % des EU-BIPs und das über einen Zeitraum von 10 Jahren vor. Das entspricht rund 10 x 250 Milliarden € für *„ein massives Investitionsprogramm, das aus öffentlichen und privaten Mitteln gespeist werden soll und dies auf europäischer und nationaler Ebene."*

Was soll laut EGB mit den Milliarden geschehen? Hier seine Liste möglicher Investitionen:
-Energiewende;
-Verkehrsnetze und Infrastruktur;
-Bildung und berufliche Qualifikation;
- Ausbau der Breitbandnetze;
-Industrie der Zukunft, Unterstützung der KMU unter bestimmten Voraussetzungen;
-Öffentliche und private Dienstleistungen(z. B. Stadtsanierung; Gesundheitsversorgung; soziale Dienste);
-altersgerechte Infrastrukturen und Wohnprogramme für Senioren;
-Sozialer Wohnbau;
-Förderung einer nachhaltigen Wasserwirtschaft.

1.000 Milliarden € für das Konzept „Klimarettung" (2)

P. Larrouturou wählt die Geldschöpfung als Ausgangspunkt seines Konzepts: *„Um die Banken zu retten hat die Europäische Zentralbank zwischen Dezember 2011 und Januar 2012 1.000 Milliarden € bereitgestellt. Im Juli 2014 hat die EZB bekanntgegeben, noch einmal 1.000 Milliarden € zum Nullzinssatz bereitstellen zu wollen. Wenn man es für die Banken tun konnte, kann man es auch für das Klima tun, unsere Energierechnungen senken und Arbeitsplätze schaffen..."* Er erinnert daran, dass *„innerhalb 10 Jahre mehr als 2.000 Milliarden von den privaten Banken und für die privaten Banken geschöpft wurden - und nichts mehr von den Staaten. Es ist an der Zeit, dass die Geldschöpfung wieder im*

Dienst des Gemeinwohls steht anstatt im Dienst der Banken." Er schlägt einen Pakt vor, der es *„jedem Staat erlauben würde über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich 1% seines BIPs zinslos bei der Europäischen Investitionsbank zu leihen."* Es geht hier also um ähnliche Summen wie beim EGB (hier 125 Milliarden € jährlich über 20 Jahre, beim EGB 250 Milliarden € pro Jahr über einen Zeitraum von 10 Jahren).

Die Idee zur staatlichen Geldschöpfung zurückzukehren, ist kein Tabu mehr (der französische Rat für Wirtschaft, Soziales und Umwelt CESE (4) hat diese Option in seinem letzten Positionspapier zur Finanzierung der Energiewende aufgezeigt) und wäre *„umsetzbar ohne die Verträge zu ändern":* die EZB kann der Europäischen Investitionsbank Geld leihen und diese wiederum verleiht es an die einzelnen Staaten.
Eine Frage jedoch bleibt: Verschuldung zum Null-Tarif ist ja gut, aber Schulden bleiben Schulden und sich zu verschulden ist heute praktisch allen Staaten durch den unheilvollen Stabilitätspakt verboten.

Was soll mit den Milliarden geschehen? Wärmedämmung, Entwicklung der erneuerbaren Energien und Ausbau der europäischen Forschung in den Bereichen erneuerbare Energien, Verkehrswesen und Energieeffizienz: *„Die Energiewende ist eine Chance. Sie kann Kosteneinsparungen bringen (laut Europäischer Kommission bis zu 1000 € pro Haushalt und Jahr (5)) und Arbeitsplätze schaffen (allein in Frankreich bis zu 200.000…)"*

Ein weiteres Merkmal des Konzepts « Klimarettung » ist der ausdrückliche Wunsch, dass sie von Bewegungen und Bürgern getragen wird. Die (meiner Meinung nach unheilvolle) Idee eine EBI durchzuführen (Europäische Bürgerinitiative – ein im Vertrag von Lissabon vorgesehenes Verfahren, das aber die Kommission kontrolliert und stark einschränkt) wurde von den Initiatoren des Projekts verworfen.

Bleibt einzuschätzen, ob sich um eines der beiden Konzepte eine breite und tatsächlich europäische Koalition bilden kann. An dieser Stelle ist auch noch festzuhalten, dass die beiden hier beschriebenen Vorschläge **3 Fragen** kaum behandeln, die zweifellos eine vertiefende Debatte in den Bewegungen verdienen:

- **Was soll entwickelt werden?** Die Wärmedämmung der Gebäude, natürlich, aber was noch? Die Verkehrswirtschaft? Welche Verkehrsmittel?
Und **welche Aktivitäten sollen im Gegenzug zurückgefahren werden?** Kurz, was sind die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele eines «gerechten Übergangs»

- Wie soll die **demokratische Debatte** über diese wirtschaftspolitischen Herausforderungen geführt werden? Wie verhindern, dass die Debatte nur auf Expertenebene geführt wird und damit ein breiter Konsens eher unwahrscheinlich wird …

Wie im mittlerweile 5 Jahre alten Bestseller von Tim Jackson und in praktisch allen Diskussionen zum Thema „Übergang" spricht man auch hier nicht von jener treibenden Kraft, die die Wirtschaft der Verschwendung und der Zerstörung antreibt: **das unstillbare Verlangen nach Kapitalakkumulation**. Natürlich kann man nicht verlangen, dass ein Konzept allumfassend ist …… aber den Übergang zu wollen ohne nach Mitteln zu suchen, die das Kapital zur Vernunft bringen, ist das nicht wie Feuer löschen ohne die Brandstifter einzusperren?

(1) http://www.etuc.org/documents/new-path-europe-etuc-plan-investment-sustainable-growth-and-quality-jobs#.VGs0AOMkVKw
(2) http://www.sauverleclimat.eu/
(3) http://www.latribune.fr/actualites/economie/20120606trib000702311/ou-sont-passes-les-1000-milliards-de-la-bce-.html
(4) http://www.lecese.fr/sites/default/files/pdf/Avis/2013/2013_18_financer_transition_ecologique_energetique.pdf
(5) http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0109:FIN:FR:PDF

http://www.altersummit.eu/accueil/article/is-there-a-political-path-towards
Übersetzung: Eveline HASELSTEINER, coorditrad

Am 21. September 2014 fanden in der ganzen Welt Demonstrationen (Marsch für das Klima) statt.
In New York: http://www.democracynow.org/live/peoples_climate_march, **Fotos: http://peoplesclimate.org/de/**

BUND zum Klimaschutz in Deutschland

Pünktlich zu Beginn des Klimagipfels in Lima sind hier in Berlin die Würfel in Sachen Klimaschutz gefallen. Statt eines großen Wurfs gab es einen Schweizer Käse. Das heute vom Kabinett verabschiedete *"Aktionsprogramm Klimaschutz 2020"* fällt vor allem durch Löcher, Lücken und Leerstellen auf.
Keine Frage, bei vielen Themen ist die schwarz-rote Bundesregierung über ihren Schatten gesprungen. Eine Steigerung bei der Energieeffizienz wurde beschlossen und bis 2020 sollen die Kohlekraftwerke 22 Millionen Tonnen weniger CO2 ausstoßen. Damit Deutschland seine Klimaziele erreicht, müssten aber nicht 22 Millionen Tonnen CO2 eingespart werden, sondern drei Mal soviel!
Wir fordern deshalb in einem **Appell an die Bundesregierung, dass die 24 ältesten Braunkohle-Blöcke bis 2020 schrittweise abgeschaltet werden**! Bedenkt man, dass durch Produktionsverlagerungen ins Ausland auch ein großer Teil CO2-Emissionen exportiert werden, müsste Deutschland eigentlich sogar noch viel mehr machen.

Detaillierte Bewertung des verabschiedeten Klimaschutz-Programms für Deutschland:
http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/141203_bund_klima_energie_aktionsprogramm_klimaschutz_bewertung.pdf

KÖLNER GRUPPE GEGEN BRAUNKOHLE

Das Rheinische Braunkohlerevier ist ein Dauer - Katastrophengebiet.
Wer zum ersten Mal die riesigen Tagebaue im Westen (30Km) von Köln sieht, kann dieses Ausmaß an Zerstörung kaum glauben:
- Die grössten Bagger der Welt "fressen" sich täglich 24 Std. immer weiter und bis zu ca. 450 Meter tief in die Erde und verursachen die Totalzerstörung wertvoller Landschaften: über eine Million Bäume des ursprünglichen Naturschutzgebietes Hambacher Forst sind schon gerodet, viele Dörfer, wertvollste Acker-Böden sind schon in den ca. 170 Quadratkilometer grossen Tagebauen verschwunden. Ca. 40 Tsd. Menschen sind "umgesiedelt" worden, viele erleben sich als "vertrieben".

Mehr: http://sovie-koelner-gruppe-gegen-braunkohle.de/ und http://www.attac-koeln.de/

Über 50 Gewerkschaften, die Millionen von Beschäftigten vertreten, haben sich der Klimabewegung **„Unions4Climate"** angeschlossen. http://www.ituc-csi.org/les-dirigeants-syndicaux-annoncent, http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/fr_unions4climate.pdf
Seite des internationalen Gewerkschaftsbunds zum Klima:
http://www.ituc-csi.org/climate-change?lang=en

Die Mobilisierung nach Paris (COP 21 Ende 2015) hat angefangen:
https://france.attac.org/se-mobiliser/vers-la-cop21/

Germanwatch: kLIMApolitik – Wo stehen wir? Wohin gehen wir?
Ausblick auf die Klimakonferenz COP 20 in Peru http://germanwatch.org/de/9481

Der Klimaschutz-Index 2015 –
Zusammenfassung: Vergleich der 58 Staaten mit dem größten CO2-Ausstoß
http://germanwatch.org/de/9471